

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei im Postamt. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat, eingeschrieben in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1902 unter Nr. 7078. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepatrone Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 13. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Wahlfreiheit im Königreich Stumm.

Dem Reichstag ist der Bericht seiner Wahlprüfungs-Kommission über die Nachwahl für den verstorbenen Abg. Stumm in Ottweiler-St. Wendel zugegangen. Der Bericht weist ganz ungeheuerliche Wahlbeeinflussungen auf und zeigt, daß der Stummische Geist auch nach des Meisters Tode im Königreich Saarland noch lebendig ist.

Seit die Wahl Stumms lagen bereits wohlbeachtete Proteste vor, deren Verhandlung im Reichstag jedoch durch Stumms Erkrankung aufgeschoben wurde. Inzwischen starb Stumm, es wurde eine Nachwahl auf den 12. Juni 1901 anberaumt, in welcher der Saarbrücker Vertrag Prietze mit 15724 Stimmen über 14958 Centrumstimmen und 117 zerstückelte Stimmen siegte. Herr Prietze sitzt unter den Nationalliberalen und ist ein würdiger Nachfolger Stumms. Als kürzlich die Wahl des nationalliberalen Abg. Volz stattfand, der in einem Ottweiler benachbarten Kreise „gewählt“ war und wobei auch ganz unerhörte Beeinflussungen der Wähler vorgekommen waren, hat der Herr den Reichstag u. a. man solle doch die Wahl für gütig erklären, damit der Kreis, „so kurz vor der allgemeinen Wahl nicht von neuer Wahlaufregung heimgeführt werde.“ Der Reichstag aber konnte keine Gnade.

Nun wird auch den Nachfolger Stumms das Schicksal ereilen. Die Wahlprüfungs-Kommission stellte bei der Ottweiler Wahl mehrfache Verstöße gegen das Wahlreglement fest, beantragt deshalb beim Reichstag, die Wahlprüfung über die Wahl auszusprechen und durch die Regierung Beweiserhebungen über die Beschwerdepunkte veranstalten zu lassen.

Der Bericht der Kommission zeigt wieder einmal, wie „ordnungs-parteiliche“ Wahlen gemacht werden, Einschüchterungen und Verdrehungen mit wirtschaftlichen Nachteilen sind die Mittel, durch welche die Arbeiterklasse gezwungen wird, ihren Interessen entgegen für die Ausbeuter-Kandidaten zu stimmen.

So hat nach dem Wahlprotest ein Steiger der Grube Roßwald den Vergleuten gedroht, sie würden bei der Wahl besonders beobachtet und, wenn Vergat Prietze nicht durchkomme, alle nach einem weit entfernten Schacht verlegt werden, wodurch sie täglich eine halbe resp. dreiviertel Stunden weit zu gehen gehabt hätten würden. Ferner ließ der Vergwerksdirektor Wiggert einen ihm unterstellten Fahrsteiger zu sich kommen, weil er gesagt haben sollte, er werde Vergat Prietze nicht wählen, stellte ihn zur Rede und drohte ihm und andern Vergarbeitern mit Vernehmung, wenn Prietze nicht durchkomme. Einem andren Beamten, einem Steiger gegenüber versiegte dieser Vergwerksdirektor sogar zu der Drohung: „Bedenken Sie wohl, daß wir genau konstatieren können, was Sie gewählt haben; Sie haben noch acht Tage Bedenkzeit. Ueberlegen Sie sich es wohl, es könnte böse Folgen haben.“ Ein Steiger ließ sich einen Vergmann, der eine Centrumswähler-Versammlung besucht hatte, kommen und sagte ihm u. a.: Jeder Vergmann sollte doch wissen, daß Herr Prietze sein Borgesetzter sei und daß er diesem seine Stimme geben müsse!

Neben diesen Drohungen sind die Stummlinge selbst nicht vor direkten Maßregelungen zurückgeschreckt. Zwei Vergleute waren im Gespräch mit Kameraden für den Centrumskandidaten eingetreten, kaum erfuhr dies der Steiger, als die beiden nach zwei andren, entfernter liegenden Gruben verlegt wurden. Darüber führten die Vergleute beim Direktor Beschwerde. Als der eine bemerkte, er sei wohl wegen der Wahl verlegt worden, erhielt er die höhnische Antwort: „Also fühlen Sie sich doch getroffen. Gehen Sie nur an, es kommen noch mehr nach. Wenn Sie binnen drei Tagen nicht anfahren, ist die Arbeit gefährdet.“ Dieser Fall, so sagt der Wahlprotest mit Recht, erregte unter den Vergleuten großes Aufsehen und enthielt für alle, welche als Centrumsteile interessiert wurden, die Androhung von schweren Nachteilen. Durch die Steiger wurde dies dem auch noch recht deutlich gemacht, indem man dem gemäßigtesten Vergmann sagte, als er auf der neuen Grube einführte: „Der Fuchs (Centrumskandidat) soll Sie jetzt wieder nach Wellsdweiler (der früheren Grube) verlegen.“

Diese Einschüchterungen, Drohungen, Maßregelungen waren aber nur das Vorbild für den am Wahltag entfaltenen patriotischen Terrorismus, von dem der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission ein Spiegelbild giebt.

In dem Orte Lautenbach verteilte am Wahltag ein „gut-gesinnter“ Vergmann die Prietze-Stimmzettel vor dem Wahllokal und beobachtete die Wähler, bis sie den Zettel abgegeben hatten, so daß die Abgabe eines andren Zettels unmöglich war. Nachmittags kontrollierte ein Steiger, indem er nahe dem Wahlvorsteher Postlofste, Ueberdies aber musterte auch noch der Wahlvorsteher jeden abgegebenen Zettel auf das genaueste und machte sich jedesmal auf einem besonderen Blättchen mit Bleistift Notizen. Im Orte Hauge war der Wahllokal so aufgestellt, daß durch die offene Thür der Wähler von der Empfangnahme des liberalen Zettels bis zur Abgabe beobachtet werden konnte. Ueberdies mußte jeder Wähler eine Reihe von etwa zehn Aufpassern passieren, so daß Taschenspieler-Künste dazu gehört haben würden, einen andren als einen Prietze-Zettel in die Urne zu bringen. Die zweimalige Aufpasserung eines Kaplans, wenigstens die Thüre des Wahllokals zu schließen, ließ der Wahlvorsteher unbeachtet. In dem Orte Schiffweiler ließ man die Wahlurne fast ununterbrochen vollständig offen, so daß die Zettel, die sich äußerlich unterschieden, kontrolliert werden konnten. An einem Wahllokal des Ortes Wellsdweiler haben die Aufpasser, wenn sie einem Wähler einen Prietze-Stimmzettel ausgenötigt hatten, den

Wähler zu 2 bis 3 Mann ins Wahllokal begleitet, um die richtige Abgabe des Zettels zu kontrollieren. Einem Vergmann, dem man feindliche wirtschastliche Nachteile androhen konnte, weil er pensioniert war, wurde der Prietze-Zettel ausgenötigt: „Nimm doch diesen, Du hast doch auch zwei Büden auf der Grube!“ In einem andren Wahllokal des gleichen Ortes, wo eine ähnliche terroristische Ueberwachung der Wähler geübt wurde, war unter den Aufpassern auch der Flurschäb, der den Wählern, um sie einzuschüchtern, ausdrücklich sagte: „Ich passe auf!“ Aus fast allen Wahllokals liegen eine Fülle ähnlicher Thatfachen vor, die zeigen, wie der Wahlbeeinflussung von oben her eine planmäßige Organisation gegeben war. Stellenweise geschah das so unverhüllt, daß, wie im Ort Elberberg, als ein Prietze-Zettelverteiler, der Arbeit müde, einem Aufpasser sagte: „Ihr könnt auch einmal Zettel verteilen.“ dieser antwortete: „Wir sind nicht da, um Zettel auszugeben, sondern um aufzupassen, daß keiner den Zettel wechselt.“ In Reunlichsen wurde die terroristische Kontrolle bis auf die Schlafhäuser-Zusassen ausgedehnt. Dem Zeitungsträger wurde verboten, etwas andres als Zeitungen in die Häuser zu bringen, sonst würden auch diese verboten. Dem Zeitungsträger wurde selbst die Zeitungsfische geöffnet und visitiert, damit kein andres als ein „liberaler“ Stimmzettel in die Häuser komme. Am Tage vor der Wahl waren an den Thüren der Schlafhäuser Zettel angeklebt, wam der „Admarich“ zum Wahllokal stattfand. In geschlossenem Trupp, unter Führung des Schlafhausmeisters wurden die Vergleute zum Wahllokal gebracht und als man ihnen dort Centrumzettel anbot, rief der Meister: „Wir haben schon unsre Zettel!“ so daß niemand den Mut hatte, einen gegnerischen Stimmzettel anzunehmen.

Selbst bis in das höhere Beamtenum hinauf ging die Beeinflussung und Unterdrückung. So stellt der Wahlprotest unter Angabe von Zeugen fest, daß der Verginspektor Adams, weil er sich geweigert haben soll, für die Wahl von Prietze zu agitieren, kurz vor der Wahl ganz unerwartet und ohne sonstigen Grund von Neben nach Clausthal im Harz veretzt worden sei. Der Fall mußte natürlich allgemeines Aufsehen erregen.

Neben all diesen Beeinflussungen war das Stimmzettel-Format noch besonders wirksam. Kurz vor der Wahl gaben die Stummlinge einen Stimmzettel 1 1/2 x 12 Centimeter aus, dann einen 17 x 11 Centimeter und am Wahltag selbst noch einen außerordentlich grohen: 2 1/2 x 13 Centimeter.

Es ist selbstverständlich, daß der nationalliberale Nachfolger Stumms, wenn auch nur ein Teil dieser Wahlbeeinflussungen sich noch sollte feststellen lassen, ehestens wieder aus dem Reichstage hinaussliegt. Die Wahl zeigt aber, wie das Ausbeutertum das Reichstagswahlrecht zu einem Hohn und einem leeren Schall macht und wie notwendig eine ausreichende Sicherung des Wahlgheimnisses ist.

Mit den nationalliberalen Stummlingen wird der Reichstag noch reden, wenn der Bericht der Kommission im Plenum verhandelt wird.

Zolltarif-Kommission.

Die Beratung über den Antrag Fischbed auf Beseitigung der städtischen Octrois wird fortgesetzt.

Gamp (Sp.) weist darauf hin, daß auch eine Anzahl Gemeinden im Osten Abgaben auf Lebensmittel erheben. Ebensovienig wie das Centrum nehme er an, daß eine Verfassungsänderung durch die Aufhebung der Octrois bewirkt werde. Redner beantragt die Aufhebung spätestens 1906 vorzunehmen.

Württembergischer Bevollmächtigter **Witter v. Geiger**: Es liege zweifellos eine Verfassungsänderung in dem Antrage. Mit Rücksicht auf die große Zahl der betroffenen bayerischen Gemeinden ersuche er um Ablehnung des Antrags.

Sächsischer Bevollmächtigter **W. Polchek** spricht sich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Rheinlande gegen den Antrag aus. **Dr. v. Komierowski** (Pole) meint, selbst wenn eine Änderung der Verfassung in dem Antrag enthalten sei, müsse sie mit in Kauf genommen werden.

Fischbed (fr. Sp.) spricht seine Verwunderung aus, daß ein Vertreter der preussischen Finanzverwaltung bestreiten könne, daß durch die Kommunalabgaben auf Lebensmittel der Preis erhöht werde. Er weist an der Hand einer eingehenden statistischen Abhandlung von Professor Laspeyres im „Schauspielchen Finanzarchiv“ von 1891 nach, daß die Lebensmittel regelmäßig fast um die volle Höhe des Octrois gestiegen seien.

Derold (C.): Es sei eigenartig, daß die Vertreter der süddeutschen Staaten, die sich so energisch wehren, die Getreidezölle über die Regierungsvorlage hinaus zu erhöhen, sich ebenso bestig gegen eine Aufhebung der Kommunalabgaben auf die gleichen Lebensmittel wehren. Das eine Mal werde die drohende Preissteigerung vorgeschickt, das andere Mal werde jede Preissteigerung bestritten.

Nachdem preussischer Geh. Finanzrat **Radatz** sich nochmals gegen den Antrag Fischbed gewendet hat, beantragt **Blankenhorn** (natl.) folgende Resolution:

Die Kommission wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auch Annahme des neuen Zolltarifs einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß für Rechnung von Kommunen oder Korporationen spätestens vom 1. Januar 1910 an Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mälzenfabrikate, desgleichen auf Wadwaren, lebendes Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht mehr erhoben werden dürfen und daß die entsprechenden Bestimmungen des Zollvereinigungsvertrages aufgehoben sind.

Geyer (Soc.) kommt auf seine neuliche Frage zurück, ob nicht in Sachsen Konferenzen über diese Frage stattgefunden haben, welche

Gebiete der indirekten Steuern den Gemeinden überwiesen werden sollen. In Sachsen zeigen sich Momente, aus denen zu schließen ist, daß man die indirekte Besteuerung in den Gemeinden weiter ausdehnen will. Unbegreiflich ist die Stellung der Staatsregierung, die dadurch, daß sie die indirekten Steuern in den Gemeinden zuläßt, ihr eigenes Steuergebiet einschränkt. Die Regierung hätte allen Anlaß, den Einzelstaaten und Kommunen die nochmalige Verteuerung der Lebensmittel zu untersagen.

Sächsischer Geheimrat **Dr. Rüger**: Von einer Verfügung des sächsischen Ministeriums sei ihm nichts bekannt. Wenn kein Petitionen aus Städten, die Octrois erheben, vorliegen, so kommt das daher, weil sie von dem Antrag Fischbed überrascht worden sind und noch keine Zeit gehabt haben, derartige Petitionen abzuschicken.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** warnt nochmals lebhaft vor Annahme des Antrages Fischbed. Da der Antrag eine Verfassungsänderung einschleife, würden 14 Stimmen im Bundesrate genügen, um das ganze Zolltarifgesetz zu Fall zu bringen.

Herr Hehl zu Herrnsheim (natl.) führt angebliche Beispiele dafür an, daß Socialdemokraten in den Gemeinden für Aufrechterhaltung des Octrois eingetreten seien. Die direkten Steuern in den Gemeinden sind oft so hoch, daß mit Rücksicht auf den Mittelstand eine Erhöhung der direkten Steuern unmöglich erscheint. Redner erklärt sich gegen den Antrag Fischbed und gegen die Resolution Blankenhorn.

Gabel (Antil.) tritt für den Antrag Fischbed ein. Die Octrois schädigen die Landwirte. Die Landwirte müssen z. B. nach Dresden, wo eine Fleischsteuer besteht, billiger verkaufen als nach Chemnitz, wo eine solche Steuer nicht existiert.

Württembergischer Bevollmächtigter **v. Schuelder** weist nochmals auf die von ihm gestern gemachten Angaben über die württembergischen Verhältnisse hin. Die geringe Preissteigerung beim jedesmaligen Einkauf mache die Steuer nicht fühlbar.

Mollenhuth (Soc.): Die Erhebung des Octrois sei mit ganz unverhältnismäßigen Beschwerden und Kosten für die Verwaltung verknüpft. Er empfehle das Hamburger Einkommensteuer-Gesetz, welches einen genaueren Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen der Stadthauptkasse ermögliche. Den Antrag Blankenhorn bitte er abzulehnen, da dieser die jetzt von fast allen Seiten gewünschte Abschaffung des Octrois in das Belieben der Regierung stelle.

Geheimrat **Freund** vom preussischen Ministerium des Innern befreitet dem Abg. Mollenhuth gegenüber, daß die Erhebungskosten der städtischen Octrois unverhältnismäßig hohe seien.

Singer (Soc.) weist gegenüber Herrn von Hehl zu Herrnsheim darauf hin, daß auf dem Mainzer Parteitag eine Resolution gegen die indirekten Steuern einstimmig angenommen ist. Herr v. Hehl klammert sich an die Aeußerung eines einzelnen Parteigenossen und unterläßt es, die einstimmig gefasste Resolution mitzuteilen. — Die Resolution Blankenhorn ist so recht ein national-liberales Machwerk. Nachdem die Vertreter fast sämtlicher Einzelstaaten sich gegen die Abschaffung von indirekten Steuern ausgesprochen haben, ist es sicher, daß das von Blankenhorn in der Resolution gewünschte Gesetz niemals kommen wird. Eher wird der Zukunftsstaat kommen, als daß die Regierung ein solches Gesetz einbringen. Hier ist eines der parlamentarischen Machtmittel vorhanden. Wenn wir es hier nicht ausnützen und die Aufhebung des Octrois nicht in das Gesetz aufnehmen, dann wird der Zweck nie erreicht werden. Hoffentlich wird das Centrum seine jetzige Festigkeit gegen die Octrois durch alle Härnisse der noch erforderlichen Leistungen hindurch retten und nicht wieder ein Opfer seiner alten Unfallskrankheit werden.

Stadthagen (Soc.): Wenn der Antrag eine Verfassungsänderung ist, dann ist das ganze Zollgesetz und der Zolltarif auch eine Verfassungsänderung, denn mehrere Bestimmungen des Zolltarifgesetzes bedingen eine Änderung des Zollvereins-Vertrages. In Bayern, wo die Socialdemokraten und das Centrum die Mehrheit in der Kammer haben, werden sie leicht das Kommunalsteuer-Gesetz in entsprechender Weise abändern können.

Sinatssekretär **Graf Posadowsky** befreitet, daß das ganze Zolltarif-Gesetz eine Änderung der Verfassung sei. Das Zolltarif-Gesetz ist schon einmal abgeändert, ohne daß die Verfassungsfrage aufgerollt worden ist. So hat man auch zu ferneren Änderungen das Recht.

Gothein (fr. Sp.) wendet sich gegen die Resolution Blankenhorn und begründet einen Antrag, wonach die Aufhebung der Kommunalsteuern auf Lebensmittel erst u a 4 Inkrafttreten des Zolltarif-Gesetzes und zwar am 1. April 1906 erfolgen soll. Die Gemeinden müssen Zeit haben, sich auf den Zustand einzurichten. Erst allmählich müsse zu neuen Kommunalsteuern übergegangen werden, weil eine plötzliche Steigerung der direkten Steuern die reichen Leute zum Fortzug aus den betreffenden Städten veranlassen würde.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Blankenhorn und die Anträge Gothein und Gamp werden abgelehnt. Der Antrag Fischbed wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Aufhebung des städtischen Octrois am 1. April des Jahres nach Inkrafttreten des Zolltarif-Gesetzes eintritt. Dagegen stimmen die Nationalliberalen und der Abg. Gothein. Angenommen wird auch der Antrag Lurz, der die städtische Besteuerung von Malz zuläßt.

Müller-Juda (C.) beantragt, alle Anträge, welche sich auf die Verwendung der Einnahmen aus dem Zolltarif-Gesetz beziehen, bis zum Schluß der Beratung zurückzustellen.

Singer (Soc.): Hier zeigt sich, wie recht wir hatten, als wir erst die Beratung des Tarifs verlangten. Wir werden dem Antrag

Wähler nur dann zustimmen, wenn wir die Garantie haben, daß die Verwendungsanträge gleichfalls in zwei Lesungen beraten werden. Daß also die erste Lesung über das Tarifgesetz erst dann geschlossen wird, wenn auch die Verwendungsanträge erledigt sind.

Der Vorsitzende v. Kardorff und Müller-Julda (C.) bestätigen, daß auch für die Verwendungsanträge zwei Lesungen stattfinden sollen. — Daraufhin wird der Antrag Müller-Julda angenommen. Es wird in die Beratung des § 11 eingetreten, der eine Ordnungstrafe von 150 M. gegen Zuwiderhandlungen des Zolltarif-Gesetzes vorzieht.

Stadthagen (Soc.) bemängelt die Fassung des Paragraphen und giebt anheim, bis zur zweiten Lesung einen ergatterten Wortlaut vorzulegen.

Schatzsekretär v. Thielmann giebt die Notwendigkeit redaktioneller Änderungen zu.

§ 11 wird angenommen.

Der Rest des Zolltarif-Gesetzes, § 12, bestimmt: „Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt. Mit demselben Zeitpunkt tritt der bisherige Zolltarif außer Kraft. Dagegen sollen die bisherigen Vorschriften über die Ueberweisung eines Teiles der Erträge der Zölle und der Tabaksteuer an die Bundesstaaten so lange in Wirksamkeit bleiben, bis darüber durch besonderes Gesetz anderweitig bestimmt wird.“

Graf **Kautz** (L.) fordert Aufklärung über die Zeit, in welcher das Zolltarif-Gesetz in Kraft treten soll. Missionen deutscher Landwirte harren mit Sehnsucht auf den Tag der Erlösung, an dem der alte Zolltarif beseitigt wird. Redner bemängelt, daß der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes dem Bundesrat überlassen bleiben soll. Offenbar wolle man Zeit für den Abschluß neuer Handelsverträge gewinnen. Nach Versicherungen des Reichslandwirts bestehe die Absicht, mit fast allen Staaten Verträge zu schließen. Diese Vertragsverhandlungen würden lange Zeit in Anspruch nehmen. So lange aber könne die Landwirtschaft nicht warten. Er halte es für zweckmäßig, daß die Verträge jetzt gekündigt werden, denn er glaube, daß der Zolltarif noch im laufenden Jahre fertig gestellt werden könne.

Der Vorsitzende regt an, die Debatte über die Kündigung der Verträge vertraulich zu behandeln.

Staatssekretär Graf **Bosadowsky** wünscht ebenfalls Aufklärung der Öffentlichkeit.

Singer (Soc.) widerspricht und fordert mindestens die Zulässigkeit der Berichterstattung an die Fraktionen.

Schließlich einigt man sich dahin, daß die Erklärungen der Regierungsvorredner zu diesem Punkte vertraulich behandelt werden sollen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Donnerstag, 10 Uhr, vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

Ein diplomatischer Skandal.

Die Stellung der Socialdemokratie zur Amerikareise des Prinzen Heinrich wird durch unsern Programmsatz diktiert: „Religion ist Privatsache“. Wir können danach kein Interesse an Tauffestlichkeiten nehmen, mag es sich nun um die Taufen von Menschen oder Schiffen handeln.

Die Diplomatie, für die das Unwesentlichste seit jeher das Wesentlichste ist, denkt anders über derlei Geschehnisse, und so erhebt sich über die Tauffahrt des deutschen Prinzen eine endlose Kamegieherei in der alten und in der neuen Welt. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen aber entwickelte sich schließlich eine Skandal-affaire, an der wir nicht ganz vorübergehen können, weil sie sowohl im allgemeinen kennzeichnend für die internationale Moral der Diplomaten ist, als auch auf das deutsch-englische Verhältnis, wie es zur Zeit sich gestaltet hat, grelle Lichter wirft.

Wegen der Prinzenreise nach Amerika war in erster Linie England besorgt, und man suchte die mögliche politische Wirkung der deutsch-amerikanischen Höflichkeitsschmeicheleien durch eine der üblichen diplomatischen Vorbehalten im voraus zu neutralisieren. Das englische Ministerium bestellte sich eines Tages von einem Abgeordneten die Anfrage, ob es wahr sei, daß vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1898 England eine geplante Intervention der europäischen Mächte, insbesondere Deutschlands, verhindert habe. Und der Minister beehrte sich seinerseits, diese bestellte Anfrage dahin zu beantworten, daß das Gerücht auf Wahrheit beruhe. So spielte sich England als Freund Amerikas auf, während Deutschland an der Spitze einer gegen Amerika gerichteten Intervention erschien. Uebrigens waren derartige Gerüchte in der That auch in Deutschland schon vor längerer Zeit verbreitet.

Der deutschen Regierung war diese „Entscheidung“ gerade sehr unangenehm, wo der Bruder Wilhelm II. nach den Vereinigten Staaten reisen sollte. Und man kehrte nun den Spiegel um, und erklärte, daß gerade ein Interventionsversuch Englands an dem Widerspruch der andern Mächte gescheitert sei. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ erklärte, daß am 14. April 1898 — also einen Tag bevor der amerikanische Kongreß den Krieg beschloß, die Vertreter sämtlicher europäischer Großmächte in Washington nach Berabredung gleichzeitig und gleichzeitig an ihre Regierungen berichtet hätten, von Seiten des englischen Votschafers Lord Pauncefote sei eine Kollektivnote an die Regierung der Vereinigten Staaten über die Unrechtmäßigkeit der damaligen Intervention in Kuba vorgeschlagen worden.

Man erklärte mithin von Deutschland, die Rolle, die Deutschland und England damals gespielt habe, sei von dem englischen Minister wahrheitswidrig angegeben worden; das Gegenteil von dem sei richtig, was von England behauptet wurde.

Am Dienstag aber beharrte der Unterstaatssekretär Cranborne im englischen Unterhause bei seiner Darstellung, indem er erklärte, die englische Regierung habe niemals durch einen Votschaffer oder auf andere Weise irgendwelche Erklärung vorgeschlagen, welche sich gegen eine Aktion der Vereinigten Staaten in Kuba richtete. Die Regierung habe im Gegenteil es abgelehnt, irgend einem dahingehenden Vorschlage zuzustimmen.

Der Widerspruch zwischen den Versicherungen des englischen Ministers und den deutschen Offiziösen scheint unlösbar. Wir scheinen vor einem vollkommenen Rätsel zu stehen.

Die letzte Erklärung Cranbornes aber veranlaßte nun die deutsche Regierung zu einer offiziellen Erklärung. Am Mittwoch fanden zwischen dem Kaiser, dem Grafen Bülow und dem englischen Votschaffer in Berlin Besprechungen statt. Wilhelm II. besuchte den Votschaffer und hatte eine längere Unterredung mit ihm, während der englische Votschaffer zu einer kurzen Ansprache beim Grafen Bülow erschien.

Am Mittwochnachmittag veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger“, um die Frage, soweit Deutschland davon berührt wird, endgültig aufzuklären, das folgende Telegramm, das am 15. April 1898 der deutsche Votschaffer in Washington, H. L. L. L., an den damaligen Staatssekretär Bülow gerichtet hat:

„Der englische Votschaffer ergriff sehr auffälligerweise heute die Initiative zu einem neuen Kollektivschritt der hiesigen Vertreter der Großmächte. Wir vermuten, daß die Königin-Regentin in diesem Sinne bei der Königin von England vorstellig geworden ist. Die sechs Vertreter telegraphierten an ihre Regierungen auf Wunsch des englischen Votschafers in folgendem Sinne:

„Man kann angefaßt der Haltung des Kongresses keine Hoffnung mehr auf Frieden hegen, und die allgemeine Meinung geht dahin, daß auch die Mächte nichts gegen den Krieg einzuwenden hätten. Eine gute Basis für neue Verhandlungen schien die Note des spanischen Botschafters vom 10. ds. Mts. zu bieten. Wenn diese Ansicht von den Regierungen geteilt wird, so erscheint es angezeigt, hier den Irrtum zu zerstreuen, als würde die bewaffnete Intervention in Kuba die Unterstützung der zivilisierten Welt (der Präsident hatte in seiner Dezemberbotschaft gesagt, daß er nur in diesem Falle Intervention wolle). Die hiesigen Vertreter glauben unter diesen Umständen, daß die Großmächte die Aufmerksamkeit der hiesigen Regierung auf die spanische Note vom 10. d. M. lenken und erklären könnten, daß die bewaffnete Intervention ihnen nicht gerechtfertigt erscheine. Diese Erklärung würde die Form einer von den Mächten an die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika gerichteten Kollektivnote annehmen. Eine solche würde größeren Eindruck machen, und die hiesigen Vertreter würden dann nicht dem Anschein ausgesetzt sein, als wollten sie lediglich ihren ersten Schritt wiederholen, den der Präsident in seiner neuesten Botschaft nicht einmal der Erwähnung gewürdigt hat. Falls eine identische Note beschloffen werden sollte, würde es sich empfehlen, dieselbe sofort zu veröffentlichen, damit die zivilisierte Welt, deren Autorität man anruft, von dem Vorwurf entlastet werde, als billige sie diesen Angriff.“

Ich persönlich sehe einer solchen Kundgebung ziemlich föhl gegenüber. Polleben.“

Raubbemerkung des Kaisers zu dem Schlußsatz des Votschafers:

„Ich halte sie für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich. . . . Ich bin gegen diesen Schritt!“

Außerdem wird der englische Originaltext des Entwurfs der Kollektivnote veröffentlicht.

Man erkennt leicht, daß damit die Angelegenheit durchaus nicht, wie der „Reichs-Anzeiger“ meint, „endgültig aufgeklärt“ ist. Sie ist vielmehr dunkler als je.

Die unvollständig mitgeteilte Raubbemerkung des Kaisers beweist allerdings, daß Wilhelm II. von jener Intervention, die unmittelbar vor Ausbruch des Krieges erfolgte, nichts wissen wollte. Aber man sieht zugleich aus dem Telegramm, daß es nicht die erste Intervention war. Und an und für sich halten ja auch die alteingesessenen Monarchien Europas kein geringes Interesse daran, den möglichen Untergang des spanischen Gottesgnadentums zu verhindern.

Andererseits scheint sich der Widerspruch zwischen diesem Telegramm Polleben und den sich erhellenden Erklärungen Cranbornes nicht zu lösen. Cranborne behauptet: England habe eine Intervention Deutschlands verhindert. Das Telegramm scheint umgekehrt nur eine Deutung zuzulassen: Deutschland hat eine Intervention Englands vereitelt.

Soll man es nun wirklich für möglich halten, daß die gegenwärtige Diplomatie Englands so unverständlich dumm und plump läßt? Die Lüge ist freilich das Instrument der Diplomatie, nur pflegt sie nicht so grenzenlos läppisch zu verfahren. Kann man es verstehen, daß England, um der Wirkung der deutschen Prinzenfahrt entgegenzuarbeiten, die heille Interventionsfrage anruft, wenn es selbst die Rolle gespielt, die es Deutschland zuschreibt? Das wäre doch ein Verfahren gewesen, dessen Verlogenheit sofort allernmäßig festgestellt werden konnte! Und der Pfeil wußte auf den Absender zurückprallen.

Indessen vielleicht läßt sich der Widerspruch doch lösen. In dieser Richtung arbeitet ein „Neuter“-Telegramm aus Washington, wonach man in amerikanischen Regierungskreisen das „Gefühl“ habe,

„daß die Thätigkeit des englischen Votschafers Pauncefote im Sinne einer Intervention vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges im allgemeinen mißverständlich worden ist. Es ist bekannt, daß der österreichisch-ungarische Votschaffer Hengelmüller in seinen Bemerkungen zu Gunsten Spaniens inermäßig war. Die Behauptung der Bande des Blutes zwischen den regierenden Häusern Österreichs und Spaniens hat dieses Verhalten zur Genuge entschuldigt. Im Verlaufe dieser Bemerkungen hatte sich Hengelmüller, nachdem er am 7. April 1898 die Vertreter der Mächte und den Präsidenten McKinley besuchte, in dem Bestreben, den Krieg zu verhindern, an Pauncefote als den Doyen des diplomatischen Corps gewandt und sich bemüht, ihn zu überreden, zu versuchen, welche Maßnahmen etwa noch im Sinne einer wirksameren Vorstellung bei den Vereinigten Staaten getroffen werden könnten, um den Krieg als unerwünscht hinzustellen. Pauncefote war der Ueberzeugung, daß kein solcher Vorschlag etwas ausrichten würde, gab aber so weit nach, daß er Hengelmüllers Vorschlag den anderen Vertretern der Mächte unterbreitete.“

Danach wäre jene vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Note kein Vorschlag des englischen Votschafers gewesen, sondern er hätte den Vorschlag Österreichs nur als Vektel dem Kongreß übermittelt. Das würde einen Widerspruch mildern, wenn auch der Wortlaut des Telegramms Polleben nicht recht vereinbar mit dieser Deutung ist.

Auf jeden Fall bleibt die andere Behauptung Cranbornes noch zu beweisen, daß England eine Intervention der andern Mächte vereitelt habe. Sie sich hier der Widerspruch aufheben läßt, darüber kann man nur Vermutungen haben. Möglich ist, daß in einem früheren Stadium bereits eine Intervention von Deutschland und andern Mächten angeregt und am Widerspruch Englands scheiterte. Als dann der englische Votschaffer die Frage aufs neue anregte, da mag Deutschland die Aussichtlosigkeit einer solchen Einmischung inzwischen eingesehen und sich nun schroff dagegen erklärt haben. Derartige plötzliche Bestimmungen zeichnen ja die auswärtige wie die innere Politik des neuen Kurses aus — man denke nur an die Entwicklung der Transvaalfrage.

Diese Annahme würde allerdings die Rätsel und Widersprüche lösen. Jedenfalls widerlegt das jetzt veröffentlichte Material nicht die englische Behauptung vollständig. Es wird damit nicht bewiesen, daß Deutschland niemals eine Intervention versucht und sie unterlassen habe, weil England nicht mitthun wollte. Es ist leicht voranzusehen, daß der „endgültigen“ Aufklärung noch „endgültigere“ folgen werden. —

Ein englisch-japanisches Bündnis.

Die englische Regierung hat der politischen Welt eine große Ueberschätzung bereitet durch die Bekanntgabe eines zwischen England und Japan abgeschlossenen Trug- und Schutzvertrages, dem nicht nur von der englischen Presse eine außerordentliche Bedeutung beigegeben wird. Und in der That: so wenig man sonst auch den Wert derartiger Bündnisse zu überschätzen geneigt sein mag, so liegen diesmal die Umstände doch derart, daß man den beiden Kontrahenten den ernstesten Willen zutrauen darf, die in dem Vertrag

stipulierten Bedingungen auch strikt innezuhalten. Einfach deshalb, weil die beiden Mächte in Ostasien gemeinsame Interessen haben, deren Wahrung ihnen nur durch ein energisches Zusammengehen auf die Dauer möglich sein kann.

Der vom Minister des Reiches Marquis of Lansdowne und dem japanischen Gesandten in London Baron Hayashi am 30. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag besteht aus 6 Artikeln. Er lautet in der Hauptsache:

Beide Regierungen, von dem Wunsche befeuert, den status quo und den allgemeinen Frieden im fernem Osten, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität von China und Korea aufrecht zu erhalten, sind über folgendes übereingekommen:

1. Maßregeln zu treffen, um ihre Interessen zu wahren, wenn diese durch ein aggressives Vorgehen irgend einer andern Macht, oder durch Unruhen in China und Korea bedroht sind und sich dadurch für einen der beiden vertragschließenden Teile die Notwendigkeit ergibt, zum Schutze seiner Staatsangehörigen zu intervenieren;

2. Wenn einer der beiden Vertragschließenden in einen Krieg mit irgend einer andern Macht verwickelt werden sollte, wird der andre Teil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen zu verhindern, daß andre Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen seinen Verbündeten beteiligen;

3. Wenn irgend eine Macht sich den Feindseligkeiten gegen diesen Verbündeten anschließt, wird die andre Partei ihm zu Hilfe eilen, den Krieg mit ihm gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen;

4. Die vertragschließenden Parteien kommen überein, daß keine von beiden, ohne die andre zu betrogen, sich auf separate Abmachungen mit einer andern Macht zum Schutze der oben bezeichneten Interessen einlassen wird;

5. Wenn immer die oben erwähnten Interessen gefährdet sind, werden die beiden Regierungen einander in umfassender und allseitiger Weise Mitteilungen machen;

6. Das Abkommen tritt sofort in Kraft und soll bindend bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an, an welchem es von einem der beiden vertragschließenden Teile gekündigt wird. Ist indessen einer der beiden Verbündeten in einen Krieg verwickelt, wenn der Zeitpunkt seines Erlösens herankommt, so soll dasselbe in Geltung bleiben, bis der Friede geschlossen ist.

Ein Depesche des Ministers Lansdowne giebt zu dem Abkommen folgenden Kommentar:

„Dieses Abkommen kann als das Ergebnis der Ereignisse der letzten zwei Jahre im fernem Osten betrachtet werden wie auch des Anstalts, den England und Japan an dem Vorgehen anlässlich derselben genommen haben. Während des ganzen Verlaufs der Unruhen und Verwicklungen in China, die auf den Ausbruch des Bogeraufstandes folgten, sind die beiden Mächte in engen und unterbrochenem Verkehr gewesen und haben gleichartige Anschauungen beibehalten. Aus dem häufigsten Meinungsanstand zwischen den beiden Regierungen und aus der Entscheidung, daß ihre Interessen im fernem Osten identisch sind, ergab sich, daß jede von beiden Seiten den Wunsch ausdrückte, daß die gemeinsame Politik ihren Ausdruck in einem internationalen Vertrage von bindender Kraft finden sollte. Die englische Regierung ist bei ihrem Entschlusse, diesen wichtigen Vertrag einzugehen, in hohem Maße durch die Ueberzeugung beeinflusst gewesen, daß derselbe keine Bestimmungen enthält, welche als Anzeichen aggressiver oder selbstthätiger Absichten in den Gegenden, auf welche er sich bezieht, betrachtet werden können. Derselbe ist lediglich als eine Vorsichtsmaßnahme abgeschlossen, an die man sich, falls sich die Gelegenheit ergeben sollte, in Verteidigung wichtiger britischer Interessen zu halten hätte. Der Vertrag bedroht in keiner Weise die gegenwärtige Stellung oder berechtigten Interessen anderer Mächte. Im Gegenteil kann jener Teil des Abkommens, welcher für jede der vertragschließenden Parteien die Verbindlichkeit enthält, daß sie von der andern Partei zum Beistand aufgerufen werden kann, nur wirksam werden, wenn einer der Verbündeten sich gezwungen sieht, in einen Krieg zu ziehen zur Verteidigung von Interessen, welche beiden gemeinsam sind, fernere wenn die Umstände, unter welchen er diesen Schritt unternommen hat, derart sind, daß feststeht, daß er den Streit nicht gesucht hat, und wenn der Verbündete, der zur eigenen Verteidigung im Kampfe verwickelt ist, sich nicht durch eine einzelne Macht, sondern durch eine feindliche Koalition bedroht sieht.“

Man könnte glauben und hat dieser Meinung auch bereits Ausdruck gegeben, daß dieser Kommentar die sehr blühenden Bestimmungen des Vertrages wesentlich abschwäche und so viele Verlausulierungen und Vorbehalte aufwerfe, daß sich jede der beiden Vertragsmächte gegebenenfalls mit Leichtigkeit den eingegangenen Verpflichtungen entziehen könne und wahrscheinlich auch entziehen werde. Andererseits aber kann dieser Kommentar auch sehr wohl als diplomatisch verbindliche Verzunderung des bitteren Kerns angesehen werden, den der Vertrag für verschiedene Mächte enthält, ohne seiner Bedeutung für einen Ernstfall Eintrag zu thun.

Welche Motive die beiden Mächte zum Eingehen ihres Schutz- und Trugbündnisses hervorgerufen haben, ist in dem Artikel selbst deutlich genug hervorgehoben. England sowohl wie Japan sind aufs lebhafteste daran interessiert, daß der status quo, die Integrität in China gewahrt bleibt. Dieses Interesse wird aber höchstens noch von Nordamerika geteilt, während Rußland, Deutschland und Frankreich an der Arbeit sind, immer neue Gebiete von China an sich zu reißen. Rußland hat ja bereits die Mandchurei verschluckt, Deutschland bedroht die Provinz Fschili und tritt in Schanghai und im Yangtse-Kiang-Gebiet als höchst unangenehmer Rivale Englands auf, während Frankreich vom Süden her die Provinzen Yunnan und Kwangsi bedroht. Die deutsche Presse erklärt, daß der Vertrag sich ganz offensichtlich gegen Rußland richtet. Gewiß, Rußland ist sowohl für England wie für Japan der gehätselteste und gefürchtetste Gegner; allein der Vertrag richtet sich auch gegen die andern beiden Mächte, welche ihre gierigen Blicke nach chinesischen Gebiete senden.

Daß England, wenn es nicht von seiner weltpolitischen Stellung abhandeln will — eine solche Abhandlung bedeutete den völligen Bankrott seiner ganzen bisherigen Politik — nicht dulden kann, daß China zerstückelt wird, liegt ebenso auf der Hand, wie die Thatsache, daß das mächtig aufblühende, industriell und kommerziell mit Riesenschritten sich entwickelnde Japan nicht ruhig mitanzusehen kann, daß europäische Mächte die ihm unmittelbar benachbarten Seeprovinzen des rassenverwandten Sinesenreiches an sich reißen, und damit nicht nur seine politische Stellung bedrohen, sondern auch seinen Handel mit China ernstlich gefährden. Es muß also den beiden verbündeten Mächten alles daran liegen, daß China wenigstens — da die Mächte ja japanische und englische Amerikaner nicht dulden würden — unabhängig bleibt.

Die Politik der Integrität Chinas verfolgte England schon 1860. Damals intervenierte es anfangs sogar gegen Japans Vorgehen gegen China, um sich dann später auf Japans Seite zu schlagen und an ihm wenigstens einen Verbündeten gegen die andern Mächte zu gewinnen. Rußland, Deutschland und Frankreich bereiteten sich damals schlemmigt, um Japan um den Preis seines Sieges zu bringen und von der Halbinsel Liaotung zu vertreiben. Daß es die jen Mächten nicht wie England auf die Integrität

Chinas ankam, bewies ja ihr späteres Vorgehen: Rußland selbst bemächtigte sich alsbald der Veste, die man Japan wieder abgejagt hatte, nachdem Deutschland durch Amerzian Kantschou seinen ersten „Nagel“ eingeschlagen hatte. Das Einschlagen weiterer Nägel soll jetzt der englisch-japanische Vertrag hindern.

Wir als Gegner der so lech entrierten ostasiatischen Eroberungspolitik Deutschlands können nur wünschen, daß der neue Zweibund tatsächlich diesen Zweck erreicht und allen weiteren Aufstiegsgeboten der drei anderen Mächte einen viden Niegel vorschreibt. Ob dieser Zweck tatsächlich erreicht werden wird, kann erst die Zukunft lehren. Soviel steht jedenfalls fest, daß eine Fortsetzung der bisherigen Eroberungspolitik in Ostasien die schwersten internationalen Schwierigkeiten heraufbeschwört, ja geradezu unwillig mit der Gefahr des Weltkriegs spielt. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß auch Amerika, dessen Interessen sich in Ostasien so ziemlich mit denen Englands und Japans decken, wie ein englisches Blatt hofft, dem Zweibund anschlösse, der dadurch in der That den ihm von Landolone zugeschriebenen Charakter einer Friedensliga gewinnen könnte.

Im Reichstag

Am Mittwoch die zweite Lesung des Justizetats zu Ende geführt. Die Debatte trug den Charakter der Nachlese, neue Gesichtspunkte tauchten kaum noch auf.

Durch die am Tage zuvor erhobene Forderung einer strengeren staatlichen Kontrolle der Aktiengesellschaften fühlte sich der freimüthige Rechtsanwalt Lenzmann in seinem kapitalistischen Herzen bedrückt; er möchte das „freie Spiel der Kräfte“ auch hier möglichst wenig gestört sehen. Dem Staatssekretär Dr. Nieberding stellte Herr Lenzmann, der sich selbst als „roten Demokraten“ bezeichnete, ein überraschendes Vertrauenstimmchen ab — sehr im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Müller-Meinungen. Dabei war das eigentlich alles, was der freimüthige Redner mit Recht zu kritisieren hatte, nur geeignet, um die schärfste Verurteilung der Nieberding'schen Justizbureaucratie zu rechtfertigen.

Auf die von Herrn Lenzmann ausgesprochene Vermutung, der bekannte Duellverherrlicher, Oberstaatsanwaltschafts-Rat Cunn, sei durch seine Veretzung nach Jagen in eine bessere Stellung befördert worden, erwiderte Herr Dr. Nieberding mit der Erklärung, in jener Veretzung sei vielmehr eine Strafe zu erblicken. Das ändert nichts an der Inkonsequenz eines Systems, das vom Duell als dem Morde der Geistesmenschen nicht lassen mag und gegen seine öffentlichen Bekenner mit halben Strafmaßnahmen vorgeht. Herr Nieberding unternahm es nochmals, die Kompetenzsphäre des Reichs-Justizrats zu definieren; es ist ein langer und langweiliger Weg, auf dem es seine Scheinautorität zur Geltung zu bringen — versuchen darf. Der Geist des frischen Lebens wird aufs gründlichste herausgedestilliert aus dieser Methode deutscher Reichsjustizaufsicht.

Durch den Hinweis Stadthagens auf das konservative Schwelgen zum Fall Breidenbed sah sich Herr v. Levetzow zu der Mitteilung genötigt, daß auch seine Partei die unfrommen Genossen zu teil gewordene Behandlung mißbillige. In der Duellfrage machte Herr v. Levetzow halb widerwillig ein paar gezwungene Konzessionen an das moderne Empfinden. Beseitigen könne man die feudale Anallerei natürlich nicht; vielleicht empfehle sich ein Ausbau der Ehrengerichte.

Stadthagen übernahm es, das verunglückte Auftreten des sächsischen Geheimrats Dr. Börner, der seine heimische Klassenjustiz in sächselnd-partikularistischem Eifer zu retten gesucht hatte, ins rechte Licht zu setzen. Er stellte fest, daß in der mehrfach erwähnten Jwiderer Affaire Herr Börner nur die Darstellung Stadthagens bekräftigt habe. Der sächsische Geheimrat zog sich jetzt hinter die Auffassung zurück, er dürfe sich nicht auf die Kritik eines gerichtlichen Urteiles einlassen. Im weiteren widerlegte Stadthagen die „äristische“ Anschauung des Zeitungs-Agrariers Dr. Dertel, daß die zunehmende Kriminalität auf die Abnahme der Religiosität zurückzuführen sei.

In einer guten Rede trat der Centrums-Abgeordnete Eröber nochmals für seinen Duellantrag ein und verteidigte sich gegen eine Verschärfung der Beleidigungsstrafen, während der freimüthige Dr. Müller-Meinungen in sehr amüsanter und wichtigen Ausführungen allerlei Beiträge lieferte zur Seelenanalyse des Herrn Dr. Dertel, unter dessen weicher Weste ein Herz schlägt, das Knuten-Phantasien und lyrische Waldstimmungen, Gladiatoren-Umwandlungen und moralisierende Pathetik in harmonischem Nebeneinander vereint. Präsident Graf Vallestrom erwiderte sich bei der Müller'schen Charakteristik nervöser als vielleicht nötig gewesen wäre.

Dann sprachen noch unsere Genossen Heine und Peus; jener wandte sich nochmals gegen eine Erhöhung der Strafen für Beleidigungen, die nur zu einem neuen verschämten Ausnahmegesetz gegen die Opposition führen wird, dieser geißelte das Verhalten der anhaltischen Regierung im Fernburger Krankenhaus-Prozess.

Donnerstag: Postetat. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch eine Reihe kleinerer Etats. Beim Etat des Finanzministeriums entspann sich eine längere Debatte über die neu eingestellte Position des Wohnungsinspektors für Düsseldorf. Dieser Beamte ist dem Regierungspräsidenten untergeordnet, er hat aber keinerlei Exekutive, sondern besitzt nur beratende Stimme. Einigen Herren geht auch dies noch zu weit, und der Titel wurde an die Budgetkommission zurückverwiesen, um eine Form zu finden, die klar erkennen läßt, daß es sich nur um eine provisorische Position handelt.

Bei dem Titel „Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten“ gab es die übliche Polendebatte, in der neue Momente nicht zu Tage traten.

Den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten setzte das Haus von der Tagesordnung ab. Vor Eintritt in die Beratung erklärte nämlich der Staatssekretär Herr v. Richthofen, daß er am Sonnabend bei der Anfrage des Abg. Büchhoff wegen des Verhaltens der Regierung gegenüber der Eingabe des Boerenhilfskomitees nur aus Versehen nicht im Hause erschienen war. Die Regierung habe sofort im Sinne des Boerenhilfskomitees eine Aneignung an den Vorkämpfer in London ergreifen lassen, aber die Antwort konnte bis heute noch nicht einlaufen. — Die Beratung dieses Etats soll erst nach Eingang der Antwort aus England stattfinden.

Donnerstag: Berg-Etat und Bau-Etat. —

Deutsches Reich.

Gegen den Spiritusdring wenden sich die Erklärungen, die Herr v. Liedenmann-Seehem in jener vertraulichen Konferenz bei Herrn v. Hobbielst am 3. Dezember v. J. abgab und die nun auf Verlangen der Opposition in der Brauntwein-Kommission im Auszuge mitgeteilt werden. Herr v. Liedenmann ist freilich nicht etwa ein grundsätzlicher Gegner der Ringbildung, sondern ihm ist der Spiritusdring nur noch nicht weit genug gegangen, indem er sich nicht die uneingeschränkte Herrschaft über die Produktion sicherte. Aber darin stimmen wir mit Herrn v. Liedenmann überein, daß durch den Spiritusdring die Produktion künstlich zu großer Steigerung angereizt wurde, indem der Ring versicherte, er werde für einen rapiden Aufschwung des Verbrauchs von denaturiertem Spiritus sorgen. Herr v. Liedenmann weist nach, was wir an dieser Stelle schon wiederholt ausführten, daß dieser Verbrauch sich seit Bestehen der Centrale, des Spiritusdringes, gar nicht erhöht hat, als er vorher war. Wichtig ist dabei, daß er auch auf eine Erhöhung des Petroleumszolls zu sprechen kommt — offenbar ist derselbe in agrarischen Kreisen schon ernstlich ins Auge gefaßt worden und wenn es ihnen gelingen würde, den Zolltarif nach ihrem Belieben umzugestalten, würde schließlich auch eine Erhöhung des Petroleumszolls — vielleicht in letzter Stunde durchgedrückt werden. Auch die Ansicht, daß die Centrale zur Errettung des Brennereiverwerbes aus einer Rottlage hätte ins Leben gerufen werden müssen, widerlegt Herr v. Liedenmann, indem er auf die Tarifherabsetzungen, zu denen der Ring schritt, hinweist: Die Lage des Brennereiverwerbes ist durch das Dogmatisieren der Centrale in ihrem jetzigen Aufbau so schwierig und unüberwindlich geworden, daß meines Erachtens die vorgeschlagene Novelle zum Brauntweinvergesetz nur als Palliativmittel wirken, keineswegs aber zur Heilung der eigentlichen Krankheit des Brennereiverwerbes führen wird, heißt es am Schluß der Darlegungen Liedenmanns. Nun spricht er ja freilich nicht von einem objektiven Standpunkt aus und nicht zu Gunsten des Gemeinwohls, sondern als Leiter der ringfreien ostdeutschen Spiritusfabriken, die einen Ring für sich bilden und mit der Berliner Centrale in Konkurrenz stehen. Immerhin ist aber sein Urteil über diese sehr interessant und es ist recht begründlich, warum erst auf nachdrückliches Verlangen der Opposition in der Brauntwein-Kommission dieses Referat des Herrn Liedenmann zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurde!

Mißglückte Ananerei des Eisenbahnzolls. Ein Rangierer in Hamburg verlangte für die Zeit einer 14-tägigen militärischen Uebung Anzahlung seines Lohnes unter Abzug für die ihm beim Militär gewordene Verpflegung. Der Eisenbahnzoll weigerte die Zahlung auf Grund der für alle Dienstzweige der preussischen Eisenbahnverwaltung getroffenen Bestimmung, die besagt: „Der Tagelohn wird für diejenige Tage gewährt, an welchen der Arbeiter dienstlich thätig gewesen ist.“ Der Geschädigte erhob Klage beim Amtsgericht, indem er sich auf § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützte, in dem bestimmt ist, daß den Dienstpflichtigen wegen unverschuldeter Verhinderung Lohnabzüge nicht gemacht werden dürfen, falls eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit in Frage komme. Er, der Rangierer, aber stehe jetzt fast 10 Jahren im Dienste der Eisenbahnverwaltung, im Vergleich zu welchem Zeitraum die veräumte Frist als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche“ anzusehen sei. Das Amtsg. erwidert, daß die Klage stattgegeben und den Eisenbahnzoll zur Zahlung von 88 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klageertrag an verurteilt, indem es sich der Begründung des Klägers durchaus anschloß.

Landwirtschaftliche Notstandsdeputete. Der bereits vor längerer Zeit angefordigte Antrag auf Veranlassung einer parlamentarischen Enquete über das Vorhandensein eines Notstandes in der Landwirtschaft, über die Ursachen eines eventuellen Notstandes, die Ursachen einer eventuellen Steigerung der Produktionskosten, der bereits früher angeklagt war, ist jetzt vom Abg. Gohle aus der freimüthigen Vereinnung der Zolltarifkommission vorgelegt worden.

Die Polen und der Brotwucher. Der Nachricht, daß die polnische Reichstags-Fraktion geschlossen für die weitere Erhöhung der Getreidezölle einträte, tritt der Abg. v. Janta-Polczynski in der „Gazeta Warsza“ wie folgt entgegen: „Die Behauptung, als ob die polnische Reichstags-Fraktion sich für die Erhöhung der Getreidezölle erklärt hätte, ist absolut falsch und gehört zu den jeder Grundlage entbehrenden Witzereien. Ob mir die wirtschaftliche Seite des Antrages in der Fraktion entscheidend sein wird, das will ich nicht entscheiden. Die letzten durch die Weichener Affaire hervorgerufenen Vorwürfen haben den Zusammenhang aller drei Landesteile aufs schlagendste erwiesen. Wir erfahren und erfahren von selten unserer Brüder jenseits der Grenze so viel Beweise des Mitleids und der Sympathie, daß es unnötig ist, nicht darüber nachzudenken, ob es angängig sei, durch für sie schädliche Beschlüsse die Hand zu bieten zur Erhöhung der Mauer, mittels deren man uns künstlich trennte.“ Jedenfalls ist der bei weitem überwiegende Teil der polnischen Reichstags-Abgeordneten nicht nur für die Wuchertarif-Boelone, sondern für eine Zollserhöhung über sie hinaus geneigt. Auch bei diesen Herren hört der nationale Gedanke auf, wo das Interesse des Geldbeutels beginnt.

Ein Faschings-Ministerium.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Der Zufall fügte es, daß das plötzlich aus dem Wein gegangene sächsische Ministerium am Faschings-Dienstag wieder gelemt worden ist. Aber es ist keine Zufallsache, daß nach der Demission des Gesamtministeriums nur bloß der Finanzminister v. Wagdorf das Opfer dieser weltbewegenden Krise geworden ist. Unverschuldet trifft zwar den Finanzminister keine Anschuldigung nicht, doch ist er durch die Kluden und Läden der Hofratskette gefaßt worden, die seit Jahren ihn für die gemeinsam vom Landtag und Regierung verübten Finanzoperationen als Alleinverantwortlichen hinzustellen beliebte. Es ist landbekannt, daß der Präsident der Zweiten Kammer auf einen Ministerfessel spekuliert, und es gewinnt nach der Rekonstruktion des Ministeriums beinahe den Anschein, als solle der bisherige Justizminister Dr. Müller den Posten des Finanzministers für irgend eine Größe der Hofratspartei interimistisch verwalten.

Wie soll denn der Justizminister Ordnung in die zerrütteten Finanzen bringen? Das ist nicht mit juristischen Floskeln und einer gewissen realistischen Schneidigkeit zu erzwingen. Und auch der lieben geliebene Chef des Ministeriums, der auf einmal von Solidarität für seinen Minister-Schwager v. Wagdorf überzuschießen schien, nun aber das Weiden im Amte dieser Solidarität vorzieht — Herr v. Meyß besitz nicht die Fähigkeit und die Macht, von Grund aus die sächsischen Verhältnisse zu bessern, die er selbst so zerrütten half.

Daß überhaupt dieses rekonstruierte Ministerium es wagt, weiter zu antworten noch all den Vorurteilen, ist erstaunlich. Will es nun doch um Indemnität wegen der Chemnitzbahn nachsuchen oder muß die Zweite Kammer unterbrechen? Das Dilemma ist für beide Teile noch ärger geworden, aber beide scheinen keine Empfindung dafür zu haben. Von den persönlichen Intriguen ganz abgesehen, die bei dieser Wandlung der Dinge mitgespielt haben, kommt doch nach gewissenhaften Volksbegriffen für ein Amt die Festigkeit der Entschließung seiner Inhaber in erster Linie in Betracht. Wo ist diese Festigkeit der Entschließung im neu installierten Ministerium? Schon sein Weiden dokumentiert das Gegenteil konsequenten Handelns. Und dieses Ministerium soll dem Lande imponieren? Wenn wirklich keine andere Leute die Nachfolge für das Ministerium Reichs übernehmen wollten oder nicht zu finden waren, dann sollte man die Kammer kommissarisch verwalten lassen, das wäre wahrhaftig weniger beschämend, als mit diesem am Faschings-Dienstag rekonstruierten Ministerium weiter zu — regieren.

Die Unmöglichkeit, mit ihm so weiter zu verfahren, muß sich sehr bald ergeben.

Ausland.

Oesterreichische Politik.

Civil. — Der Zwist im alldutschen Lager. — Das letzte Grubenunglück.

st. Wien, 10. Februar. Das österreichische Abgeordnetenhaus scheint nun ernstlich über den Berg gekommen zu sein. Wenigstens in der Frühjahrsession wird ihm nichts mehr passieren. Am Dienstag war die erste Sitzung, und während das Haus seine Tätigkeit sonst damit begann, Zeit zu vertödeln, ist diesmal sofort an die Arbeit gegangen worden. Die in der ersten Sitzung eingebrachten vier Dringlichkeitsanträge wurden in einem Zug erledigt und schon in der zweiten Sitzung hat sich das Haus an die Militärvorlage — wodurch die Aushebung der Rekruten in diesem Jahre bewilligt wird — gemacht, so daß trotz der Faschingsferien die Erledigung des Budgets bis Ostern erwartet wird. Mittlerweile ist auch der Budgetausfluß fertig geworden und so sind auch die Fährlichkeiten überwunden, die der glatten Budgetberatung bisher gedroht hatten. Die kglige böhmische Universitätsfrage — dort verlangt nämlich jede Nation eine Universität für sich, eine jede in der Stadt, die der andre Volksstamm perhorresciert — hat der Unterrichtsminister durch eine geschickte Erklärung zum Schweigen gebracht, und von den bestrittenen Mittelschulen ist nicht eine abgelehnt worden. Allerdings hat der Ausschuss eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, die legendären slovenischen Parallellassen des Unterghymnasiums in Cilli aufzulassen und dafür, gleichsam als Entschädigung, die Parallellassen in Warburg zu einem kompletten slovenischen Unterghymnasium auszugestalten; aber auch diese nationale Kränkung vermag die sehr stark herabgedämpfte Kriegslust der Slaven nicht aufzustacheln. Dieses Cilli ist eine der ältesten nationalen Streitfragen, es zeigt die schreckliche Fähigkeit nationaler Differenzen. Die Errichtung der bescheidenen Schule beruht auf einem ausdrücklichen Parlamentsbeschluss — vom Jahre 1895. Aber die Zeit hat die Deutschen nicht verächtlicher gemacht; damals sind sie überstimmt worden — mit den Stimmen der Deutschösterreicher — und da ihnen eine andre Konstellation die Macht giebt, üben sie sie, indem sie die Auflassung der eingedrungnen slavischen Schule in der deutschen Stadt Cilli begehren! Die Abstimmung im Ausschuss war sehr merkwürdig; auf der einen Seite sämtliche slavische Völker, auf der andern die Deutschen und die Italiener, Wenen und Oslon! Das sozialdemokratische Ausschussmitglied, Abg. Fernerstorfer, stimmte für die Forderung nach Auflassung; es muß verzeichnet werden, daß ihm diese Stellungnahme von den slavischen Genossen verübelt wird. Am letzten Ausschuss hat dann Herr v. Koerber noch ein solennes Vertrauensvotum erhalten: Der Dispositionsfonds, nämlich 100 000 Kr., zur „freien“ Vermittlung, die größtenteils darin besteht, Zeitungen zu korrumperen, wurde ihm mit großer Majorität bewilligt. Dieses österreichische Beamtenministerium straft alle landläufigen konstitutionellen Vorstellungen ab. Angeblich hat es keine Majorität, in Wirklichkeit läuft ihm das ganze Haus nach.

Während die echten Alldutschen in Döbeln die schreckliche Niederlage erlitten, haben ihre Jünger, die österreichischen Alldutschen ein inneres Jena erlebt. Die Affaire Wolf ist nämlich mit dem Siege des Frauenliebels noch lange nicht zu Ende; sie fängt eigentlich politisch erst an. Wie aus den nachträglichen Enthüllungen klar geworden ist, hat Herr Wolf seine Mandate nicht freiwillig, sondern unter dem Druck Schönerers zurückgelegt, der, wie richtig vermutet wurde, das bekannte „private Vorwissen“ als die gute Gelegenheit auszunutzen, sich des unangenehmen Rivalen zu entledigen. Herr Wolf ist nun zwar gewählt worden — sowohl in den Reichsrat als in den böhmischen Landtag — aber in die Alldutsche Vereinigung des Abgeordnetenhauses ist er nicht aufgenommen, vielmehr ganz freiwillig von der Aufnahme ausgeschlossen worden. Da ihm aber einige Getreue gefolgt sind, so ist die Partei eigentlich bereits gespalten: dem offiziellen Klub gehören 15 Abgeordnete an, sechs sind freiwillige und unfreiwillige Wilde. Herr Wolf macht auch die Erfahrung, daß es nicht so leicht ist, frech zu sein, wenn die ganze Welt weiß, daß man Kluden im Kopf hat; der einst so laute und vorlaute Herr ist nun ganz still geworden und allgemein geht die Meinung, daß er trotz der großen Anhänglichkeit, die ihm die deutschböhmische Wählerschaft manögelegt bezogen, innerlich bereits fertig ist und die persönliche Kränkung nicht überwinden wird. Mit Wolf aber steht und fällt die Partei, denn der sterile, nur auf die Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeit angehende Schönerer vermag weder eine Partei zu führen noch zusammenzuhalten.

Einem wichtigen Beschluss faßte das Haus in seiner vorigen Sitzung. Durch zwei Dringlichkeitsanträge, einer von den Sozialdemokraten und einer von den Junggehehen, wurde nämlich die schauerliche Katastrophe zur Sprache gebracht, die sich unlängst im böhmischen Braunshofenrevier ereignet und 43 Arbeitern den Tod gebracht hat. Das Haus beschloß, die Regierung habe über die Ursache der Katastrophe eine eingehende Untersuchung einzuleiten. Der Untersuchungskommission seien auch die Vertrauensmänner der Arbeiter beizuziehen, wogegen alle jene Personen, die bei der Staatsaufsicht, dem Betrieb oder der Arbeit im Jupiter-Schacht direkt betätigt waren, von der Teilnahme an der Kommission ausgeschlossen sein sollen. In der Debatte wurden der ausdehntesten Kohlenbau-Gesellschaft und zwar nicht allein von sozialdemokratischer Seite, sondern auch von Rednern anderer Parteien, sehr harte Worte gesagt. Es ist bezeichnend, daß sich des arbeitermordenden Kapitalismus niemand amahn — selbst die Regierung nicht, bei der sonst die Grubenbarone immer auf Verteidigung rechnen konnten.

Dänemark.

Abermals eine offizielle Anerkennung der Gewerkschaften. Beauftragt durch die Folkethingskommission, die sich mit den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlägen gegen die Arbeitslosigkeit befaßt, hat sich der Minister des Innern an den „Gesamtverband der Gewerkschaften“ um Klärung über den Umfang der Arbeitslosigkeit gewandt. Der Ausschuss des Gesamtverbandes hat darauf Fragebogen an die verschiedenen Gewerkschaften geschickt. Bis zum Sonnabend waren von 69 Organisationen mit zusammen 82614 Mitgliedschaften Antworten eingegangen. 3 Organisationen mit zusammen 682 Mitgliedern hatten keine Arbeitslosen zu verzeichnen. In den übrigen Organisationen wurden 21 867 Arbeitslose gezählt, das sind 26,6 Proz. der gesamten Mitgliederzahl der 69 Organisationen. Aus den aufgestellten Tabellen geht hervor, daß von den organisierten Arbeitern in den Industriezweigen ca. 16,8 Proz. arbeitslos sind, in den Baugewerken 45,9 Proz., von den Arbeitsmännern (ungelehrten Arbeitern) 31,5 Proz. In dem Begleitschreiben an den Minister wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen, einschließlich der unorganisierten, auf 37 000 geschätzt.

Frankreich.

Neue Parteispaltungen. Die Wahlverlorenheit der Gueddisten in Roubaix ist die Veranlassung für eine Spaltung innerhalb dieser Partei geworden. In der „Petite Republique“ erklärt der ehemalige sozialistische Bürgermeister Carrette, der im Kampfe gegen den liberalen Molle mit unterlegen ist, einen Aufruf, in welchem er die Sozialisten von Roubaix auf-

fordert, der „Socialistischen Arbeiterpartei von Roubaix“ beizutreten. In dem Anruf wird erklärt, daß auch die neue Organisation auf dem Boden des revolutionären Socialismus stehe, daß es notwendig sei, aus der französischen Arbeiterpartei auszuscheiden, um in Bezug auf die Taktik bei lokalen Kämpfen freie Hand zu haben. Im ganzen wird in dem Anruf gefordert, über die zu straffe Centralisation innerhalb der „Französischen Arbeiterpartei“ (Guedistien); von der Centralstelle aus würden Anweisungen gegeben über lokale Angelegenheiten, die von dort nicht beurteilt werden könnten, der Glaube der Führer an ihre Unfehlbarkeit sei nicht ein zu großer. Carrette tritt ein für die Autonomie der lokalen Gruppen und Provinzialverbände in kommunalen Angelegenheiten und sonstigen Lokalfragen; hier dürfte die Centralgewalt nicht reglementierend eingreifen.

Und will es scheinen, als ob man auch innerhalb einer streng centralisierten Partei eine vernünftige kommunale Politik treiben könne. —

Belgien.

Der Kampf um gleiche Stimmrecht. Die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen gleichen Stimmrechts ist in ihre letzte Phase eingetreten, es wird Ernst. Die Socialisten, mit denen die Liberalen in dieser Frage verbunden sind, hatten für Dienstag, dem Carnevalstag, große Demonstrationen in Aussicht gestellt. Am letzten Sonntag haben schon einige Umzüge in den Straßen von Brüssel stattgefunden, die Säle des Maison du Peuple waren den ganzen Tag über von Tausenden von Personen besetzt, mehrere socialistische Deputierte, darunter Wandervebe, nahmen das Wort. In der Kammer steht für die nächsten Sitzungen die Frage des Wahlrechts zur Verhandlung. Wie die Regierung sich dazu stellen wird, ist noch unbestimmt. Ungefragt ist auch noch, ob die Merkmalen wirklich den Antrag einbringen werden, das Männerwahlrecht auf die Frauen auszudehnen. Die Socialisten würden durch diesen Antrag in eine ziemlich schwierige Lage kommen. Die Liberalen, die Bundesgenossen der Socialisten, wollen nämlich von dem Frauenstimmrecht nichts wissen; um sie als Bundesgenossen zu behalten, mußten die Socialisten auf diese Forderung zunächst verzichten. Nun machen aber die Merkmalen das Frauenwahlrecht zu ihrer Forderung, einmal weil sie glauben, über die Mehrzahl der Frauen genügenden Einfluß zu haben, ein andermal, um die friedlichen Brüder zu entziehen. Dieser nicht ungeschickte Schachzug der Merkmalen ist, wie schon erwähnt, durch den Beschluß der Socialisten unschädlich gemacht worden; wie bekannt, haben die socialistischen Frauen selbst, in Anbetracht der gegebenen Situation, auf diese Programmforderung vorläufig verzichtet. Der König, der an der Riviera weilt, ist auf dem Wege nach Brüssel; die Bürgergarden halten die Straßen besetzt, die nach der Kammer und dem Schloß führen, das Militär ist konzentriert. Ob sich die Regierung auf die Bürgergarden verlassen kann, ist sehr zweifelhaft, auch unter den jungen Rekruten und Soldaten entfalten die belgischen Socialisten schon seit Jahren eine energische Agitation, um dieselben für den Socialismus zu gewinnen. Letztendlich hat die socialistische Partei keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie vollkommen auf dem Boden der Legalität bleiben will, daß ihre Verhandlungen, ihre Propaganda und Demonstrationen für das allgemeine gleiche Wahlrecht einen durchaus friedlichen Charakter behalten sollen. Es ist aber sehr leicht möglich, daß es durch polizeiliche oder militärische Maßnahmen und Provokationen zu Gewaltthatigkeiten und Mordverbrechen kommt. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen.

Die Demonstration der Brüsseler Arbeiter.

Brüssel, 11. Februar. (Fig. Ver.) Heute nachmittags fand die erste Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. In der Kammer wird jetzt der Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Kommune und Provinz diskutiert. Sollte die parlamentarische Aktion nicht genügen, dann soll das Volk selbst zur Entscheidung auferufen werden.

Die Merkmalen und ihre Presse wiederholten unaufhörlich die Drohung, daß das Volk mit dem herrschenden Pluralismus zufrieden sei, nur einige Agitatoren seien die Schreier. Um den Merkmalen zu beweisen, daß sie sich im Irrtum befinden, veranstalteten die Brüsseler Arbeiter heute eine Manifestation. Ungefährlich, wie unsere Regierung nun einmal ist, hatte sie das ganze Quartier, wo sich Ministerien und Kammer befinden, absperrt lassen. Die ganze Polizei, 1 Bataillon der Civilgarde und reichende Gendarmenrie war auf den Beinen.

Die Manifestanten zogen, etwa 3000 an der Zahl, um 1/2 Uhr nach dem Palais des Prinzen Albert. Die Polizei, die Wien machte, den Zug beim Ausgang der Rue Turenberg aufzuhalten, wurde zurückgedrängt und der Zug passierte. Sonst versuchten die Manifestanten nirgends den Polizeicordon zu durchbrechen, weil die Parole lautete: *La républicaine* Manifestation.

Auf dem Wege zum Palais des Prinzen Albert kam es zu einem Zwischenfall. Als die Manifestanten, die Parteiliste singend, in die Rue de la Science einbogen, sprang ein Polizeisergeant um die Ecke, zog seinen Säbel und wollte die Demonstranten auseinanderreiben. Er wurde jedoch entwaffnet und der Zug ging weiter. Vor dem Palais des Prinzen wurde das Lied „A bas la loi de carton“ (Nieder mit dem Kartontönig) angestimmt. Hierauf zog man nach dem Parlament, um die Abgeordneten zu erwarten. Der ganze Platz war bei der Ankunft schon gefüllt, ebenso die Seitenstraßen. Da die Vermählungen der Polizei, den Platz zu räumen, fruchtlos war, stellte sie ihr Begehren ein. Um 5 Uhr erschienen die Abgeordneten, die mit Hochrufen begrüßt wurden. Dann zog man vor das Mediationsgebäude des „Peuple“, wo Velen, Wandervebe und Trottel Ansprachen hielten. Die Zahl der Manifestanten war auf ca. 10 000 angewachsen. Hierauf wurden die Abgeordneten an den Nordbahnhof begleitet. Während bis jetzt sich die Demonstration auf den verhältnismäßig stillen Teil der Stadt beschränkt hatte, befand man sich jetzt auf den großen Boulevards, wo die Brüsseler Bourgeoisie gemäß dem Prinzen Arneval huldigte. Die Ankunft der Arbeiterbataillone auf dem mit Waffen gefüllten Boulevard, verheißte ihre Wirkung nicht. Diese friedliche Demonstration bildete bald den Gegenstand des Gesprächs in ganz Brüssel. —

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Meldungen der Depeschbüros, in denen die geistige Demonstration als ganz unbedeutend und vollständig mißglückt geschildert wurde, die Unwahrheit verriethen. —

Parlamentarisches.

Der Festungsbaufonds.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte Mittwoch die Beratung über die Forderung von 197 280 000 M. für den Festungsbaufonds fort, indem sie zugleich über die Erlöse aus dem Verkauf von frei werdender Festungsgrundstücke und Festungsbauflächen im Gesamtbetrage von 4 206 180 M. diskutierte.

Dr. Bachem (C.) beantragt, die Titel für die beiden Festungsbaufonds so fassen: Titel 3, Ausbau der Landesbefestigungen, letzte Rate 9 540 000 M.; Titel 3a, Erlöse aus dem Verkauf von Festungsgrundstücken 4 229 000 M. als 13. Rate; die beiden Fonds decken sich gegenseitig. Hierdurch wird die Gesamtforderung um 5 400 000 M. gemindert.

Nichter (fr. Sp.) erklärt, die Bewilligung der Etatsforderung sei unmöglich, da jede Abgrenzung der verschiedenen Baukastelfonds gegeneinander fehle. Auch sei zu befürchten, daß es im Etat dann eine neue Festungsrate von 15 Millionen jährlich geben werde. Es sei aber doch der Hauptgrund der ungünstigen Finanzlage des Reichs, daß zwar die Ausgaben, nicht aber die Einnahmen festgelegt würden, besonders bei der Flotte und dem Heere. Redner regt an, die Einnahmen aus den gänzlich zu entfestigenden Plätzen vom Festungsbaufonds völlig zu trennen.

Auf eine Anfrage Nichter wegen der weiteren Absichten der Heeresverwaltung in Bezug auf Befestigung und Entfestigung macht Kriegsminister v. Gohler vertrauliche Mitteilungen. Für den Fall der Annahme des Antrages Bachem fordert der Kriegsminister

dringend die Einstellung einer Bauquote von 2 Millionen Mark für die Befestigung des Oberrheins.

Geheimrat Herz erklärt, daß die Finanzverwaltung durchaus auf dem Standpunkt des Abg. Richter in betreff der Einstufung der Erlöse aus dem Verkauf von Festungsgrundstücken stehe und dementsprechend verfahren werde.

Gröber (C.) empfiehlt den Antrag Bachem unter Zusatz von 1 Million für die Befestigung des Oberrheins.

Kriegsminister v. Gohler bittet etwas höher zu geben. Dr. Bachem beantragt seinem Antrag als Titel 3b zuzusetzen: Zur Befestigung des Oberrheins 1 500 000 M.

Kriegsminister v. Gohler ist mit diesem Antrage einverstanden. Die Abg. Gröber (C.) und Richter (fr. Sp.) verlangen die gegenseitige Dedungsfähigkeit nur auf Titel 3 und 3a, nicht aber auf 3b anzudehnen.

Dr. Bachem (C.) beantragt, gegenseitige Dedungsfähigkeit für alle drei Titel.

Nichter (fr. Sp.) erklärt, daß er, wenn dies beschlossen würde, gegen das ganze Gesetz stimmen würde.

Die gegenseitige Dedungsfähigkeit für alle drei Titel wird hierauf mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen für die Titel 3 und 3a angenommen. Mit dieser Modifikation wird der Antrag Bachem mit 24 Stimmen gegen die 2 Stimmen der Socialdemokraten angenommen. — Hieraus ergibt sich im ganzen ein Abstrich von 3 900 000 M.

Die Beratung des Militäretats ist erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag. (Postzeit und Invalidenfonds.)

Der Boeren-Krieg.

Die englischen Verluste im Januar.

Die Verlustliste des Januar zeigt eine Steigerung gegenüber der des vorigen Monats. Im Januar erlagen an Krankheit 10 Offiziere und 528 Mann. Der Gesamtanfang beläuft sich auf 87 Offiziere und 2983 Mann. Davon fielen im Gefecht 5 Offiziere, 82 Mann. An Wunden erlagen 5 Offiziere, 62 Mann. Unglücksfällen fielen zum Opfer 1 Offizier, 85 Mann. Vermißt wurden 21 Mann. Als Invaliden in die Heimat zurückgeschickt wurden endlich 67 Offiziere und 1937 Mann.

Aus Industrie und Handel.

Die Reederei Vereinigter Schiffer in Breslau erörtere in einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre den gegenwärtigen Stand der Konkursabwicklung, vor allem sollte aber durch Beschluß der Aktionäre der Aufsichtsrat zur Ersparnisleistung herangezogen werden. Obwohl diese Ansicht in der Versammlung sehr starken Anklang fand, wurde dennoch erst die Einsetzung einer Revisionskommission beschlossen und damit die Negrehansprüche vorläufig in den Hintergrund gedrückt. Die Gesellschaft ist besamullich durch die betrügerische Manipulation ihres Direktors Schoßlag in Konkurs geraten. Schoßlag hatte falsche Lederscheine an mehrere Bankhäuser zur Verleibung gegeben und als schließlich der Zusammenbruch drohte, machte er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende. Wie der Konkursverwalter berichtete, soll der zweite Direktor Breslauer ein willenloses Werkzeug seines Kollegen gewesen sein und auch den Angehörigen der Firma wurde nachgelagt, daß ihnen die untreue Geschäftsführung nicht entgangen sein konnte. Als Aktiven sind 2 035 000 M. vorhanden, denen als bevorrechtigte Forderungen in Passiven 338 000 M. und als nicht bevorrechtigte Forderungen 9 900 000 M. gegenüberstehen. Die Gläubiger können im günstigsten Falle auf 15 Proz. rechnen.

Es stellte sich hier wieder heraus, daß die Aufsichtsratsmitglieder Leute waren, die sich um die Geschäftsführung gar nicht kümmerten und die Abrechnungen ohne die nötige Kontrolle passieren ließen. Wie von mehreren Seiten nachgewiesen wurde, hätte eine gewissenhafte Revision auf die Schliche des betrügerischen Direktors kommen müssen, so aber brachten es die Herren Aufsichtsräte, denen es nur um ihre Tantieme zu thun war, fertig, einem Mann volles Vertrauen entgegenzubringen, der allgemein als höchst zweifelhafter Charakter bekannt war. Das Verlangen, den Aufsichtsrat zur Ersparnisleistung heranzuziehen, erscheint deshalb wohl berechtigt.

Ausfuhrvergütung für die Eisenindustrie. Die Roheisen-Syndikate und das Kohlenyndikat haben sich bei den jetzt gepflogenen Verhandlungen bereit erklärt, den die Rohfabrikate verarbeitenden Werken Ausfuhrvergütungen zu gewähren. Die betreffenden Syndikate verlangen dagegen eine feste Organisation der Branchen. Wie die „Allg. Ztg.“ mitteilt, vertritt man die Auffassung, daß die bereits bestehenden Verbände sich eine gemeinsame Centrale schaffen, die in der Lage ist, eine genaue Kontrolle über die in den verschiedenen Geschäftszweigen zur Ausfuhr gebrachten Mengen auszuüben und in Gemeinschaft mit den Vertretern des Kohlenbergbaus die Ausfuhrvergütungen festzusetzen. Letztere wären dann je nach der Arbeit, die auf die einzelnen ausgeführten Waren verwandt wurde, verschieden zu bemessen; sie müßten also beispielsweise für Draht höher sein als für Träger, für Letztere wieder höher als für Knäppl usw. Durch eine derartige Abstufung soll verhindert werden, daß das Ausland mit Hilfe der ihm aus Deutschland zugeführten Rohstoffe und Halberzeugnisse den weiter verarbeitenden deutschen Werken ernstlichen Wettbewerb bereiten kann.

Die Meldung bestätigt wieder, mit welchen wirksamen Mitteln die großen Syndikate die Ausdehnung der Trustbildung aufsteben. Die aberaus dieses Entwicklung der Syndikate im Eisengeverbe ist sicherlich auf dieses Drängen zurückzuführen.

Die Leipziger Kredit- und Sparbank ist, wie sich jetzt erst herausstellt, durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank stärker in Mitleidenhaft gezogen, als es nach ihrer Erklärung anzunehmen war. Der Jahresabschluss erforderte 3 000 000 M. Abschreibungen und ist damit eine Unterbilanz von 1 550 000 M. entstanden. Die Verwaltung der Bank schlägt eine Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5:3 vor. Das Aktienkapital beträgt 12 500 000 M. Im Jahre 1900 verteilte die Bank 5 Proz. Dividende. Nach dem Bericht der Verwaltung betragen die Spar- und Depositionen im Laufe des Jahres 12 238 875 M., nach dem Zusammenbruch der Leipziger Bank bis zum Ende des Jahres 1901 wurden dann von diesen Einlagen 9 888 572 M. zurückgefordert.

Die Gewerkschaft Mandelfeldsche Maschinenfabrik macht bekannt, daß von Montag ab statt der bisherigen zebruständigen eine achttägige Arbeitszeit eingeführt wird. Außerdem wird das Schichtgeld bis zu 1.50 M. um 10 Pf., bis 2.50 M. um 20 Pf. und über 2.50 M. um 30 Pf. gekürzt. Gleichzeitig ist etwa 20 Schlossern, 6 Eisenblechern, 14 Schmiedern, 11 Gießern und 3 Tischlern die Arbeit gekündigt, so daß dieselben also in 14 Tagen entlassen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Fliesenleger, Achtung! Infolge von Umständen konnte die öffentliche Verammlung der Fliesenleger Berlins am Dienstag nicht togen. Dieselbe soll nunmehr am Freitag, den 14. d. M., stattfinden.

Kollegen! Es handelt sich um die vitalsten Interessen in unserem Beruf, um die Verschlechterung unserer Lebenslage. Kollegen! Seid Ihr gewillt, den Kampf gegen das Unternehmertum erfolgreich zu führen, so ist es notwendig, daß Ihr alle zurückkehrt zur alten bewährten Organisation. Jene Sonderbündel, welche jetzt von einigen nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Ausschlägen auf Geheiß der Unternehmer ins Leben gerufen werden soll, muß mit aller Entschiedenheit niedergeworfen werden. — Auf zum Kampf und Sieg! Der Vorstand.

Borzellanarbeiter! Ueber die Malerei von Hertwig, Schöneberg, ist seitens der hiesigen Verwaltung die Sperte verhängt worden. — Da die Firma in den Fach- und Lokalblättern ständig Maler sucht, bitten wir um Verbreitung der Notiz.

Deutsches Reich.

Die Firma Steinfeldt u. Blasberg in Hannover sucht gegenwärtig durch Vermittlung Berliner Arbeitsnachweise Arbeiter nach dort zu engagieren. Da in Hannover insgesamt 8000 Metallarbeiter verkürzte Arbeitszeit arbeiten (darunter auch die bei Steinfeldt u. Blasberg beschäftigten), dürfte es rasch sein, den gemachten Anwerbungen nicht Folge zu geben, um so mehr, als die bei der Firma St. u. B. gegenwärtig beschäftigten Arbeiter erst vor kurzem mit der Firma in Differenzen geraten waren und unter den Folgen derselben noch zu leiden haben.

100 Metallarbeiter in der Fabrik von Gabriel u. Bergenthal zu Warstein (Westfalen) haben wegen ersetzter Lohnabzüge in Höhe von 5 bis 15 Proz. die Arbeit niedergelegt. — Die Metallarbeiter seien auf ihre solidarische Pflicht aufmerksam gemacht.

Formerstreit. In der Maschinenfabrik von Paul Cohnstadt zu Treßla u. wurde dieser Tage den Formern ein Lohnabzug gemacht, der je nach der Größe des Stüdes von 5 Pf. bis zu 90 Pf. betrug. Als einer der Betroffenen namens der übrigen bei der Fabrikleitung Vorstellungen gegen den Lohnabzug erhob, wurde er sofort entlassen. Darauf erklärten sich die übrigen 11 Formner mit dem gemäßigten Kollegen solidarisch und legten sämtlich die Arbeit nieder.

Zum Streik der vogtländischen Weber wird gemeldet: Bei der Firma F. M. Greiner in Reichenbach legten 25 Frauen und Mädchen die Arbeit nieder. Die Männer arbeiten weiter! Ursache des Ausstandes sind Lohnreduktionen. — In Eiferberg hat jetzt der Fabrikantenverein in fast sämtlichen Webereten einen Lohnstarck ausgehängt, der natürlich in keiner Weise den Wünschen der Arbeiterschaft entspricht. Die Firma Jäger u. Seidel hat ebenfalls, trotz gegebenen Ehrenwortes, dem am 29. Januar 1902 vereinbarten höheren Lohnstarck wieder entseht.

Die Textilarbeiter der Firma Gebr. Albert in Greiz beschloßen, wie uns telegraphisch berichtet wird, mit 184 gegen 5 Stimmen den Streik fortzusetzen; es ist demnach zu erwarten, daß die Fabrikanten ihre Drohung wahr machen und 2500 Arbeiter ausheperten.

Böttcher und Tischler werden vor Zugzug nach Saalfeld gewarnt, da in der Holzschmiedefabrik von Adam Schmidt daselbst Differenzen bestehen.

Die Mastlatter Waggonfabrik sucht Schreiner und Stellmacher. In letzter Zeit wurden dort Lohnreduktionen vorgenommen, wogegen die Arbeiter protestierten. Der Protest hatte den Erfolg, daß 15 Mann gekündigt wurden. — Schreiner und Stellmacher, die nicht gewillt sind, für 28—30 Pf. zu arbeiten, werden gut thun, Mastlatter zu meiden.

Die Schneider in Straßburg beschloßen, die geltenden Tarife ab 15. Februar zu kündigen. Eine Reihe von Firmen, darunter einige sehr bedeutende, haben den neuen Tarif bereits anerkannt.

Ausland.

In der Königl. Pelzwaren-Fabrik zu Rotterdam sind Differenzen ausgebrochen. Es wird um Fernhaltung von Zugzug gebeten.

Buchbinder-Konflikt in Dänemark. Zwecks Herbeiführung einer neuen Tarifgemeinschaft im Buchbindergewerbe fand am Montag eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Meister- und Gehilfenorganisationen in Kopenhagen statt. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Die Angelegenheit wird jetzt wahrscheinlich im „Gesamterverband der Gewerkschaften“ und in der „Arbeitgeber-Vereinigung“ zur Verhandlung kommen.

Der Turiner Gadarbeiter-Streik dauert fort. Die Regierung ist abermals zu Ungunsten der Streikenden aus ihrer Neutralität heraustrgetreten, indem sie zehn Versammlungen, die von der Turiner Arbeitskammer für Sonntag einberufen waren, verbot. Die Arbeitskammer hat dagegen Protest eingelegt und bereits neue Versammlungen anberaumt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das allgemeine Stimmrecht und die Kammer.

Brüssel, 12. Februar. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde die Generaldebatte über den Antrag betreffend das allgemeine Stimmrecht begonnen. Der Abg. Vethune, der seinen Bericht vorlegte, wird von den Socialisten mit den Rufen: „Verräter! Dieb!“ empfangen. Man wirft ihm vor, die Wählerliste gefälscht zu haben. Vethune erwidert, daß das Schwurgericht ihn von dieser Anklage freigesprochen habe. Smeets (Socialist) greift ihn fortgesetzt heftig an, obgleich der Präsident Smeets das Wort entzogen hat. Der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen und bedeckt sich. Die Mitglieder der Rechten erheben sich unter lärmenden Kundgebungen der Linken von ihren Sigen. Die socialistischen Abgeordneten werden beim Verlassen der Kammer von einer großen Menschenmenge lebhaft begrüßt. Ein großer Teil derselben begibt sich im Zuge nach dem Volkshause, wo sich die Manifestanten ohne Zwischenfall gesirenen!

Brüssel, 12. Februar. (B. V.) Die Socialisten organisieren für den 20. Februar eine große antimilitärische Kundgebung; eine Anzahl Personen wird Ansprachen halten.

Brüssel, 12. Februar. (B. H.) Angesichts der Drohung der Socialisten, die Kundgebung vor der Kammer täglich zu wiederholen, wurden auch heute die gestern getroffenen Vorregeln angewendet. Die neutrale Zone ist durch Militär abgesperrt. Wie in die späteren Nachmittagsstunden beschränkten sich die Socialisten auf das Abhängen revolutionärer Plakate.

Paris, 12. Februar. (B. Z. V.) Sämtliche Blätter messen dem englisch-japanischen Vertrage große Bedeutung bei. „Temps“ sagt, der Vertrag schmei ein Anzeichen dafür zu sein, daß die englische Regierung in Ostasien eine neue Politik verfolgen wolle. Durch dieses Ueberzinkommen nehme England, für welches die Politik der freien Hand bisher ein Dogma gewesen sei, das System der gebundenen Hände an. „Journal des Débats“ findet, daß Japan keinen besonderen Grund habe, von dem eben abgeschlossenen Vertrage sehr entsetzt zu sein; es sei nicht sehr wahrscheinlich, daß der casus foederis jemals zu Gunsten Japans eintrete. „Patrie“ sagt, der englisch-japanische Vertrag sei direkt gegen Rußland und auch gegen Frankreich gerichtet, dessen Interessen in Judochina jetzt von Engländern und Japanern bedroht würden.

Oran, 12. Februar. (B. H.) In dem Dorfe Abemir stürzte das Dach eines Hauses ein und begrub acht Personen unter den Trümmern. Sechs Personen wurden als Leichen geborgen, zwei sind leichter verletzt.

Yokohama, 12. Februar. (B. Z. V.) Der Premierminister machte im Parlament Mitteilung von der am 30. Januar erfolgten Unterzeichnung des Bündnisvertrages zwischen England und Japan, welcher Aufrechterhaltung der Integrität Chinas und Koreas und des Friedens im Osten bezweckt; das Bündnis sei tatsächlich ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis.

Peking, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englisch-japanische Bündnisvertrag, der heute hier einigen fremden Diplomaten mitgeteilt wurde, war eine völlige Ueberraschung. Er wird als das wichtigste Ereignis in der ostasiatischen Politik der letzten Jahre angesehen. Der japanische Gesandte stützte Anfang einen Besuch ab und übergab ihm eine Kopie des Vertrages. Unter den hiesigen Diplomaten herrscht kein Zweifel darüber, daß durch den Bündnisvertrag tatsächlich ein Veto gegen die Unterzeichnung des russisch-chinesischen Vertrages betreffend die Mandchurei eingelegt wird.

Reichstag.

141. Sitzung vom Mittwoch, 12. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niederding.

Die zweite Beratung des Etats der Reichs-Justizverwaltung (Zit. Staatssekretär) wird fortgesetzt.

Abg. Lenzmann (frj. Sp.):

Die große Vere der Hauses könnte mich eigentlich veranlassen, eine recht lange Rede zu halten, da ich keine große Unruhe zu befürchten habe, aber ich habe Mitleid mit dem Herrn Staatssekretär und seinem vierjährigen Kampf mit und gegen Juristen. (Heiterkeit) Bei der Wichtigkeit der bisherigen Debatte muß ich mich auf einige Punkte beschränken. Die Aktiengesellschaften unter die polizeiliche Kontrolle zu stellen, wie dies Herr Kamp wünschte, halte ich nicht für angebracht. Das Proportional-System bei den Wahlen zum Ausschussrat in der Generalversammlung der Aktiengesellschaften einzuführen ist ganz unmöglich. Es würde nur zur Folge haben, daß die Aufsichtsräte mit unbrauchbaren Elementen besetzt würden. Herr Kamp kann sich durchaus nicht damit befassen, daß die Achtung vor dem Rechtsanwaltsstande gesunken sei, im Volke erkennt man die nützliche Tätigkeit dieses Standes sehr wohl an. Freilich von Seiten der Behörden werden die Rechtsanwälte nicht ganz gleichmäßig mit den Staatsanwälten behandelt. Ich bin überzeugt, daß wenn ein Rechtsanwalt in öffentlicher Vernehmung, wie jener Staatsanwalt das Duell glorifiziert hätte, er sicher wegen Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen angeklagt worden wäre. (Sehr richtig! links.) — Herr Kamp hat dann noch eine Reihe von Klagen der Rechtsanwälte vorgebracht, die zum Teil berechtigt waren. Es ist gewiß unser gutes Recht, auch unsere rein materiellen Interessen selbst zu vertreten. Freilich gehen wir nicht so weit, daß wir den Gottesdank für unsere materiellen Interessen anrufen, wie das die Agrarier im Circus Busch getan haben. Dort haben es diese Herren fertig gebracht, den Gott, der doch der Gott aller Menschen ist, anzusehen, er möge dafür sorgen... (Lolche des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, wir sind beim Reichs-Justizetat. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lenzmann (frj. Sp.) fortfahrend:

Es ist weiter viel über das Duell gesprochen worden. Die Stellung meiner Freunde zum Antrag Gröber hat ja mein Kollege Müller-Weinigen schon präzisiert. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß von allen Parteien des Hauses das Duell als Unsitte anerkannt wird. Der wirksamste Schutz gegen die Duell-sitte ist, daß den Duellanten, die sich gegen das Gesetz verweigern, die Fähigkeit, ein Amt weiter zu bekleiden, genommen wird, wie das der Antrag Schrader will. Weiter muß dafür gesorgt werden, daß derjenige, der sich weigert, eine Duellforderung anzunehmen, nicht gesellschaftlich und auch nicht durch die Behörden insamiert wird. (Sehr richtig! links.) — Es sind eine Reihe Klagen gegen den Herrn Staatssekretär vorgebracht worden. Im Gegensatz zu meinen Freunden nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß bei keinem Reichstag so sehr der gute Wille vorherrscht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, als bei dem Reichs-Justizamt und dem Herrn Staatssekretär. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Staatssekretär nicht besser mit seinen Wünschen durchdringt, so liegt die Ursache ganz wo anders und man sollte nicht immer den Kopf schlagen, wenn man den Kopf meint. Freilich muß ich das Lob des Herrn Staatssekretärs nach den Debatten der letzten Tage etwas einschränken. (Lachen links.) Vor allem war der Grund des Herrn Staatssekretärs sehr wenig juristisch und berechtigt, die Regelung einzelner Materien könne vom Bundesrat nicht vorgenommen werden, weil Initiativanträge des Reichstags zu derselben Sache vorliegen. Wenig loben kann ich auch die Art und Weise, wie jetzt immer Kompetenzbedenken erhoben werden. — Ueber den Fall Wredenbeck ist mit Recht lebhafteste Klage erhoben worden. Die Schuld in diesem Falle trifft aber die Polizeibehörden. Wir haben ja leider eine ständige Inbrunst in der Presse: Schutz gegen Schulpflicht. Ich kann es aber nicht als richtig anerkennen, wenn man behauptet, in vielen richterlichen Erkenntnissen spiegeln sich ein bestimmter politischer Geist wieder. Umrufe bei den Sozialdemokraten: Au! Heiterkeit, aber das hindert mich nicht, die Gerichte gegen unverschämte Angriffe zu verteidigen. Wir haben gehört, daß durch den Fürsten von Reuß im Wege der Gnade eine vom Gericht erkannte Freiheitsstrafe in Prügelstrafe umgewandelt worden ist. Es ist gewiß richtig, daß der Landesherr das Begnadigungsrecht hat, aber niemals hat ein Fürst das Recht, seine Unterthanen zu gesetzwidrigen Handlungen zu mißbrauchen. Da muß von Seiten des Reichsjustizamts Beschwerde erhoben werden, und über die Kompetenz mag schließlich der Bundesrat entscheiden. Jedenfalls darf niemals eine Begnadigung zu einer im Gesetz nicht vorgesehenen Strafe erfolgen, der Grundsatz sine lege nulla poena muß auch für die Regierungen gelten. Der Fürst von Reuß... (Lolche des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich habe schon früher erklärt, daß ich nichts dagegen habe, daß das Begnadigungsrecht im allgemeinen in den Bereich der Erörterung gezogen wird, einzelne Fälle sind ausgeschlossen, die dürfen Sie nicht hier herbeiführen. Ich bemerke noch außerdem, daß der Fall, den Sie hier anführen, keineswegs offiziell feststeht, sondern nur durch Zeitungsnachrichten verbreitet ist. Ich bitte Sie also, auf diesen speziellen Fall nicht weiter einzugehen.

Abg. Lenzmann (fortfahrend):

Was die weiteren Fragen anlangt, die hier behandelt sind, so halte ich die reichs-gesetzliche Regelung des Strafvollzuges für dringend notwendig, ebenso die Einführung der bedingten Zurückweisung. Der fliegende Gerichtsstand muß baldmöglichst beseitigt werden. Die Klagen über Verjährung von Prozessen sind zum Teil berechtigt, offensichtlich sieht das Herr Staatssekretär bald ein, daß der eigentliche Grund hierfür in den zu großen Gerichtsbezirken liegt. — Sehr richtig ist auch die Einschränkung des Mißbrauchs, der heute mit dem großen Unfugspargassen getrieben wird. Angesichts des heute im Volke vorhandenen Mißtrauens gegen die Zivil- und Strafsjustiz sollte das Reichs-Justizamt all diese wichtigen Fragen nicht so dilatorisch behandeln, wie das jetzt geschieht. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Reichs-Justizamts Niederding:

Der Herr Vorredner hat gesagt, der Staatsanwalt, von dem er sprach, sei nach Hagen befördert worden. Ich kann es ja verstehen, daß Herr Lenzmann als begeisterter Anhänger seiner westfälischen Heimat in einer Verlegung nach Hagen eine Beförderung erblickt. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen aber die beruhigende Versicherung geben, daß der preussische Herr Justizminister diese Auffassung des Herrn Lenzmann nicht teilt, in seinen Augen bedeutet diese Verlegung des betreffenden Staatsanwalts nicht eine Anerkennung, sondern eine Korrektur seiner Vernehmung. Deshalb der Herr Minister gerade die Heimat des Herrn Lenzmann ausgewählt hat, bedauere ich, Ihnen nicht mitteilen zu können (Heiterkeit), im preussischen Abgeordnetenhaus wird er jedenfalls Gelegenheit haben, sich darüber auszusprechen. Das Lob, das mir Herr Lenzmann zu teil werden ließ, war mir nicht gerade angenehm, da es auf Kosten anderer Instanzen des Reiches erfolgte. Auch folgte der kleinen Lobrede nachher ein recht lautes Säbdenregister. — Was die Kom-

petenzfrage anlangt, so bemerke ich folgendes: Art. 17 der Reichsverfassung giebt dem Reichsjustizminister die Aufgabe, die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen. Der Reichsjustizminister kann sich auf Grund dieser Bestimmung, wenn er glaubt, daß Reichsgesetze in ihrer Durchführung von Einzelstaaten verletzt werden, mit der betreffenden Landesregierung in Verbindung setzen. Wenn aber dieses Benehmen zu einer Verständigung nicht führt, so bleibt nichts anderes übrig, als daß sich der Reichsjustizminister mit seiner Auffassung an den Bundesrat wendet, damit dieser entscheidet. Daraus geht hervor, daß es sich hier nicht um alle möglichen kleinen Beschwerden handeln kann; dazu kommt, daß zunächst die einzelne Landesregierung in der Lage gewesen sein muß, ihrerseits in dem geordneten Zusammenhange den betreffenden Fall zu prüfen; erst wenn das geschehen ist, kann sich der Herr Reichsjustizminister und der Reichstag mit dem Fall beschäftigen. Und weiter folgt daraus, daß ich recht habe, wenn ich Sie aufforderte, mit Ihren Beschwerden zunächst an die Instanzen des eigenen Landes zu gehen, um dort die Entscheidung der Landesregierung herbeizuführen. — Der Herr Vorredner hat auch meine Bemerkung über die Initiativanträge getadelt. Thatsache ist, daß so lange Initiativanträge über eine Materie im Hause verhandelt werden, die Regierung nicht mit einer Novelle in derselben Sache hervortreten kann. Wenn der Reichstag hier Initiativanträge verhandelt, so bekundet er damit seinen Willen, daß aus der Mitte des Hauses heraus eine geschehene Frage zum Abschluß gebracht werden soll. Dann ist es entsprechend dem Verhältnis der beiden Faktoren, daß die Regierung wartet, um zu erkennen, was bei dieser Initiative als Willen des Hauses herauskommt. Sie dürfen sich nicht Vorwürfe wegen der dilatorischen Behandlung von Sachen machen, während hier im Hause die Dinge dilatorisch behandelt werden. Schließlich stelle ich fest, daß es ein Verstummen des Herrn Lenzmann ist, daß in Majestätsbeleidigungssachen nicht häufig Urträge auf Begnadigung gestellt werden. Der Herr Vorredner stellte es so dar, als ob dem Justizminister der Mut dazu fehle; gerade das Gegenteil ist der Fall, es werden in diesen Sachen sehr häufig solche Urträge gestellt.

Abg. Dr. v. Levetzow (l.) erwidert dem Abg. Lenzmann, daß seine Freunde einig seien in der Verurteilung solcher Mißgriffe, wie sie im Fall Wredenbeck vorgekommen seien. Sie hätten geschwiegen, um die Debatten nicht durch selbstverständliche überflüssige Reden aufzuhalten. Die Duelle seien vom Uebel, würden sich aber nicht ganz aus der Welt schaffen lassen, weil die Menschen eben schwach sind. Würde das Duell beseitigt, so würde das Hausrecht an Umfang zunehmen. Es sei doch keine Frage, daß es schlimmer ist, wenn einer den andern niedersticht, als wenn er ihm die Gelegenheit giebt, sich seiner Haut zu wehren. Das Duell einzuschränken, sei seine Partei gewillt. Der Antrag Gröber gehe ihm zu weit, mit dem Antrag Schrader könne er sich schon eher abfinden. Beide Urträge gingen von der Abschreckungstheorie aus. Köme er aber in die Lage, sich duellieren zu müssen, so denke er nicht daran, ob er sechs Monate Festung oder zwei Jahre Gefängnis erhalte. Es komme auf die Ursache des Duells an. Die Einrichtung der Ehrengerichte könnte und müßte ausgedehnt werden. Die Pistole könnte dann öfter als Waffe ausgeschaltet werden. (Bravo rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich muß noch einmal auf den Zwidauer Fall zurückkommen. Soweit der Regierungskommissar Thatsachen angeführt hat, hat er genau das selbe gesagt, was auch ich vorgetragen habe. Der Schuyman ist ins Gericht geschlagen, zu Boden geworfen worden, es sind ihm die Kleider vom Leibe gerissen worden. Der Kommissar sagte, es sei nicht mit Sicherheit festzustellen gewesen, wer von den sechs diese schlimmen Dinge begangen habe. Wenn sich sechs Mann um einen Schuyman drängen, der Beante wird geschlagen und liegt schließlich am Boden, so liegt eben Landfriedensbruch vor. Der Staatsanwalt hatte recht, als er in der Verhandlung erklärte, daß hier Mißbräuche und Mißbräute vorlägen, wie sie sich der räuberhafteste Fabrikarbeiter nicht zu Schulden kommen lassen. Der Regierungskommissar sagte, der Schuyman sei nicht gerechtfertigt, daß die jungen Leute wegen ihrer sozialen Stellung so billig davongelassen seien. Von dem Gerichtsvorsitzenden ist in der Urteilsbegründung erklärt worden — ob in dem schriftlichen Urteil der Satz auch steht, weiß ich nicht —, daß nur auf Geldstrafe erkannt sei und man von einer Freiheitsstrafe abgesehen habe, angesichts der angesehenen Stellung, welche die Angeklagten einnehmen, und des Umstandes, daß sie Söhne hochachtbarer Eltern seien. Das ist wörtlich so verfaßt worden. So weit also der Kommissar nichts Unrichtiges gesagt hat, hat er genau das selbe gesagt, wie ich. Ich beklage es natürlich nicht, daß die Leute kein Gefängnis bekommen haben, ich beklage nur die Klassenjustiz, die gegen Arbeiter so ganz anders urteilt. Die Arbeiter, die sich in Köslin gerannt haben, sind zumal so anständig, als die betrunkenen „Herren“, die ohne jede Veranlassung die räuberhafte Rauferei mit dem Beanten provozieren. In Köslin aber sind die Arbeiter mit Gefängnis, ja mit hohen Zuchthausstrafen belegt worden. Das ist Klassenjustiz, und wenn dem Regierungskommissar Zwidau und Köslin zu weit entfernt liegen, um den Zusammenhang genau erkennen zu können, so liegen Zwidau und Köslin nahe bei einander. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was haben denn die Kösliner Arbeiter Unrechthafes getan? Sie haben sich gegen einen Beanten zu schütten verhalten. Ich beneide den Kommissar nicht um den Mangel an Sehkraft, der ihn den Unterschied zwischen den hier angeführten Urteilen nicht erkennen läßt. Redner polemisiert gegen den Abg. Lenzmann, der vom Mittelpunkt der Weisheit weit entfernt sei (Heiterkeit), und gegen den Abg. Dertel. Dertel hat als Hauptgrund für die Zunahme jugendlicher Verbrecher die Religion zur Sünde bezeichnet und mehr Religion als Mittel dagegen verlangt. Sind denn etwa die Beamteten nicht in seinem Sinne religiös? Hödel war so vollgepfropft mit Bibelsprüchen, daß der Untersuchungsrichter darüber erstaunt war. Sünden und Verbrechen waren sehr religiöse Herren, aber die Religion zur Sünde hatten sie doch. Je mehr die Wiederkehr zur Religion gepredigt wird, desto mehr wird die Heuchelei großgezogen. Die Religion hat mit dem Verbrechen gar nichts zu thun. Wohl aber läßt sich aus der Statistik beweisen, daß je stärker der kirchlichen Verfall ist, desto stärker das Verbrechen auftritt. Das Wort Religion wird da angewendet, wo es nicht hingehört, ja selbst in politischen Kämpfen wird es gemißbraucht. So hat sich durch unser Flugblatt gegen den Brotwucher ein Postbeamter in seinen religiösen Gefühlen verletzt gefühlt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dertel hat dann verlangt, daß häufiger Klagen wegen Gotteslästerung gegen die Presse erhoben werden, und hat sich schließlich auf Goethe berufen: seine Schriften seien geeignet, der Ausbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen entgegenzuwirken. Ich will ihm nur einige wenige Stellen aus Goethes „Faust“ vorführen, und er wird sehen, wie wenig recht er mit seiner Annahme hatte. Im zweiten Teil des „Faust“ hören wir in dem Holzhauserlied die Klassenunterschiede so treffend geschildert, wie es kaum je von unfrer Seite geschehen ist.

... Und ich erwidere, „Wenn wir nicht schwigten!“

Ich erinnere Sie ferner an jene Stelle, die ich hier schon einmal citierte, und ersuche Sie, den Inhalt mit dem zu vergleichen, was die Sozialdemokratie als ihr Endziel hinstellt. Faust spricht am Schluß des letzten Aktes des zweiten Teils von seinem

Lebensziel, er möchte einen großen Sumpf trocken legen und urbar machen. Redner citiert die ganze Stelle. Sie schließt: Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben, das ist der Weisheit letzter Schluß... (Lolche des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, die Citate aus Goethe, die mit dem Reichs-Justizamt doch in einem recht losen Zusammenhang stehen (Heiterkeit), nicht zu weit auszudehnen.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Es ist nicht meine Schuld, daß ich hier Goethe citieren muß, sondern Herr Dertel war es, der uns gegenüber sich auf Goethe bezogen hat. Es wird mir also wohl gestattet sein, diese eine Stelle noch zu citieren:

Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
Solch ein Gewimmel möcht ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Wolfe stehen.

Wenn Herr Dertel Goethe daraufhin weiter sich anheben will, wird er finden, daß der Dichter an sehr vielen Stellen Ansichten ausspricht, die sich mit denen der Socialdemokratie decken, auch soweit das Endziel in Frage kommt. Herr Dertel ist dann wieder auf die Prügelstrafe zurückgekommen; er hat dabei eine unwahre Behauptung über unsern Parteigenossen, den Reichsanwalt Viednicht, ausgesprochen, die dieser bereits in der Presse zurückgewiesen hat. Viednicht hat als Verteidiger nur die Glaubwürdigkeit einiger Zeugen bestritten und gesagt, daß eine übermäßige Thätigkeit nicht vorgekommen ist. Die ganze Angelegenheit stand gar nicht in sachlichem Zusammenhang mit dem Justizetat, Herr Dertel hat die Unwahrheit nur ausgesprochen, um sie nach außen zu werfen und zu verbreiten. Wenn er die Unwahrheit nicht zurücknimmt, wird er die Achtung, die man seinen Reden vielleicht, allenfalls, möglicher Weise noch schenkt, ganz verlieren. — Die Herren, die nach den verschiedensten Richtungen hin das Duell beschönigen, beschönigen den Mord. Wenn Sie sich dabei auf die Standessitte berufen, nun, dann ist auch der Zuhälter unschuldig, der die arme Dirne ausbeutet; denn das ist auch eine Sitte dieses Standes. In ehrenhaften Kreisen ist das Schiedsgericht bei Streitigkeiten unter Fremden längst üblich. Sollen wir warten, bis der rücksichtslos Teil der Bevölkerung, der am Duell festhält, den Sinn der Ehrengerichte begriffen hat? Es ist unwahrscheinlich, daß das Duell eine alte deutsche Volkssitte sei, die Donquixotterie des Duells ist in Spanien aufgefunden. Ich schließe mich der Bitte, daß möglichst einhellig der Duell-antrag des Centrums angenommen wird. Die Gegner würden den Verdacht auf sich laden, daß sie für die Aufrechterhaltung einer Nothzeit sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Geheimrat Börner beruft sich auf seine früheren Erklärungen über den Zwidauer Fall. Der Kösliner Fall sei ihm gänzlich unbekannt. Der Zwidauer Fall soll an Landfriedensbruch grenzen, behauptet der Vorredner. Das ist die Kritik eines Rechtspruches, auf die ich nicht eingehen kann. Daß zwischen der mündlichen und schriftlichen Begründung ein Unterschied besteht, ist nicht gerade wahrscheinlich.

Abg. Gröber (l.):

Gegen unsern Duellantrag sind vielfache Einwendungen erhoben worden. Unser Antrag ist nicht auf der Abschreckungstheorie, sondern auf der Theorie der gerechten Vergeltung aufgebaut. Man hat vernünft, daß wir nicht zugleich eine Verschärfung der Strafen für Beleidigung gefordert haben. Wir ver sprechen uns indessen von einer beratigen Strafverschärfung keine Wirkung für die Vermeidung der Duelle. Es hat Duelle schon gegeben, als die Strafen für Beleidigung noch viel härter waren als sie heute sind. In Italien, wo Beleidigungen viel härter geahndet werden als bei uns, kommen trotzdem Duelle viel häufiger vor als in Deutschland. Ueberdies ist in England das Duell so gut wie gänzlich vorhanden, trotzdem dort die Strafen für Beleidigungen sehr niedrig sind. Daß in England das Duell so selten vorkommt, liegt eben daran, daß es dort beim Militär abgeschafft ist. (Sehr richtig! im Centrum.) In den schwersten Fällen des Duells handelt es sich gar nicht um Beleidigungen. Wollte man Beleidigungen härter bestrafen, um die Duelle zu vermindern, so müßte man z. B. auch Ehebruch und Verführung mit strengeren Strafen belegen. Man hat darauf hingewiesen, daß sich die Zahl der Duelle vermindere. Es kommt aber nicht so sehr auf die Zahl, als auf die Schwere der Fälle an. (Sehr richtig! im Centrum.) Unrichtig ist es, daß unser Antrag in allen Fällen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für Duellanten vorsieht. Das fällt uns gar nicht ein. Man hat sich gegen die Befestigung der Festungsbast für Duelle erklärt und sich dafür ausgesprochen, daß sie fakultativ zugelassen werden. Dann würde aber alles beim alten bleiben. (Sehr richtig! l. u.) Was wir vorschlagen, ist ganz einfach: Befestigung aller Privilegien für das Duell. Der Antrag Schrader hat eine nach weitergehende Privilegierung des Duells zur Folge als sie jetzt besteht. Er läßt nur Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren zu, während das geltende Recht für Tötung Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren vorsieht. In der That handelt es sich beim Duell nicht nur um Tötung, sondern um mit vorläufiger Heberlegung ausgeführte Tötung. Ich verweise nicht, wie Herr Lenzmann unsern Antrag bekämpft kam, der sich heute als roter Demokrat vorstellte. Wenn er's nicht selbst gesagt hätte, hätten wir's wohl kaum gehört. (Heiterkeit.) Wir wollen keine Unterscheidung zwischen Tötung in kommentarischer und Tötung in nicht-kommentarischer Weise, wie sie das heutige Gesetz macht. — Man spricht immer von der Standessitte, wenn es sich aber wirklich darum handelte, so müßten die Angehörigen des höchsten Standes vor allem das Mittel des Duells zur Wahrung ihrer Ehre anwenden. Wir sehen aber nicht, daß die jungen Prinzen sich jemals duellieren, die Angehörigen des höchsten Standes fühlen sich über diese Art, ihre Ehre zu wahren, erhaben. Thatsächlich handelt es sich nicht um Standessitte, sondern lediglich um gewisse Standesprivilegien.

Wir wollen dem Duell den Glorienschein abreißen, der es heute noch umgibt, und es als das anerkannt wissen, was es ist, als Verbrechen gegen das Leben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Weinigen (frj. Sp.):

Zunächst muß ich, um einer Pflicht der Loyalität nachzukommen, feststellen, daß nach einer Mitteilung, die mir heute von den beiden Rechtsanwälden des Herrn Falkenhagen geworden ist, der Herr Falkenhagen die Nacht nach dem Duell in durchaus einwandfreier Weise zugebracht hat und sich nicht in Walltoalen herumgetrieben hat. Ich muß aber doch meinem Ersinnen darüber Ausdruck geben, daß die gegenteilige Nachricht, die in der Presse allgemein Aufnahme gefunden hatte, nicht auch in der Presse dementiert worden ist. — Die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs haben mich in diesem Jahre besonders wenig befreudigt. Er jagte, seine Aufgabe sei es allein, das zur Ausführung zu bringen, was ihm von den verbündeten Regierungen aufgetragen sei. Das Reichs-Justizamt ist doch aber nicht bloß eine Reichsgesetz-Exekutionsanstalt. Der Herr Staatssekretär hätte sich in der von mir angeregten Serenissimusfrage ganz anders verhalten müssen. Ebenso hätte ihn die Behandlung der Angeklagten im Trebertrodungs-Prozess zum Eingreifen veranlassen müssen. Wird doch neuerdings wieder gemeldet, daß der Herr Egner, der Hunderte von Eristenzen auf dem Gewissen hat, in ganz besonders qualvoller Weise behandelt wird. Das steht im schreienden Widerspruch zu der Behandlung vollstreckter Gefangener, vor allem socialdemokratischer Redactoren. — Der Herr Staatssekretär hätte auch die Pflicht gehabt, gegen

Das Reskript der beiden preussischen Minister Stellung zu nehmen. Wir können es doch nicht ruhig zulassen, daß durch eine solche Verfügung der Reichsgesetzgebung einfach ein Schnüppchen geschlagen wird. Freilich, wenn es sich um Maßnahmen preussischer Staatsminister handelt, dann sehen wir ja immer, daß die allerhöchsten Staatsbehörden ins Manoeuvrieren treten. (Heiterkeit.) — Ich muß noch auf die Prügelftrafe zurückkommen. Herr v. Lebedow erklärte, die Konservativen seien beim Duell gegen die Abschreckungstheorie, und einen Tag vorher hielt Herr Dertel eine große Rede für die Prügelftrafe. Wer vertritt denn nun eigentlich die Ansichten der konservativen Partei, das sind doch ganz unvereinbare Widersprüche.

Ich kann mich nun mit der Rede des Herrn Kollegen Dertel vom Sonnabend beschäftigen, da Herr Dertel soeben den Saal betreten hat. (Widerspruch des Abg. Dertel.) Nun, ich hatte das angenommen, Herr Dertel, da ich heute die weiße Weste nicht bemerkt habe. (Große Heiterkeit.) — Herr Dertel erhebt sich von seinem Platz, knüpft seinen Rock auf und zeigt seine weiße Weste.)

Herr Dertel meinte, eine solche Grausamkeit sei ihm kaum zuzutrauen, daß er dem Staatssekretär das Gehalt verweigern würde. Wir auf der Linken haben aber die Empfindung gehabt, daß der Staatssekretär von Herrn Dertel bei seinem Gehalt etwas zu hören bekommt, wenn er dem Herrn Dertel in Sachen der Prügelftrafe nicht nachgibt. (Sehr richtig! links.)

Die Samstag-Rede des Herrn Dertel glich den bisherigen Prügelfreden wie ein Ei dem andern, dieselben Ausdrücke, dieselben Citate (Heiterkeit) und auch dieselben Witz. (Große Heiterkeit.)

Nun ist Herr Dr. Dertel vorgestern im Circus Busch als gladiator moriturus (große Heiterkeit links) aufgetreten, ein Gladiator mit weißer Weste! (Erneute Heiterkeit; Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Herr Abgeordneter, die Verhandlungen im Circus Busch gehören nicht zu den Verhandlungen im Reichstag über den Justizetat. (Heiterkeit und Sehr richtig! rechts.)

Abg. Müller-Weinigen (fortfahrend): Und in der Prügelfdebatte ist Herr Dr. Dertel dann als Citaten-Jongleur aufgetreten. (Große Lurche rechts! Heiterkeit links. Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Herr Abgeordneter, es widerspricht der Ordnung des Hauses, einen Kollegen als Jongleur zu bezeichnen. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mahigen, sonst würde ich genötigt sein, strengere Maßregeln gegen Sie anzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Weinigen (fortfahrend): Es lag mir natürlich fern, dem Herrn Kollegen Dertel irgendwie zu nahe zu treten. Ich habe aber wohl das Recht, Herrn Dertels Citate hier zu einem Couplet zusammenzustellen. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Herr Dertel hat durch Anführung von Citaten Grillparzer und Professor Liszt als Anhänger der Prügelftrafe hinzustellen versucht. Aber weder Grillparzer noch Professor Liszt sind Anhänger der Prügelftrafe. Herr Dertel möchte ich bitten, mir zu sagen, wo das von ihm angeführte Citat Grillparzers steht. (Heiterkeit.) Offenbar handelt es sich hier um eine Verwechslung. An einer Stelle sagt Grillparzer: Der Weg der neuen Bildung geht von der Humanität, durch die Rationalität zur Bestialität. Grillparzer scheint ein guter Prophet gewesen zu sein, denn dieses Citat paßt beinahe auf gewisse Herren von der rechten Seite dieses Hauses (Große Lurche rechts!) deren Weg durch die Rationalität, d. h. durch einen gewissen nationalen Chauvinismus zur Bestialität führt. (Sehr richtig! links, erneute Lurche rechts.) Dann hat Herr Dertel mit großem Behagen den Grafen Tolstoj als Anhänger der Prügelftrafe citiert. Er sagte, er kenne die Werke dieses Dichters; diese Kenntnis scheint mir ziemlich unvollständig zu sein. (Heiterkeit links.) Er hat im vorigen Jahre aus einem Tolstoj'schen Roman eine beliebige Stelle angeführt, die eine im Roman vorkommende Person anspricht, und die Stelle legt Herr Dertel dem Grafen Tolstoj in den Mund. Graf Tolstoj ist ein entschiedener Gegner der Prügelftrafe. In seinem offenen Briefe an den Jaren und seine Leute spricht er sich ganz entschieden gegen die Prügelftrafe aus. (Hört! hört! links.) Dort heißt es: Man muß vor allem ändern die simulose und ganz überflüssige Prügelftrafe abschaffen. (Hört! hört! links.) So spricht Tolstoj über die Prügelftrafe. (Beifall rechts links.) Herr Dertel will die Prügelftrafe für Redacteure nicht einführen; er sagte, er habe nicht die geringste Angst, daß er einmal davon betroffen würde. Das glaube ich gern; er ist zu launenhaft, als daß er den Fürsten oder Reichsgrafen beleidigt. Ich habe ihm lediglich gratuliert zu der Hundesgenossenschaft, die er in dem Fürsten von Reuß erhalten hat. Darauf ist Herr Dertel aber gar nicht eingegangen.

Ich komme nun von dem freiwilligen zu dem unfreiwilligen sächlichen Regierungskommissar. Sachsen hat sich in der That russischer erwieisen als Rußland selbst, denn in Rußland waagt man es nicht, Tolstoj's Schriften zu verbieten oder den Grafen selbst etwa zu verbannen, während man in Sachsen meint, über ihn zur Tagesordnung übergeben zu können. — Zum Schluß möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, doch nicht allzu langsam bei der Reform des Strafgesetzbuches vorzugehen. Er könnte sich sonst nicht nur die ganze Hand dabei verbrühen, sondern auch sein Amt dabei verlieren. (Bravo! links, Lurche rechts, Staatssekretär Nieberding verbeugt sich nach dem Redner hin.)

Abg. Heine (Soc.): Herr Dertel hat mir Unverschämtheit vorgeworfen, weil ich sagte, erst schafft die Junter ab, eher wird das Duell nicht beseitigt werden. Ich habe keine Lust, mit einem Ordnungstus zuzuziehen, sondern ich überlasse das Ausfragen des Herrn Dertel dem Urteil des Hauses, namentlich auch seine fortwährenden Neben für die Prügelftrafe, wobei er sich ja in einen förmlichen Enthusiasmus hineinsteigt. Herr Dertel betonte mir gegenüber, nicht alle Junter seien Duellanten. Nun es giebt auch bürgerliche Junter (Sehr richtig! b. d. Soc.) und die Hauptsache ist, daß das Duell aus den Ständen und Ehrbarkeiten der Junter herkommt. — Der Sprung des Staatsanwalts Gumb nach Hagen ist ja nur aufstands- halber erfolgt, thatsächlich sitzen die Verteidiger des Duells in den einflußreichsten Staatsämtern. (Sehr richtig! b. d. Soc.) — Redensarten, wie sie Herr v. Lebedow vortrug, nützen nichts gegen das Duell, andererseits verfehlt aber auch der Antrag Gröber seinen Zweck. Er macht mit nur den Eindruck einer radikalen Declamation. Der Kampf gegen die Annahme der privilegierten Klassen muß auf allen Gebieten geführt werden. Eine Verschärfung der Strafen wegen Beleidigung wird nur gefordert, um ein Ausnahmegericht gegen die politische Opposition zu schaffen. Solche Leute, wie der Offizier, der den Lieutenant Wlasowitsch erschossen hat, denken nicht an Beleidigungsklagen. Es herrscht jetzt gegenüber von Beleidigungen eine ganz unangebrachte Kervosität. Wer seiner selbst sicher ist und seine Ehre zu wahren weiß, der geht nicht gleich zum Rabi; das thun die Leute, bei denen nicht alles stimmt. Ueberall sitzen jetzt die Staatsanwälte und lesen die oppositionellen Blätter, ob sich ein Redacteur in der Salinge verfangen hat. Und wenn der Betroffene nicht die geringste Absicht hat, Strafantrag zu stellen, so kommt der Staatsanwalt zu ihm und sagt ihm: „Thu' uns doch den großen Gefallen und stelle Strafantrag“. Auf diese Weise kommen bei uns die vielen Beleidigungsklagen gegen die oppositionelle Presse zu stande. (Sehr richtig! links.) Man verweist uns auf die Landtage. Abgesehen davon, daß wir ja dort gar nicht hinkommen, würde uns dort auch mit gutem Recht gesagt werden, daß Sachen, die das Reich angehen, nicht vor den Landtag gehören! Dieses Abwälzen der Verantwortung auf andere Instanzen ist aber charakteristisch für das ganze bürokratische System. So hat das Reichsgericht seine Kompetenz, erheblich beschränkt durch eine

ganz willkürliche Definition des Begriffs der thatsächlichen Feststellungen durch die unteren Instanzen: Der zweite Grund, daß die Gesetzgebung nicht richtig vorwärts kommt, ist das Streben der Bureaucratie ihre eigene Macht zu stärken; sie möchte am liebsten auf dem Verwaltungswege die schlauesten Mittel anwenden, wenn man sich nur sonst nicht um sie kümmern will. Wir müssen aber verlangen, daß das Gesetzgebungsrecht des Reichstags gewahrt wird, wir wollen auch nicht abhängig sein von der Gnade und Liebeshuldigkeit des Herrn Unterstaatssekretärs, sondern verlangen unser Recht, die Gesetze zu verbessern, gewahrt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Der Abg. Heine hat sich darüber beklagt, daß gestern der Abg. Dertel ihm gegenüber den Ausdruck „unverschämter“ gebraucht hat. Ich habe den Ausdruck nicht gehört. Ist er gefallen, so sehe ich nicht an, ihn als ganz unzulässig zu erklären.

Abg. Raab (Antif.): Bisher haben nur Juristen gesprochen, ich will ihre Kreise aber nicht sehr stören und kurz sprechen. Das Duell kann mich nicht sehr aufregen. Wichtiger sind mir die laienmännlichen Schiedsgerichte für Handlungsgeschäfte. (Der Präsident bedeutet dem Redner, daß die Materie zum Reichstag des Innern gehört.) Ich will mir wissen, ob wirklich eine derartige Vorlage beim Reichs-Justizamt in Ausarbeitung begriffen ist.

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes entspricht nicht unsern Wünschen. Alle Handlungen, die einem andern Schaden zufügen, müssen als solche betrachtet werden, bei denen Schadenersatz geltend gemacht werden kann. Redner verlangt eine Vorlage zum Schutze der Bauhandwerker. Bei der Strafvollzugsregelung möge die die Handwerker schädigende Zuchthausarbeit abgeschafft werden.

Staatssekretär Nieberding bestätigt, daß eine Vorlage über die kaufmännischen Schiedsgerichte in der Ausarbeitung begriffen sei.

Abg. Wend (Soc.):

Die Duelle werden erst mit dem Imperium verschwinden. Wenn die Gesellschaftsklasse des Herrn Dertel wirklich den Gehrauch so scharf verurteilt, dann wäre doch Falkenhagen kein Ehrenmann und infolgedessen auch nicht satzungsfähig gewesen. Freilich der Begriff der Satzungsfähigkeit hängt nicht mit der Person zusammen, sondern mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, diese bevorrechtigte Klasse muß also bestraft werden. — Die Frage der Prügelftrafe darf nicht von dem Gefühl aus beurteilt werden, wenn das geschieht, so kommen Entgleisungen vor, wie sie sich auch in der socialdemokratischen Presse mandmal gefunden haben. Man muß vielmehr an das Gesetz von Ursache und Wirkung denken, um einzusehen, daß Prügelftrafen gegen Arbeitsvergehen nichts nützen. Alles Verbot heißt alles Verzeihen; bessere Erziehung und materielle Besserstellung des Volkes sind allein geeignet die Arbeitsverbrechen zu vermindern. — Ich habe nun noch eine besondere Sache hier vorzutragen. Ich habe Klage zu führen über die anhaltische Landesregierung. Der § 52 der Strafprozess-Ordnung ist von ihr in dem von mir bei der Debatte über die Krankenlosen vorgebrachten Fall ganz merklich angeleigt. Die Regierung hat auf Grund dieses Paragraphen nicht zugelassen, daß der Staatsbeamte, der seiner Zeit den Brief über Dr. Dagemann geschrieben hat, als Zeuge vernommen wird. Der § 53 verbietet aber die Zeugenvernehmung nur dann, wenn das Wohl des Staates durch die Vernehmung gefährdet wird. Wie kann in diesem Falle von einer Gefährdung des Staatswohls die Rede sein. Der Herr Staatssekretär sollte sich mit diesem Fall beschäftigen, in dem ganz zweifellos ein Mißbrauch dieses § 53 vorliegt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Reich (C.): Die Frage nach dem Entwurf zum Schutze der Bauhandwerker hat der Herr Staatssekretär noch unbeantwortet gelassen. Ich hoffe, daß er uns noch Auskunft geben wird, wie weit die Regelung dieser Materie gediehen ist. — Sehr wünschenswert wäre ein einheitliches Gerichtsverfahren, als Unterlage dafür bitte ich den Herrn Staatssekretär, uns eine Zusammenstellung darüber zu verschaffen, welche Gewähr in den einzelnen Staaten erhoben werden. — Herr Heine meinte, unser Antrag mache nur den Eindruck einer radikalen Demonstration, die Duelle würden dadurch nicht verhindert werden. Das letztere ist sicher richtig, aber eine Verminderung der Duelle ist doch zu erhoffen, wenn unser Antrag Gesetz wird. Den Herrn Staatssekretär möchte ich fragen, ob er sich verpflichtet kann, einen Entwurf der Regierung gegen das Duell vorzubringen, wenn unser Antrag Annahme findet.

Staatssekretär Nieberding: Wenn die Resolution angenommen wird, wird sich die Regierung mit der Duellfrage beschäftigen. Bevor die Entscheidung des Reichstags erfolgt ist, haben die verbündeten Regierungen keinen Anlaß, sich über die Behandlung der Frage schlüssig zu werden.

Ueber die andern beiden Fragen kann ich dem Herrn Vortredner eine bestimmte Auskunft in diesem Augenblick noch nicht geben.

Damit schließt die Diskussion.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Dr. Dertel (I.): Herr Müller-Weinigen hat mich einer Citatenerweichung beschuldigt. Ich muß aber meine Citate, die ich allerdings nur dem Sinne nach citiert habe, aufrecht erhalten. Ich habe weiter nicht die Frauenrechtlerinnen als unangenehme Damen hingestellt, sondern nur gesagt, die Damen, deren Bekanntschaft ich ihm empfehle, seien angenehmer. Das ist etwas andres. (Heiterkeit.) Schließend hat sich Herr Müller-Weinigen dagegen verwahrt, daß er mich beleidigen wolle. Das ist unmöglich, ich höre ihn immer nur mit Vergnügen. (Heiterkeit.) Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso der Rest des Etats ohne weitere Debatte.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (2. Beratung des Entwurfs betr. die Kontrolle des Reichshandels, Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des oberheinischen Bezirks halten ihren diesjährigen Parteitag am 30. März in Bonn ab. Ueber den geschäftlichen Angelegenheiten siehe Beratungen über die Reichstagswahlen auf der Tagesordnung.

Gemeindegewähl. In Haffelsfelde (Branntschweig) wurde der erste Socialdemokrat ins Stadtverordneten-Kollegium gewählt.

Totenliste der Partei. Einen tapferen Kämpfer verloren die Parteigenossen Pforzheims durch den Tod des Metallarbeiters Schuder. Er war seiner 63 Jahre stand er noch immer in den vordersten Reihen der Kämpfer. Das Vertrauen der Arbeiter-schaft betraf ihn in den Bürgerauswahl und in den Vorstand der Orts-Krankenkasse, wo er seine Pflichten noch bestem Können erfüllte. Die Parteigenossen bereiteten dem verstorbenen Freunde ein imposantes Leichenbegängnis.

In Ebersfeld starb im Alter von 64 Jahren der Parteigenosse Wilhelm Kalle. Der Verstorbene hat in der Zeit des Socialistengebietes eifrig für die Partei gewirkt. In den späteren Jahren, wo es ihm sein hohes Alter nicht mehr so gestattete, an den Parteiarbeiten teilzunehmen, widmete er sich hauptsächlich den Krankenlaster-Arbeiten. Dem Socialdemokratischen Volksverein gehörte Kalle bis zu seinem Lebendende an. Er war ein treuer Genosse und die Parteigenossen, welche ihn geliebt, werden sein Andenken in Ehren halten.

Sociales.

Professor Brentano über deutsche Rechts-handhabung.

Der „Münchener Post“ wird Mitteilung gemacht über Aeußerungen, die Professor Brentano in einer seiner letzten Vor-

lesungen über spezielle Volkswirtschaftslehre hinsichtlich der ungleichen Behandlung gemacht hat, der die Arbeiter im Gegensatz zu Unternehmern bei Ausübung des Koalitionsrechts ausgegletzt sind. Brentano sagte nach Schilderung der Organisationen der Arbeiter und Unternehmern:

„Sie sehen auf beiden Seiten dieselben Organisationen mit ähnlichen Kampfsmitteln. Auf Seite der Arbeiter kommt es nun, nachdem die Arbeit ruht, zunächst darauf an, durch Aufstellen von Schildwachen und Posten Arbeitswillige abzuhalten, ihnen die durch Annoncen und andre Mittel der Unternehmer herbeigekostet wurden, mitzutheilen, um was es sich handelt, sie zu bewegen, doch nicht hier in Arbeit zu treten. Das nennt man Postensuchen. Genau dasselbe finden wir auf Seiten der Arbeitgeber. Natürlich, die stehen nicht Posten, die haben es nicht nötig. Der Arbeiter hat sein andres Kampfsmittel, um den ihm unbekanntem zuzuwandernden Arbeitern seine Mitteilung zu machen; infolgedessen muß er auf Bahnhöfen, in der Nähe der Betriebsstellen seine Posten aufstellen. Der Arbeitgeber dagegen kennt genau die in Betracht kommenden Firmen: da giebt es Telephone, Circulare, wodurch man einander mittelst: „Bei mir sind so und so viele Arbeiter ausgeschloffen. Ich warne dich, sie zu beschäftigen.“ In neuester Zeit schlägt man es sogar auf der Börse an.

Da kommt nun die Schwierigkeit, unsere Gesetzgebung: Die Mitteilungen der Arbeitgeber sind erlaubt, das Postensuchen der Arbeiter wird bestraft. Hier löst plötzlich die Gleichheit auf. Hier haben Sie einen der allerhöchsten Punkte unserer modernen Gesetzgebung. Und da giebt es zudem noch gewisse Strömungen, welche dieses Postensuchen, das zur Zeit durch Gesetz nicht verboten ist, auch gesetzlich, nicht bloß polizeilich, bekämpfen möchten. Alle möglichen Auskunftsmittel hat man gebraucht: wenn ein Arbeiter — sagen wir auf einem Bahnhof — sich auf eine Posten setzt, um zu sehen, ob da Arbeitswillige zuwandern, so wird er aufgefordert, fortzugehen, und thut er das nicht, so wird er verhaftet wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, — oder der Betreffende setzt eine Notiz in die Zeitung: „Mühsam! dort und dort ist Streik!“ — er wird wegen groben Unfugs bestraft.

Doch, was soll ich meine Phantasie abquälen, und Ihnen all diese gewöhnlichen Phantasien vortragen. Man hat selbst die Empfindung, daß dies eine bedeutliche Dehnung der gesetzlichen Bestimmungen ist, wenn man zu solchen Mitteln greift, um die Arbeiter unterwürfig zu machen, sie zu nötigen, sich Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen, denen sie als freie Verkäufer ihrer Ware — der Arbeit — widerstreben. Und dabei macht man sich noch der größten Inkonsequenz schuldig, daß man diese Paragraphen nicht auch auf die Mitteilungen der Arbeitgeber anwendet.

Das ist einer der größten Mißstände, diese Ungerechtigkeit — anders kann man nicht sagen — diese Ungerechtigkeit in der Handhabung der bestehenden Ordnung. Wohl sagt § 152 der Gewerbe-Ordnung: „Alle Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ sind nunmehr gestattet, aber — kann man hinzufügen — wer von dieser Erlaubnis Gebrauch macht, wird eingesperrt!“

Der Berichterstatter der „Münchener Post“ fügt hinzu, daß Brentano für seine Worte lebhaftesten Beifall bei seinen Hörern fand. Es ist gewiß beachtenswert, wenn ein in Amt und Würden befindlicher Belehrt in solchen Dingen so ungeschminkt die Wahrheit sagt; indes: der Arbeiterklasse sagt er damit nichts Neues. Sie steht darin auch seine Schwierigkeit der Gesetzgebung, sondern sind sich längst bewußt, daß es sich dabei nur um einen Anstoß der Klassenjustiz, um eine brutale Vergeßlichkeit der Arbeiterklasse durch die Unternehmerklasse und deren Organe handelt. Die Unternehmerklasse aber, die Bourgeoisie, wird sich an die Kritik ihres Professors nicht kehren; die Wissenschaft, die ihr unbequem ist, hat keinen Kurs bei der herrschenden Klasse. Und die lebhafteste Zustimmung der Hörer Brentanos in Ehren: doch, wenn sie selber in Amt und Würden sein werden, werden sie dann auch so mühsam für das Recht der Arbeiterklasse eintreten, wie jetzt ihr Lehrer?

Mißgang des Fleischkonsums. Auch in Leipzig ist für das Jahr 1901 ein beträchtlicher Mißgang der Schlachtungen zu konstatieren und zwar sind es auch die Schweine, auf die der Mißgang hauptsächlich entfällt. Die Zahl der geschlachteten Schweine hat sich gegen das Jahr 1900 um 7800 vermindert, während die Zahl der übrigen Schlachtungen um 971 zunahm, so daß der Gesamtmißgang der Schlachtungen 6919 betrug. Vermerkenwert ist, daß die Zahl der Verbeischlachtungen ganz unproportionalmäßig gestiegen ist, nämlich von 1839 auf 2248, also um 409 Stück. Nach dem Gewicht berechnet betrug der Verbrauch 65.97 Kilogramm im Jahre 1900 und 63.48 Kilogramm im Jahre 1901, also ein Mißgang von rund 2 1/2 Kilogramm per Kopf. Ein deutliches Zeichen der Not.

Der Vertrauensarzt vor Gericht. Die Beleidigungsklage des Dr. Blasius, der als Vertrauensarzt einer Berufsgenossenschaft ein Gutachten über einen Verletzten abgab und dadurch die Herabsetzung der Rente herbeiführte, gegen Professor Dr. Sprengel wurde am Montag vor dem Berufsgerichts in Hannover verhandelt. Dr. Sprengel hatte bekanntlich das Verfahren des Dr. Blasius in verschiedenen Eingaben an die Berufsgenossenschaft scharf kritisiert und war deshalb wegen formaler Beleidigung des Dr. Blasius vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Berufsgerichts erkannte auf vollständige Freisprechung des Dr. Sprengel. In der Beurteilung des Verfahrens des Dr. Blasius schloß es sich der Ansicht Sprengels an und führte außerdem aus, daß dieser durchaus in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe in Berlin. Von beteiligter Seite wird uns berichtet, daß die in Nr. 20 über die obige Kasse gemachten Angaben einige Unrichtigkeiten enthalten. So trifft es z. B. nicht zu, daß die Beiträge wiederholt erhöht worden müßten, sie betragen vielmehr seit 20 Jahren in der höchsten Klasse 75 Pf. Im Jahre 1896 konnte das Krankengeld sogar um 1/2 erhöht werden. Erst Ende vorigen Jahres beschloß die Generalversammlung infolge des außerordentlich hohen Krankenstandes zum erstenmale eine Erhöhung der Beiträge, entgegen dem Antrage der Arbeitgeber, welche eine Verminderung der Leistungen forderten. Die Generalversammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß, wenn die Kasse notleidend sei, dies nicht die Kranken, sondern die Gesunden tragen müßten. Auch betreffend des Sterbegeldes ist dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen, und zwar hat er sich dadurch irritieren lassen, daß das Sterbegeld, welches bisher den 40fachen Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes betrug, auf den 35fachen Betrag herabgesetzt wurde. Er überieht jedoch, daß der durchschnittliche Tageslohn eine Erhöhung erfahren hat, somit trotz der Herabsetzung von 40 auf 35 nicht weniger, sondern in Zukunft sogar mehr Sterbegeld gezahlt wird. (Bisher: 40 x 3 M. = 120 M. Nachher: 35 x 3,50 M. = 122,50 M.) Dementsprechend steigern sich auch die übrigen Klassen.

Vertrauen der Dauer der Krankenunterstützung wird die Kasse mit dem gesetzlich zulässigen kürzeren Zeitabschnitt wohl noch bis zu einer event. Centralisirung aller Klassen warten können, oder aber es müßten sich noch mehrere Betriebe dem Vorgehen Scherls anschließen.

Was übrigens den Austritt der Firma Aug. Scherl anbelangt, so ist der Berichterstatter auch hier in einem Irrtum befangen, wenn er meint, daß dieser Austritt der Kasse einen großen Schaden verursacht. Ein Blick in die von der Kasse herausgegebenen Mitteilungen beweist sofort, daß gerade diese Firma eine sehr hohe, wenn nicht die höchste Zahl von Kranken aufweist. Nach schätziger Prüfung haben im vorigen Jahre circa 600 Krankmeldungen stattgefunden. (Die Krankentage lassen sich leider ohne das dazu nötige Kassematerial nicht so schnell feststellen.) Dazu kommen die arbeitsfähigen Kranken und von diesen insbesondere die Zeitungsfrauen, welche der Kasse eine ganz enorme Summe an Kosten verursachen. Also die von dieser Firma geleisteten Beiträge gehen vollständig durch die von ihr der Kasse zugeführten Kranken wieder drauf.

Einen Schaden von der Ordnung dieser Betriebsklasse haben nur die in einem solchen „Laubenschlag“ angefallenen Personen, da dieselben bei Eintritt in diese Klasse ihrer in der Ortsklasse erworbenen Rechte verlustig gehen und, wenn sie nach einigen Wochen wieder hinausfliegen, wie es z. B. nach Fertigstellung des Adressbuches nach 3 bis 4 wöchiger Dauer gewöhnlich ca. 150 Personen passiert, als neue Mitglieder in die Ortsklasse wieder eintreten müssen, d. h. auch erst dann, wenn sie wieder Beschäftigung gefunden haben.

Ein Gewerbegerichtsfall. In Reg. haben, wie unser Strazburger Parteiblatt meldet, die Arbeiterbesitzer des Gewerbegerichts sämtlich ihre Mandate niedergelegt. Den unmittelbaren Anlaß dazu bildete das Verhalten des ohnehin sehr ungeliebten Vorsitzenden in einer Gerichtsverhandlung in voriger Woche. Ein älterer Arbeiter klagte gegen seinen Unternehmer. Im Laufe der Verhandlung kam auch die überaus unangenehme Behandlung zur Sprache, der der Kläger ausgesetzt gewesen war. So wurde zeugendlich erwidert, daß die 18-jährige Tochter des Meisters dem Arbeiter ins Gesicht rief: „Laden Sie mich am A...!“ Zuerst sah der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Hennesströf, die Angabe des Klägers humoristisch auf, als aber dann ein Zeuge die Angabe unter Eid bestätigte, wendete er sich im vollen Ernst an den Kläger mit den Worten: „Wein Sie so einem jungen Mädchen am A... laden könnten, das würde Ihnen wohl passen!“ Der Würde des Gerichts entspricht eine solche Keuschheit des Vorsitzenden allerdings nicht.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs hält heute, Donnerstagabend, in Obsts Feilsäten, Reiningersstraße 8, eine Versammlung ab, in welcher Hl. Dr. Springer über Frauenleiden und Verblutungen reden wird. Als Gäste haben nur Frauen Zutritt.

Versammlungen.

Centralverband der Zimmerer. Am Sonntag wurde in den Arminkallen die erste diesjährige Generalversammlung der Zählstellen Berlin und der Provinz abgehalten. Zuerst erstattete der Kassierer Aube den Rechenschaftsbericht für das vierte Vierteljahr 1901. Die Versammlung entlastete den Kassierer. Sodann wurde nach kurzer Debatte ein Antrag angenommen: Dem ersten Kassierer für das abgelaufene Geschäftsjahr und für die Folgezeit ein Monatsgehalt von 10 M. pro Quartal zu bewilligen. Hierauf nahm der erste Vorsitzende Knapf das Wort zum Jahresbericht des Vorstandes. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden ausführlichen Bericht, aus dem wir

folgendes hervorheben: Der starke Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur machte sich im Zimmerergewerbe durch einen hohen Grad der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die erste Hälfte des Jahres 1901 wies durchschnittlich pro Woche 425 Arbeitstagen auf gegen 186 in demselben Zeitraum des Jahres 1900 und 340 im Jahre 1899. In der zweiten Hälfte von 1899 waren in der Woche durchschnittlich 154 Zimmerer arbeitslos, im Jahre 1900 167 und im Jahre 1901 175. Diese Zahlen betreffen nicht nur die Verbandsmitglieder, sondern alle im Zimmerergewerbe Beschäftigten. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Arbeitenden erscheint noch ungünstiger, wenn man bedenkt, daß soweit die Verbandsmitglieder in Frage kommen, im Jahre 1899 232 und im Jahre 1900 194 Personen mehr zu als abgereist sind, während im Jahre 1901 84 Personen mehr abgereist als zugereist kamen. Hinsichtlich der Waiseier sagt der Bericht, daß im abgelaufenen Jahre 2008 Zimmerer von beiden Organisationen den 1. Mai feierten, von denen 603 — meistens 3 Tage — ausgeperrt wurden. Dem Verbandsbureau wurden im Berichtsjahre 93 Fälle gemeldet, wo bezüglich der Arbeitsverhältnisse Differenzen der verschiedensten Art ausgebrochen waren; davon konnten 19 Fälle durch schriftlichen Verkehr mit dem Verbandsbureau der Vorgesetzten erledigt werden, in den übrigen Fällen mußte ein Vertreter des Verbandes bezw. der Arbeitgeber-Kommission persönlich eingreifen. In letzteren Fällen handelte es sich in der Mehrzahl um Arbeiter, die dem Verbandsbureau der Vorgesetzten nicht angehören, doch konnte auch hier durch das Eingreifen des Vertreters des Verbandes in nahezu allen Fällen ein Ausgleich herbeigeführt werden. Der Agitation in der Provinz Brandenburg, die in der Hauptsache von den im Verbandsbureau Beschäftigten betrieben wurde, dienten 72 in den verschiedensten Orten der Provinz abgehaltene Versammlungen. Die Arbeitsvermittlung läßt im allgemeinen viel zu wünschen übrig, trotzdem konnte durch das Bureau ca. 320 Personen Arbeit nachgewiesen werden. Durch das Bureau wurden im vergangenen Jahre 49 Klage- und Berufungsschriften für Mitglieder des Verbandes angefertigt, darunter 20 Verurteilungen an das Schiedsgericht, 11 Rekurse an das Reichsversicherungsamt usw. Auskünfte betreffend die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung sowie Gewerbegerichte wurden in 184 Fällen an 163 Kameraden erteilt. Die Anforderungen, welche auf diesem Gebiete an das Bureau gestellt werden, sind seit Errichtung desselben fortgesetzt gestiegen, die Bearbeitung dieser Materie erfordert deshalb im letzten Jahre mehr Zeit als vordem. Der Mitgliederbestand hat gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Veränderung nicht erfahren, was in Anbetracht der Tatsache, daß im letzten Jahre mehr als 2000 zugereist sind, als ein erfreuliches Zeichen der Entwicklung anzusehen ist. Die Zahl der Mitglieder im letzten Quartal etwas zurückgegangen, es ist das eine Erscheinung, die sich alljährlich, wenn es zum Winter geht, wiederholt, weil viele der im Sommer zugereisten Zimmerer Berlin um diese Zeit wieder verlassen. Ebenso zeigen die Kassenerhältnisse ein wenig verändertes Bild. Sie stehen sich etwas

günstiger als im vorhergehenden Jahre. Die zum Lohngebiet Berlin gehörenden Zählstellen wiesen am Jahresabschluss folgende Mitgliederzahlen auf: Berlin 1729, Charlottenburg 281, Rixdorf 128, Friedrichsfelde 90, Groß-Lichterfelde 79, Lichtenow 49, Pantow 24, Steglitz 25, Grunow 20, zusammen 2419. Sammelkarten zum örtlichen Fonds wurden im vergangenen Jahre 3380 ausgegeben. Der Kassenstand des örtlichen Fonds ist folgender: Die Einnahmen betragen 44 148,12 M. (davon der Bestand von 1900 in Höhe von 21 076,32 M.) ausgegeben wurden 15 144,78 M., so daß ein Bestand von 25 743,79 M. bleibt. — Die Verbandskasse der Zählstelle Berlin verzeichnet eine Einnahme von 28 062,09 M., eine Ausgabe von 24 049,20 M., und einen Bestand von 40 128,89 M. — In der Diskussion, die sich an den Vorstandssitzung schloß, bemerkten mehrere Redner, sie hätten gewünscht, daß der Vorstand die Angriffe, welche im letzten Jahre von lokaler Seite gegen den Verband gemacht wurden, mit größerer Schärfe und Energie zurückgewiesen hätte, als es im Jahresbericht geschehen ist. Daraus erwiderten Aube und Knapf: Der Vorstand habe sich absichtlich darauf beschränkt, die in jenen Angriffen enthaltenen Richtigkeiten sachlich richtig zu stellen. Eine Erwidernng in dem Tone, welcher von der anderen Seite angedeutet worden sei, würde den Streit nur verschärfen und das liegt nicht im Interesse der Berliner Zimmerer. — Nachdem dieser Gegenstand erledigt war, erfolgte die Wahl zum Vorstand und den Vertretungsgörperschaften. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Knapf, 1. Kassierer Aube, 1. Schriftführer Tabbert, 2. Vorsitzender Feig Schulz, 2. Kassierer Welfow, 2. Schriftführer Siegmund, Revisor Fergel, Controleur Lenz und Rosenow. — Richter-Kommission: Aube, Knapf, Karl Schulz, Tabbert, Weichmante. Deren Stellvertreter: Gustmann, Reimann, Witt und Licht. — Agitations-Kommission: Aube, Knapf, Siemkowitz, Reimann und Welfow. — 13 Bezieckassierer wurden den Vorschlägen der Bezirkkommissionen gemäß bestätigt. — Nachdem einige innere Verbandsangelegenheiten erledigt waren, bemerkte Knapf: Nach einem Bericht der „Märkischen Volkszeitung“ soll der Zimmerer Reich ein Mitglied der christlichen Organisation, entlassen worden sein, weil die Verbandsmitglieder nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten. Die Angabe sei in der Hauptsache falsch. Reich habe ein Freitags freiwillich aufgehört, nachdem ihm der Polier mitgeteilt hatte, daß er am Samstag entlassen würde. Im übrigen erinnerte Knapf daran, daß der Verband es nicht billige, wenn ein Druck auf die Mitglieder christlicher Organisationen ausgeübt wird. Man solle solche Leute nur durch Belehrung zu gewinnen suchen.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher. Zweigverein Charlottenburg. Sitzung am 13. d. M., abends 10 Uhr, bei Bernke, Bismarckstr. 34. Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 13. Februar.
Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Mit Polka. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Schwestern. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Mit-Weidberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Verlobt. Vorher: Parodie auf der Schloßgasse. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ereignishöhne. Delfos Viten-cron's Bunter Beil. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunter Theater (Ueberbreth). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Sternwarten. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Bilder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eisen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Welt. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fledermaus. Anf. 7 1/2 Uhr. Die Heilwunde. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cepheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Gastspiel des Central-Theaters. Das süße Mädel. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Colonia-Theater. Lustige Brüder. Hierauf: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Varietatum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Laubenschlag. 18/19. (Im Theater) Abends 8 Uhr. Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/63. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.
Heute Donnerstag, 13. Feb. 7 1/2 Uhr. brüsktes Gastspiel der **Yvette Guilbert** mit ihrer Gesellschaft.
Montjoie, Legay, F. Villä, Mme. Dora, Fragorolle, Clement-George.
Morgen vorletztes, übermorgen letztes Gastspiel Yvette Guilbert.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr. halbe Preise: Schneewittchen bei den 7 Zwergen. Abends: Das süße Mädel. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Nur noch bis Sonnabend: **Gastspiel des Central-Theater-Ensembles**
Das süße Mädel.
Ferner: Arvida Svensson. **The Leamy-Truppe.**
Beginn der Spezialitäten 7 1/2 Uhr. Beginn der Operette 8 Uhr.
Voranzeige: Sonntag, 18. Februar Neu einstudiert, mit neuer Ausstattung:
Don Juan in der Hölle und die phänomenalen Spezialitäten.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/63.
Tägl. Sternwarte.
Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Der König der Kraftturner (der stärkste Mann der Welt), der Berliner **Alex Meyer** hebt 300 Pfund-Scheibens-tange!!
Neu!! Tiroler Sänger- u. Schup-plattler-Gesellschaft aus Innsbruck.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Mit vollständig neuer Ausstattung
Seine Kleine.
Große Andachtsgesänge mit Gefang und Tans in 3 Akten.
Jausa Borna u. G. Guido Thiescher, Delmeiding, Paul Müller, Verba Walde, Gold, Wonnevins, Junfer-Schay.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr, keine Preise: Der Hüttenbesitzer.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Günth. Musik von Jean Gilbert.
Winn-Wittgenit als Gast.
Morgen: Das Jungfernstift.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Dorn-röschen.
Belle-Alliance-Theater.
Zum 50. Male:
Die Dame aus Trouville.
Gust. Sondermann u. G. Ferd. Worms. Regie: Wietner. Kola Maxton.
Hierauf: Gr. Lebensbild in 1 Akt.
Wede Hartwig u. Leopold Thurner u. G. Anfang 7 1/2 Uhr.
E. von Wolzogens
Bunter Theater (Ueberbreth)
Köpnickerstr. 68.
Donnerstag, den 13. Februar 1902, abends 8 Uhr:
Novitäten-Abend
u. a. zum 1. Mal: „Zusatz“, Dialog von Ludw. Falda, „Napoleon“, Historienodrama in 24 Akten und einem Epilog von Haaga v. Gumpenberger, „Atelierspuk“, Pantom. von Wendrin. Musik von Schytte. **Lina Abarbanell.**

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr. 4. 5. Abteilung im Lessing-Theater.
Haus Rosenhagen
Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Gleichzeitig im Carl Weiss-Theater 10./11. Abteil.: **Dantons Tod.**
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffte. Direction: Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Taux ohne Nachzahlung.
Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
jetzt: Köpnickerstrasse 160, Mantuffelstrasse.
Passage-Theater.
Anfang 5 Uhr. Anf. des Abend-programms 8 Uhr.
Ganz Berlin spricht von der siebenjährigen Lola Gray
in dem erschütternden Mimos-drama:
Der Bajazzo und sein Kind.
Der wunderbare Imitator von Otero und Fougere
Lanzetta.
Damenluftkampf.
5 Sisters Wanton.
16 erstklassige Nummern.
Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus
Neues Programm.
Casino-Theater.
Kottbuserstr. 37.
Gastspiel **Wilhelm Richter** in der Gesangsposse „Lustige Brüder“. Dazu „Chloris“ und das jenat. neue Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Winterferien.
Charivari-Theater.
Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-Programm.
Pepi Weiss, Miral Braun, Lotte Sabus, Albert Kühne, Max Reichard u. a.
1/4 Uhr Nachm.-Vorstellung u. halben Preisen.
1/8 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr. Madonnenschein. Lebende Lieder. Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M.

Cirkus A. Schumann.
Heute Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm. Jede Nummer ein Schloß.
U. a.: Phänomenal! Kossüt.
L'écuyer lumineuse?
Neu! In Feuer und Flamme.
Hier: Neu! Der einzig dastehende Original-Akt des Mons. Ed. Sossman.
Director Ad. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Original-dressuren.
Zum Schluß am 15. Male:
Die große Ausstattungs-Vantoume. Hofballmeister A. Sossman
Mephisto
ca. 500 Mitwirkende. 2 Staffetten.
Avis! Donnerstag, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Große außer-ordentliche Gala-Vorstellung zum Behen der Krankeulische Brüder-strasse 10. — Logen 15 M., Sperr-sitz 4-8 Reihe 15 M., Erster 10 M., Balkon 2.- M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1.- M., Gallerie 50 Pf.
Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Orbst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Julius Fischer!
Beiß- u. Banerjähier-Lokal.
2. Wahlkreis, Zählstelle 1.
Boeckstr. 7.
Vereinsszimmer mit Piano zu 25 Personen. 3333.
Gespelche allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss, Bayerischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reich-haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich 3 la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen. * **H. Stramm, Reich. Ritterstr. 123.**
Unvergleichl. deutschen **Honig!** Bienenhonig, beste Qual. versch. 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. 4 Pf. franco Nachn. Verant. Nachn. **E. Reil, Nord-loh, Bahndorf Kugelschn. Odenbg.**
Dr. Simmel, Prinsstr. 59.
Specialarzt für 7/10° **Haut- und Hautleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Galerie 20 Pf. berühmter Frauen
in manuellen Feilen.
Teil 1 bis 3 durch jede Buch-handlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes 6. Waldam. [2136]
Carl Helbig, Heilgehilfe und Raffene
für künstliche Brantenstellen Berlin 11142° und Umgegend.
Hilfstr. 9, Eing. Walfstr. 19, I.

Schiller-Theater
(Wollner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Jongleur.
Poffe mit Gefang in vier Aufzügen von Emil Post.
Freitagabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Zum 1. Male in Berlin **Les Heissard,** komi-sche Rodföhre auf drei 30 hoch oben **Luft-Schwebebahn.**
Eingig erlösende Nummer. Um 9 Uhr! Großer Erfolg. Director **Wilhelm Fröbel** in der Ausstattungs-Operette **Die süßen Mädel.**
Dazu das große glänzende **Februar-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Billei-Verkauf 9, 11-1 Uhr.
Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prach-tvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barleske Ausstattungsgeselle mit Gesang und Tans in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr, Rauchen überall gestattet.
Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Dochent 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Grunenstraße 16.
Hopsenraths Erben.
Poffe mit Gefang in 5 Akten von Heinrich Witten. Musik von G. W. Reichelt.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Freitag:
Bajazzo und seine Familie.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Kottbuserstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 1. 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Hütterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr. Eintritt: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direction: Frosso.

Cirkus Busch
Donnerstag, 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Klondike, Orig.-Pantomime des Cirkus Busch und neue großartige Spezialitäten.
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
Kaufstuf bis abends neun. [33599°]
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Schiller-Theater
(Wollner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Jongleur.
Poffe mit Gefang in vier Aufzügen von Emil Post.
Freitagabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Familie Fourchambault.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Dochent 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Grunenstraße 16.
Hopsenraths Erben.
Poffe mit Gefang in 5 Akten von Heinrich Witten. Musik von G. W. Reichelt.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Freitag:
Bajazzo und seine Familie.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Kottbuserstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 1. 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Hütterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr. Eintritt: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direction: Frosso.

Cirkus Busch
Donnerstag, 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Klondike, Orig.-Pantomime des Cirkus Busch und neue großartige Spezialitäten.
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
Kaufstuf bis abends neun. [33599°]
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Orbst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Julius Fischer!
Beiß- u. Banerjähier-Lokal.
2. Wahlkreis, Zählstelle 1.
Boeckstr. 7.
Vereinsszimmer mit Piano zu 25 Personen. 3333.
Gespelche allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss, Bayerischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reich-haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich 3 la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen. * **H. Stramm, Reich. Ritterstr. 123.**
Unvergleichl. deutschen **Honig!** Bienenhonig, beste Qual. versch. 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. 4 Pf. franco Nachn. Verant. Nachn. **E. Reil, Nord-loh, Bahndorf Kugelschn. Odenbg.**
Dr. Simmel, Prinsstr. 59.
Specialarzt für 7/10° **Haut- und Hautleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Galerie 20 Pf. berühmter Frauen
in manuellen Feilen.
Teil 1 bis 3 durch jede Buch-handlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes 6. Waldam. [2136]
Carl Helbig, Heilgehilfe und Raffene
für künstliche Brantenstellen Berlin 11142° und Umgegend.
Hilfstr. 9, Eing. Walfstr. 19, I.

Die Arbeitslosenzählung.

Gestern hat das Zählbureau die Zusammenstellung der Resultate der beiden noch ausstehenden Wahlkreise vollendet und ist dabei zu folgenden Zahlen gekommen:

	Arbeitslos	Beschränkte Arbeitszeit	Krank und invalid
II. Wahlkreis.			
Haushaltungsvorstände.			
Männlich	2985	2506	906
Weiblich	329	235	195
Nicht-Haushaltungsvorstände.			
Männlich	2347	917	260
Weiblich	678	417	220
Zusammen	6389	4165	1590

	Arbeitslos	Beschränkte Arbeitszeit	Krank und invalid
V. Wahlkreis.			
Haushaltungsvorstände.			
Männlich	1591	963	530
Weiblich	272	118	145
Nicht-Haushaltungsvorstände.			
Männlich	1249	844	160
Weiblich	437	222	134
Zusammen	3549	1647	969

In dem gestern mitgeteilten Resultat vom IV. Wahlkreis (Osten) sind infolge eines Verfehlers bei der Registrierung 1000 Arbeitslose zu wenig angegeben. Es sind nicht 3512, sondern 4512 männliche Nicht-Haushaltungsvorstände arbeitslos.

Die nunmehr abgeschlossene Zählung für alle sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise hat folgendes Bild ergeben:

	Arbeitslos	Beschränkte Arbeitszeit	Krank und invalid
I. Wahlkreis	832	393	254
II.	6389	4165	1590
III.	3220	2410	844
IV.	19473	14258	5505
V.	3549	1647	469
VI.	25742	19851	7017
Rochtäglich gemeldet aus allen Kreisen	387	211	63
Summa	59542	42033	15748

Wie wir im November vorigen Jahres auf Grund des damals vorliegenden Materials die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf 50 000 schätzten, wurde sowohl in der bürgerlichen Presse als auch von behördlichen Organen diese Zahl als viel zu hoch bezeichnet. Sichere Zahlen über die Arbeitslosigkeit wußte man auf jener Seite allerdings auch nicht anzugeben, aber man fühlte sich doch veranlaßt, die Ausdehnung des von uns ermittelten Elends abzuleugnen. Wir wären erfreut gewesen, wenn jene Stimmen, die unsere Angaben als übertrieben bezeichneten, recht behalten hätten. Leider ist das nicht der Fall. Das Elend der Arbeitslosigkeit ist noch größer, als wir es im Herbst angesehen haben, und unsere damalige Schätzung ist durch das nunmehr vorliegende zuverlässige Material der Zählung noch weit übertroffen. Allein in Berlin, ohne die Vororte, sind 50 542 völlig Arbeitslose ermittelt, neben 42 033 Personen, deren Erwerb durch Arbeitsmangel beschränkt ist und 15 748, die wegen Krankheit nicht arbeiten können. Das sind wahrhaft erschreckende Zahlen. Eine eingehende Würdigung derselben behalten wir uns vor.

Charlottenburg. Die Arbeitslosenzählung hat hier folgendes Resultat ergeben: Abgegeben wurden 9082 Zählkarten, deren jede vier auszufüllende Einzelarten enthielt; von diesen waren neben den 9082 Karten für die Haushaltungsvorstände noch 3998 Karten ausgefüllt, so daß 13 080 Karten auszufüllen waren. Dabei wurden 514 Karten ausgemergelt, zum Teil, weil die betreffenden Personen nicht in Betracht kommen, z. B. freie Schriftsteller, Unternehmer etc., zum Teil, weil sie mangelhaft ausgefüllt waren — häufig enthielten sie nur den Namen und die Wohnung, ohne jede nähere Angabe über Beruf und Beschäftigung.

	Voll Beschäftigte	Arbeitslose	Beschränkte Arbeitszeit	Krank und invalid
Haushaltungsvorstände.				
Männlich	4753	1430	1684	428
Weiblich	157	113	68	70
Nicht-Haushaltungsvorstände.				
Männlich	1322	800	886	78
Weiblich	686	278	146	74
Zusammen	6951	2681	2284	650

Von den an der Zählung beteiligten Personen sind also nur 55,3 Proz. beschäftigt, dagegen 21,8 Proz. arbeitslos, 18,2 Proz. haben eine beschränkte Arbeitszeit, erhalten also ebenfalls nicht vollen Lohn, und 5,2 Proz. sind erwerbsunfähig. Diese Zahlen geben freilich kein zutreffendes Bild, weil sich leider nicht die gesamte Arbeiterbevölkerung an der Zählung beteiligt hat; aber selbst wenn die Arbeitslosen sich doppelt so stark beteiligt hätten, als die beschäftigten Arbeiter, enthielten sie eine außerordentliche Fülle von Not und Elend. Dasselbe zeigt auch der Vergleich der Zahlen mit der Bevölkerungsziffer, obwohl dieser Vergleich ein zu günstiges Bild entwerfen muß, weil ja bei weitem nicht alle Arbeitslosen von der Zählung erfasst sind.

Die Einwohnerzahl Charlottenburgs beträgt rund 190 000. Davon waren am 1. Februar nach obigen Zahlen

	arbeitslos	Beschränkte Zeit arbeitend	Krank und invalid
1,41 Proz.	1,20 Proz.	0,84 Proz.	

Betrachten wir nur die Männer, die sich an der Zählung vorwiegend beteiligt haben (10 974 männliche gegen 1592 weibliche Personen), so stellen sich die Verhältnisse in folgender Weise dar. Wenn wir die Hälfte der Einwohner, 95 000, als männlich annehmen (tatsächlich sind es weniger, wir rechnen also zu günstig), so sind:

	arbeitslos	männliche Personen	=	2,41 Proz.
Beschränkte Zeit beschäftigt	2070		=	2,18
Krank und invalid	506		=	0,53

zusammen 4508 männliche Personen = 5,12 Proz. D. h. jede 20. männliche Person ist in ihrem Erwerbe beschränkt, resp. vollständig ohne Erwerb. Dabei sind aber die Kinder unter 16 Jahren, die für die Zählung außer Betracht blieben, mitgerechnet. Bringen wir dieselben nur mit 40 Proz. in Anschlag, was sicherlich zu wenig gerechnet ist, so bleiben 57 000 erwerbsfähige Männer; von diesen waren am 1. Februar 4,02 Proz. arbeitslos, 3,63 Proz. hatten beschränkte Arbeitszeit, 0,89 Proz. waren krank resp. invalid, zusammen sind das 8,54 Proz., so daß jede zwölfte männliche Person erwerbslos war resp. nur einen teilweisen Erwerb hatte.

Zahlreiche Karten, die als vollbeschäftigt gezählt wurden, gaben an, daß die Betroffenen nach langer Arbeitslosigkeit erst seit kurzem wieder in Arbeit fanden; auch in den Familien dieser Leute, die in obigen Zahlen nicht enthalten sind, muß Not und Entbehrung zu Hause sein. Man darf wohl gespannt sein, ob der Magistrat von Charlottenburg auch jetzt noch den Mut haben wird, zu erklären, die Arbeitslosigkeit übersteige nicht die gewöhnliche Arbeitslosigkeit zur Winterzeit.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntagabend 8 Uhr findet im Apollo-Saal, Sebastiansstr. 39, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Vortrag: Kocher gemächliches Zusammensein mit Lang. Entree 20 Pf. inkl. Garberobe.

Friedrichshagen. In der nächsten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, die am Sonntagabend, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Conrad, Friedrichstr. 137, stattfindet, spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Emil Rosenow über das Thema: „Der deutsche Bauernkrieg von 1525“.

Brth. Der Wahlverein hält am Freitag in der Rosenfeeterrasse, Chausseestr. 89/70, eine Versammlung ab, in welcher der Genosse Schudert aus Schöneberg über das Thema: „Die preussische Volksschule im Dienste gegen die Freiheit“, sprechen wird.

Reintekendorf. Sonntagabend 8 1/2 Uhr ist in Wilhelmstr. im Appellations-Saal eine Volkversammlung. Stadt- Hofmann-Berlin spricht über das moderne Raubrittertum. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren.

Lokales.

Nochmal die elektrische Hochbahn.

Von einem Teilnehmer an den Proben der Hochbahn wird uns zu unserem Artikel in der Nummer 35 des „Vorwärts“ noch folgendes geschrieben: Nicht nur in den Wagen III. Klasse, sondern auch im Wagen II. Klasse sind eine außerordentlich hohe Zahl von Stehplätzen (einige dreihig) vorgesehen. Man kann wirklich gespannt sein, wie sich diese Einrichtung in der Praxis bewähren wird. Was bei der Stadtbahn sich allmählich als schwer empfindbarer Mangel herausgebildet hat, weil die Verwaltung gegenüber dem ungeheuer gesteigerten Verkehr auf dem Standpunkt anno Tobak stehen geblieben ist, wird hier von der Verwaltung eines neuen Unternehmens gleich von vornherein als selbstverständliche Einrichtung eingeführt. Dazu kommt, daß die Verwaltung der Hochbahn zwar die Gänge vollzustopfen gedenkt, sonst aber nicht die mindeste Vorkehrung zur Sicherheit der Stehplätze getroffen hat. Nicht ein einziger Riemen hängt von der Wagenbede herab, an dem sich die Stehenden bei den heftigen Stößen und Schwankungen der Wagen bei der Befahrung der scharfen Kurven festhalten könnten. Man kann jetzt schon die Sitzenden bedauern, ob der zahlreichen Stöße und Pöße, die sie in den zahlreichen Wiegungen der Bahn von den Stehplätzen erhalten werden.

Nicht minder bedenklich erscheint die Einrichtung der Stehplätze, wenn man die Frage der möglichst schnellen Entleerung der Wagen an den Haltestellen ins Auge faßt. Sind die Wagen mit nur je einer Tür an den Enden des Wagens gegenüber den von der Stadtbahn gewählten Wagen mit Couplsystem zur schnellen Entleerung an und für sich schon ungeeignet und deshalb völlig verfehlt, so muß die rasche Entleerung und Wiederbesetzung ganz zur Unmöglichkeit werden, wenn der Mittelgang mit Menschen vollgepackt ist. Man denke nur, welche Zeit es erfordert, ehe ein in der Mitte des Wagens befindlicher Fahrgast sich durch den Strudel der Stehplätze bis zum Ende des Wagens hindurchwürgt! Ganz zu schweigen von der Temperatur, die sich in derartig überfüllten Wagen während der heißen Sommermonate entwickeln wird. Wegen der Lummel und der vielfachen Ueberführungen am Gelseidreick mußten die Wagen begrifflicherweise ziemlich niedrig gehalten werden. Die Fenster können und dürfen aber auch im Sommer nicht geöffnet werden, weil das mit hoher Lebensgefahr für die Fahrenden verknüpft wäre. Streifen doch die Wagen sehr scharf an den Tunnelwänden und den eisernen Säulen vorbei, so daß auch das geringste Unbedachte Hinauslehnen die schlimmsten Folgen hätte. Die vorhandenen Ventilationseinrichtungen in der Decke der Wagen reichen aber, wie jedermann weiß, der nur einmal im Sommer die Stadtbahn benutzt hat, auch nicht entfernt zur Lufterneuerung und zur Schaffung einer erträglichen Temperatur aus.

Gegenüber diesen offensibaren Uebelständen in den Einrichtungen der Hochbahn giebt es nur den einen Trost, daß die Benutzung wegen der hohen Fahrpreise nur eine mäßige sein wird, wodurch auch die geringsten Mängel weniger in die Erscheinung treten werden.

Ein recht kostspieliges Vergnügen ist die Schloßplatz-Beleuchtung geworden — kostspielig allerdings nicht für diejenige Stelle, die allein das Vergnügen davon geholt hat, sondern für die Stadt Berlin, die den Spieß bezahlen muß. Wie in dem Protokoll der letzten Sitzung des Rechnungsausschusses der Stadtverordneten-Versammlung angegeben wird, sind für die zu Gunsten der Marktschloßplatz-Verbreiterung des Schloßplatzes sowie für die damit verbundene Verbreiterung der Königstrasse auf ihrer Südseite bis jetzt ohne die Pfasterkosten bereits 8 127 000 Mark ausgegeben worden. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wie hoch sich die Endsumme aller Ausgaben belaufen wird; denn es säuwelt noch eine größere Zahl von Prozessen wegen Erhöhung der Einschätzung der Anlieger. Daß die Geisichte nicht billig werden würde, ist ja seiner Zeit von allen Einsichtigen vorausgesehen worden, aber der Magistrat und der königliche Freisinn der Stadtverordneten-Versammlung hatten „die von höheren Geisichtspunkten geleitete Auffassung“, die der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Thielen, in seinem zu dieser Angelegenheit an den Magistrat gerichteten Schreiben vom 6. Januar 1893 bei ihnen vorausgelegt hatte. In jenem Schreiben wurde unter anderem hervorgehoben, daß durch die Schloßplatz-Verbreiterung das Rathaus vom Schloßplatz aus gesehen „wesentlich gewinnen“ würde. Mancher freisinnige Wadenschmüpfer mag hierbei im stillen gehofft haben, daß auch in einer gewissen andren Hinsicht das Rathaus „wesentlich gewinnen“ würde, wenn durch die gewünschte Verbreiterung des Schloßplatzes dafür gesorgt würde, daß es auf die Schloßplatz-Bewohner einen möglichst günstigen Eindruck machte. Die Folgezeit hat freilich gelehrt, daß weder in dieser Frage noch hinterher in all den andern, zu denen der Magistrat und die freisinnige Stadtverordneten-Versammlung den „höheren“ Schloßplatz-Standpunkt eingenommen haben, das Rathaus irgendwie „gewonnen“ hat.

Mit den Suppenküchen der Armen-Erziehungsanstalt beschäftigt sich die Armen-direktion in ihrer letzten Sitzung. Die Anstalt erhält von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 40 000 Mk., außerdem sind ihr von privater Seite erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Täglich kommen etwa 7000 Portionen Mittagessen zur Anstalt. Es handelte sich um die Frage, wann in diesem Winter die Anstalten geschlossen werden sollen. Während Stadt- Segezen den 1. März, an welchem Tage auch in früheren Jahren die Küchen geschlossen wurden, als Schlußtermin festgesetzt haben wollten, bemühte sich unser neu in die Armen-direktion eingeführter Parteigenosse Gynze, die Wirksamkeit der Küchen bis zum 1. April auszuheben. Gynze wies darauf hin, daß sowohl der außer-gewöhnliche Notstand dieses Jahres als auch die reichlich zur Verfügung stehenden Mittel diesen Antrag rechtfertigten. Die Weisheit wollte jedoch noch berühmtem Regent von einem Notstand von außer-gewöhnlicher Härte nichts wissen und deklarierte, daß die Küchen am 1. März zu schließen seien.

Der Schmutz auf den Straßen Berlins spottet zur Zeit aller Beschreibung. Mit Ausnahme etwa der Hauptstraßen, wie Friedrichstraße, Leipzigerstraße und Linden liegt der Rest von Schmutz und Schnee, den die Februarmonne geschaffen, nun schon drei Tage auf dem Pflaster, ohne daß auf eine halbige Verschüttung zu rechnen ist. Man sollte meinen, daß jetzt, wo der Frost kein Hindernis bildet, es besonders leicht sein müsse, mit Hilfe der zahlreichen Arbeitslosen die Straßen in passierbaren Zustand zu bringen. Die für die Straßenreinigung verantwortliche Korporation scheint aber alles seinen gemächlichen Gang gehen lassen zu wollen und sich nicht sonderlich darum zu kümmern,

daß die Ueberführung eines Jahrtausends in belebter Gegend regelmäßig mit der Beschmutzung sämtlicher Oberflächenerkaut werden muß. Was ist der Grund solcher Saumläufigkeit? Auf einen Mangel an Arbeitskräften kann der Mangel doch wohl nicht zurückzuführen sein, denn zahlreich genug sind bei den Arbeitslosen die Klagen über ansehnlich zu Unrecht erfolgte Abweisung. Wäre man wenigstens hier das im Berliner Kommunalwesen so beliebte Schema F unterwegs lassen. Es thut wahrlich not, daß man bei der Ueberführung nicht aus Liebe zu den Arbeitslosen, sondern nur um die öffentliche Blamage nicht allzu arg werden zu lassen, bei der Straßeneinigung endlich einmal ordentlich Hand ans Werk legt. Die städtische Behörde kann sich ja zur Befestigung ihres Eifers dem Gedanken hingeben, daß ein fremder Potental eine Rundreise durch Berlin machen will.

Bauarbeiter-Schutz. Und wird von gewerkschaftlicher Seite geschrieben: Die Stadt Berlin läßt in der Stralauer Allee ein Schulgebäude aufführen, das seiner Vollendung im Juni entgegengeht. Man sollte nun annehmen, daß der Magistrat als Auftraggeber darauf achten würde, daß man den hygienischen Anforderungen und den Bestimmungen in Bezug auf Schutzvorschriften für die Gesundheit der bauwerklichen Arbeiter nachkäme. Aber weit gefehlt; in dem Schulgebäude stehen auf der Aestertreppe und zu ebener Erde im Korridor nicht weniger als 7 Coalskörbe in hellstehenden Blumen. Die Coalskörbe brennen aber nicht erst seit gestern, lagert doch unter jedem Coalskorb eine Mischschicht in der Höhe von etwa dreißig Centimeter. Die Polizeiverordnung vom 1. 10. 01 bestimmt, daß in Räumen, wo Coalsfeuer brennen, nicht gearbeitet werden darf. In der mörderischen Atmosphäre der 7 Coalskörbe arbeiten über 25—30 Personen, Maurer, Maler, Einleger, Glaser und Rohrleger. Diese Nichtbeachtung der Verordnung ist umsomehr zu verurteilen, als der Vertreter des Magistrats, Herr königlicher Bauamt Lindemann, seiner Zeit den drei Vertretern der bauwerklichen Arbeiter bestimmt versichert, daß das Verbot von Coalsfeuern durchaus gerechtfertigt sei. Die Berliner bauwerklichen Arbeiter haben ein Recht, zu verlangen, daß auf den städtischen Bauten die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter durchaus beachtet werden.

Die Landkolonisten klagen, daß die Pacht für den Grund und Boden, auf dem sie ihre Kolonien in jedem Frühjahr neu erstellen lassen, in der näheren Umgegend von Berlin in der letzten Zeit stark in die Höhe gegangen ist. So noch im vorigen oder vorvorigen Jahre 15—25 Pfennig für die Quadratruße gezahlt wurden, da muß in diesem Jahre vielfach bereits eine Pacht von 40 Pfennig für die Quadratruße gezahlt werden. Innerhalb der Berliner Reichs-bildung werden von den Landkolonisten allerdings schon seit langem betrieblige Preise — und bei günstiger Lage sogar noch viel höhere — für das Pachtland gezahlt.

Während die Einnahmen der Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin aus dem Markenerlös in den letzten Monaten des Jahres 1901 gegen das Jahr 1900 einen Rückgang aufzuweisen hatten, ist im Januar 1902 gegen das Vorjahr (Januar 1901) zum erstenmal wieder eine kleine Steigerung eingetreten. Es betrug die Einnahme im Januar 1902 rund 620 000 Mk. gegen rund 618 000 Mk. im Januar 1901.

Schloßwädelchen ganz eigener Art werden dem Kaufmann Wilhelm Bujak zur Last gelegt, der sich zusammen mit der unverschämten Anna Podewils im nächsten Monat wegen raffinierter Betrügereien vor der Strafkammer zu verantworten haben wird. Bujak hat hier in Berlin eine Reihe von Betrugsspekulationen betrieben und ist vor einiger Zeit zusammen mit der Podewils zu einem Tage Gefängnis wegen Betrugs verurteilt worden. Seine erste Frau hat sich von ihm scheiden lassen, weil er in empfindlicher Weise unter ihren Augen mit der Podewils einen unethischen Verkehr unterhielt und seine Ehefrau schwer mißhandelte. Seiner Alimentationspflicht hat er sich alsdann entzogen und der P. einen großen Teil der Mobilien zum Eigentum überwiefen. — Nach der Trennung von seiner Frau lebte er mit der P. völlig vereint. Als dann verheiratete er sich mit einer Dame aus der Provinz, die eine gute Wirtschaft und etwa 8000 Mk. eintragende Papiere besaß. Die Hochzeit kam zu stande, weil er seine eigne Vermögenslage fälschlicherweise als glänzend geschilbert und sein Jahreseinkommen auf 5000 Mk. angegeben hatte. Nach der Hochzeit teilte die zweite Frau das Los der ersten. Wieder erschien die Podewils auf der Bildfläche und die Ehefrau, die ihrem Namen die Wertpapiere anvertraut hatte, mußte nach unsäglichen trüben Erfahrungen sich gleichfalls dazu entschließen, das Haus zu verlassen und ihre Ehe scheiden zu lassen. Der Angeklagte hatte in raffinierter Weise mit Hilfe der P. alle Vorkehrungen getroffen, um sich für ein etwaiges Zwangsversteigerungsverfahren vermögenslos zu machen und sich seiner Alimentationspflicht zu entziehen. So sind denn bisher alle Schritte der betrogenen Ehefrau, ihr Vermögen und ihre Mobilien zu retten, erfolglos geblieben. — Bujak, der seit August vorigen Jahres in Haft sitzt, wird von Rechtsanwalt Verbig verteidigt. Die Podewils ist gestern auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwandt aus der Haft entlassen, weil sie sich in geeigneten Umständen befindet.

Die Angelegenheit des Kreis-Krankenhauses zu Groß-Lichterfelde wird dem „Berl. Tagebl.“ zufolge demnächst zur gerichtlichen Verhandlung kommen. Es hat sich, wie unsere Leser wissen, eine starke Polemik entwickelt, die auch bereits in dem von uns gemeldeten Beschluß der Schöneberger Stadtverordneten ihren deutlichen Ausdruck gefunden hat. Die Streitigkeiten haben sich zudem auch noch persönlich zugeipigt, und die beiden Schöneberger Ärzte Radnow und Samier haben sich veranlaßt gesehen, das „Teltover Kreisblatt“ wegen Verleumdung zu verklagen.

Das Opfer eines dreifachen Spießbuben wurde kürzlich der Gerichtsvollzieher L., der erst nach Berlin versetzt war und seine Zwangsversteigerung in der Pfandkammer in der Neuen Schönehauserstraße vollzog. Bekanntlich dürfen die Gerichtsvollzieher auch freiwillige Versteigerungen vornehmen, und sie erhalten solche Aufträge häufig von den Handelsleuten, die in Zwangsversteigerungen erwerbene Gegenstände so wieder abstoßen. Eines Tages hatte Herr L. auch eine Zwangs-Auktion durchgeführt, als er von einem Handelsmann aufgefordert wurde, ein Zweirad, welches an der Mauer geklebt auf dem Hofe stand, zu versteigern. Der Auftraggeber bot den Gerichtsvollzieher, die Maschine selbst in den Saal zu bringen, damit die Händler nicht wüßten, wem das Zweirad geböre, weil es sonst nur zu einem niedrigeren Preise abgekauft würde. Dem Gerichtsbeamten leuchtete dies ein, er kam dem Wunsche des ihm unbekanntes Mannes nach und die Versteigerung begann, bei welcher der Auftraggeber eifrig mitbot, um einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Plötzlich betrat ein Herr den Auktionsaal, welcher die Versteigerung mit dem Ruf: „Herr Gerichtsvollzieher, was fällt Ihnen denn ein, mein Rad zu verkaufen!“ unterbrach. In dem nunmehr ensitzenden Särm verstand unbekannt der Auf-traggeber, der ein ganz abgefeimter Spießbube war, und den Gerichts-vollzieher in so geschickter Weise zur Weiche zum Diebstahl verleitet hatte.

Der Bürgerkrieg vor dem Tynnyssal in der Hasenheide, der bekanntlich auf Tempelhofer Gebiet liegt, soll ein andres Aussehen erhalten. Das Berliner Polizeipräsidium hat den Gemeindevorstand von Tempelhof aufgefordert, den Bürgerkrieg innerhalb zweier Monate pflücken zu lassen, im Falle der Weigerung würde die Polizeibehörde die Pflückung zwangsweise auf Kosten der Gemeinde ausführen lassen. Die Gemeindevorstellung von Tempelhof beschloß in ihrer letzten Sitzung, um eine Verlängerung der Frist einzukommen.

Unter falscher Flagge segelt eine Diebin im Alter von etwa 25 Jahren, die sich den Namen einer Frau v. L. aus der Passauer-

straße beilegte. In Goldwarengeschäften wählt sie verschiedene Wertgegenstände mit der Bestimmung aus, das Geschäft mit der dazugehörigen Rechnung in die Wohnung zu schicken. Bei dieser Gelegenheit steckt sie unbemerkt Ringe und andre Goldsachen ein. In der angegebenen Wohnung ist die Frau natürlich nicht zu ermitteln. Sie ist hellblond und etwa 1,68 Meter groß, trägt ein modifarbenes Jackett und ein dunkles Kleid.

Von zwei Juchthändlern verurteilt wurde ein Fehler im Norden der Stadt, der auf Grund des Geschäftsinhabers in Unterjuchthaus abgeführt werden konnte. Die Juchthändler haben beladene Handwagen, die beim Abfahren der Waren auf der Straße undenkbar standen, und auch Fahrräder gestohlen und die Ware anderweit, die Wagen bei dem Fehler zu Gelde gemacht. Eine Hausdurchsuchung führte zu dem Ergebnis, daß u. a. ein zweirädriger Handwagen der Firma Tomasschewski und ein Geschäftsbretrad mit verschiedenen Speichen (Marke Amateu) gefunden wurde. Die Verbrechen wolle nicht mehr wissen, wo sie die Wagen gestohlen haben. Anzeigen werden im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums angenommen.

Ein Bild des Jammers bot der Tischler Reinhold L. aus Friedrichsberg, der gestern abend in das Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert wurde. Der vollständig zerlumpte Mann hatte denaturierten Spiritus in einer solchen Menge getrunken, daß er sich eine Vergiftung zuzog und bewußtlos zusammenbrach. Der Unglückliche ist kurz nach der Einlieferung den Wirkungen des Giftes erlegen.

Auch ein Kleudbild. Einen Bettler hatte sich der mehrfach bestrafte Arbeiter Otto Stahl als Opfer angedient. Am Dienstagmorgen um 8 Uhr hatte der Bettler in der Köpckestraße 6 wildtätige Leute gefunden. Eine Anzahl Butterbrote, die er in einem ihm gleichfalls gesunkenen Hut gelegt hatte, und ein Paar Stiefel bildeten die Einnahme in dem einen Hause. Als er damit die Straße betrat und sich mit dem bekannten „Bettlerlied“ nach rechts und links umschau, ob wohl die Polizei in der Nähe aufpasse, trat Stahl auf ihn zu, nahm ihm unter der Angabe, daß er Kriminalschutzmann sei und ihn einsperren müsse, den erbetenen Vorrat ab und gebot ihm, hinter ihm her zur Wache zu folgen. Da Stahl seine Absicht, daß der Bettler ihm entlaufen sollte, nicht erreichte, versuchte er den Großmächtigen zu spielen; er erklärte: „Na, diesmal werde ich es Dir schonen, mach, daß Du fortkommst.“ behielt aber die Geschenke für sich. Das machte den Bettler stutzig, der nun seinerseits den falschen Kriminalisten einem uniformierten Schutzmann anzeigte. Der obdachlose Stahl wurde festgenommen und wegen Betrugs dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert; er hatte sich in der eignen Schlinge gefangen. Der Bettler erhielt diesmal die gesammelten Gaben zurück und wurde in Freiheit gesetzt.

Eine gute Wente machte gestern ein Dieb in der Blücherstraße. Vor dem Hause Nr. 30 stand ein zweispänniger Schlächterwagen der Firma Albert Brendt aus der Theresstr. 20, auf welchem sich 16 halbe Schweine befanden, kurze Zeit ohne Aufsicht. Ein Dieb hatte dies beobachtet, schwang sich auf den Wagen und jagte in der Richtung nach Reibof davon. Bisher hat man weder vom dem Führer, noch von der Ladung eine Spur zu entdecken vermocht.

Wesentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. In sämtlichen Kanälen kommt heute und morgen das Thema Geschlechtskrankheiten zur Besprechung. Kommt für eine andre Reihe von Krankheiten ist eine Aufklärung der Bevölkerung ein so dringendes Bedürfnis, wie gerade für diese. Mit Unrecht hat man sich vielfach gelehrt, sie öffentlich oder gar vor einem Publikum von Männern und Frauen zu erörtern, gerade das letztere hat sich aber vortrefflich bewährt. Bereitswillig haben sich für diese Vorträge neben den praktischen Ärzten auch verschiedene Universitäts-Professoren zur Verfügung gestellt. Die Vorträge finden statt: Donnerstags, den 13. Februar, in den Säulenhallen, Tilsiterstraße 4/5, Schönhauser Allee 166, Gneisenaustr. 7, Stephanstr. 27 und Schöneberg, Feuerstr. 63/63. Vortragende sind die Herren Doktoren L. Lilienthal, Paul Richter, Rudolf Isaac, Martin Ebeling, P. Christler. Freitag, den 14. Februar, in den Säulenhallen, Steindammstr. 31/32, Panitzstr. 8, Wrangellstr. 128, Winterfeldstr. 16 und Charlottenburg, Goethestr. 22. Vortragende sind die Herren Doktoren Ernst M. B. Frank, Universitätsprofessor Posner, Universitätsprofessor Lesser, Ernst Gebert, R. Vänder. Beginn präzis 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Ein Konzert der Berliner Tonkünstler-Vereinigung (L. Seifers) wird am Sonntag im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten. Die Aufführung, bei welcher Harmonium, Klavier, Violine, Cello und Fiedeln zur Verwendung gelangen, verpflichtet diesmal besonders durch die Mitwirkung des Königl. Opernsängers Herrn J. Krause, welcher durch Bekanntschaft seiner Carl Seewer-Balladen-Abende in der Kunstwelt einen Namen erworben hat, interessant zu werden. Der Reichhaltigkeit des Programms wegen ist der Anfang diesmal um 6 1/2 Uhr festgesetzt. Der Eintrittspreis beträgt (incl. Tanz) 50 Pf. Billets sind im Vorverkauf a 40 Pf. zu haben in der Musikalienhandlung von Mühle, Moritzplatz, im Gewerkschaftshaus-Restaurant, in der Cigarettenhandlung Horst, Engelstr. 15, und an den Poststellen der „Freien Volksbühne“.

Im Deutschen Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin spricht am Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, in der „Aranta“, Herr Sanitätsrat Prof. Dr. Lazarus über: „Rachelle der Hygiene Lebensweise für die Gesundheit“.

Der nächste Vortragabend des Vereins „Berliner Presse“ findet am Donnerstag, den 27. Februar, statt. Die Vortragenden sind: Prinz Emil v. Schönau-Carolath, Julius Hart und Peter Kosander. Eintrittsfrei sind zu haben in den Buchhandlungen von Linse, Potsdamerstraße 126; Lazarus, Friedrichstr. 66; Epner u. Peters, Unter den Linden 43; Beyer, Potsdamerstr. 13, und im Berliner Verlags-Charlottenstr. 37 (Bährnstr.).

Theater. Im Schiller-Theater wird in den nächsten Tagen die Ausgabe der letzten, d. h. an den Tag gebundenen Abonnements für das III. Quartal abgeschlossen. Die letzten Abonnementshefte für das III. Quartal enthalten fünf Billets für fünf verschiedene Vorstellungen im vierzehntägigen Turnus. Weitere Bedingungen und Abonnementspreise sind an den Verkaufsstellen ersichtlich. Die Ausgabe der Abonnementshefte erfolgt in der Verlagsabteilung des Schiller-Theaters. — Nach Beendigung des Hoffmanns der Mitternacht vom Central-Theater wird Sonntagabend im Apollo-Theater die Operette „Don Juan in der Hölle“ in neuer Ausstattung gegeben. — Im Central-Theater wird Sonntagabend um 4 Uhr zu haben werden „Schnepfchen“ gegeben. Jeder Erwachsene kann hierzu ein Kind frei einlassen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nizdorf. Zahlreiche Vogeljäger wurden in den letzten Tagen von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Die von ihnen gefangenen Waldvögel wurden der Freiheit zurückgegeben. — Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat den von der Stadt Nizdorf für das Jahr 1902 zu leistenden Polizeibeitrag auf 127 468,23 M. festgelegt. — Der hiesige Magistrat nahm in seiner letzten Sitzung von der in der Arbeitslosen-Vereinigung am 3. d. M. gefassten Resolution Kenntnis, erklärte jedoch, daß weitere Schritte im Sinne der in der Resolution aufgestellten Forderungen zur Zeit unausführbar seien. — Der Abbruch des alten Amtsgerichts-Gefängnisses sowie der Neben-gebäude und Umfassungsmauer ist jetzt vom Magistrat genehmigt worden.

Fasnachtsbälle in der Daldorfer Feiernanstalt. Alljährlich findet in der städtischen Feiernanstalt in Daldorf um die Faschnachtszeit eine Reihe von Maskenbällen für die Kranken statt. Auch in diesem Jahre hat die Direktion fünf solcher Bälle veranstaltet, welche in den letzten Tagen abgehalten wurden. In diesen Bällen ist es den Insassen der Anstalt gestattet, sich selbst die Maskenformen herzustellen oder zu beschaffen, und es ist hochinteressant, wie namentlich die weiblichen Insassen es verstehen, hochoriginelle Kostüme zu erfinden. Den Bällen, die meistens ohne störende Zwischenfälle verlaufen, wohnen die Direktoren, Anstaltsärzte und Beamten

mit ihren Angehörigen bei. Die die langjährige Erfahrung lehrt, läßt diese Faschnachtsbälle auf die Kranken stets eine wohlthunende Wirkung aus.

Gerihts-Beitung.

Der ehemalige Inhaber der „Elektrischen Lichtanstalt“ in der Potsdamerstr. 123, Kaufmann Hans Steinbock, der das Geriht schon wiederholt beschuldig hat und zur Zeit eine längere Gefängnisstrafe verbüßt, stand gestern wieder vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, um ein noch offenes stehendes Konto zu begleichen. Als er im Juli d. J. wegen Diebstahls, Hausfriedensbruchs und Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und sechs Wochen Haft verurteilt worden war, blieben noch mehrere Fälle unerledigt, in denen der Angeklagte in hochpostulirter Manier sich Kredit verschafft und Kaufleute und Lieferanten betrogen haben sollte. Es handelte sich in diesen Fällen namentlich um die Schädigung eines hiesigen Adressenverlages, bei welchem 15 000 Adressen bestellt worden waren, um die Entnahme eines elektrischen Schwinglastens, um die Ausgabe von Inseraten bei einer hiesigen Zeitung, um die Entnahme eines Fahrradens usw. Schon in der früheren Verhandlung war festgestellt worden, daß die zahlreichen Schulden, die der Angeklagte kontrahiert, nicht bloße Geschäftsschulden waren, sondern daß seine betrügerischen Manipulationen auch dazu dienten, ihm ein möglichst angenehmes, verschwenderisches Leben zu verschaffen. In den vorher erwähnten Fällen glaubte die Anklagebehörde wieder ein betrügerisches Vorgehen des Angeklagten konstatieren zu können, zweifelslos erlitten ein solches bei der Entnahme eines Teppichs im Werte von 325 M., den er von der Firma Dahlheim in der Wilhelmstraße geliefert erhalten hatte. Es war Vorzahlung verabredet worden, es gelang aber unter allerlei Ausreden, dem dem Teppich überbringenden Hausdiener diesen ohne Zahlung abzunehmen. Der Hausdiener wurde noch an demselben Tage von seinem Ober beauftragt, den Teppich wieder abzuholen, er hatte ihn auch schon zumengeroht, als ein Mann erlitten, der ihn zum sofortigen Verlassen der Lichtanstalt aufforderte und ihm mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und Diebstahls drohte. Der Hausdiener mußte daher unverrichteter Sache abziehen. Alle Versuche des Geschädigten, wieder in den Besitz des Teppichs zu gelangen, blieben fruchtlos, ebenso Klage und Pfändung. — Staatsanwalt Steinbrecht beantragte das Schuldig in allen Fällen der Anklage und eine Zusatzstrafe von neun Monaten Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn bestritt, daß der Angeklagte bei seinen Bestellungen von vornherein eine betrügerische Absicht verfolgt habe und hielt nur den Fall Dahlheim für zweifelhaft. — Das Geriht verurteilte auch nur wegen dieses Falles und erlante auf eine Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Sittlichkeitsbreitung. Liebesgötter, Neues Bilderbuch für Lehrammer. Unter diesem Titel ist als Teil der Satyr-Bibliothek im Verlage des Satyr, G. m. b. H. in Berlin, eine Schrift erschienen, welche mehrfach zum Gegenstande gerichtlicher Erörterungen gemacht worden ist. Der Schriftsteller der genannten Verlagsgesellschaft, Redacteur und Verleger Dr. Alexis Schlemmer, war seiner Zeit vom Landgeriht I in Berlin von der Anklage, eine unzüchtliche Schrift, nämlich die „Liebesgötter“ verbreitet zu haben, freigesprochen worden. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgeriht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgeriht II in Berlin. Dieses erlante am 28. September vorigen Jahres ebenfalls auf Freisprechung. Die Revision des Staatsanwalts gegen dieses neue Urteil kam Dienstag vor dem Reichsgeriht zur Verhandlung. Inkriminiert sind aus dem Buche „Liebesgötter“ eine Erzählung „Amors Feil“, sowie verschiedene Bilder, darunter das der Tänzerin Otero. Das Landgeriht II in Berlin hat ebensowenig wie das Landgeriht I etwas direkt Unzüchtiges in Text und Bildern erblicken können.

Das Reichsgeriht hob auf Antrag des Staatsanwalts das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgeriht Kottbus.

Der Treberprozeß in Kassel. Aus den telegraphischen Meldungen über die Verhandlung am Mittwoch verdient der Vortrag des Erps Erwähnung, welches Schmidt an Schulze-Dellwig und Otto laubte. Es handelt sich dabei, um reine Bücher zu erhalten, darum, die 27 Millionen betragenden Forderungen der Tochter-Gesellschaften, sowie die 18 Millionen Schulden bei der Leipziger Bank zu übernehmen. Hierzu sollten nach 4 400 000 M. Wechselschulden der Trebergesellschaft bei der Leipziger Bank kommen. Diese Schulden sollten nach dem Vorschlag Schmidts innerhalb 12 Jahren und zwar vom 1. April 1903 bis 1. Oktober 1915 getilgt werden. Für diesen Betrag sollten die Aufsichtsrats-Mitglieder durch Rücknahme eines Betrages von 4 200 000 M. haften. Er, Schmidt, habe das Verlangen der Leipziger Bank auf Solidaerhaft der Aufsichtsrats abgelehnt. Durch diese Transaktion sei es möglich, reine Bücher zu erhalten und die Öffentlichkeit brauche von diesen Schulden nichts zu erfahren. Die Angeklagten bemerkten auf Anfrage, daß sie den Geschäftsgang der Tochtergesellschaften für gut gehalten und große Hoffnungen in die Entwicklung der Sache gesetzt hätten.

Der Zusammenstoß, der sich in der Nacht zum 30. August auf dem Potsdamer Ringbahnhof ereignete, führte gestern den Lokomotivführer Ernst Müller unter der Anklage der Gefährdung eines Eisenbahntransports und der gefährlichen Körperverletzung vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht vom 29. zum 30. August fuhr der Angeklagte mit dem Materialzug 8690 vom Bahnhof Halensee nach dem Potsdamer Ringbahnhof. Er fuhr etwa 7 Minuten vor der bestimmten Zeit von Halensee ab und hielt die gewöhnliche Fahrgeschwindigkeit inne. Auf dem Potsdamer Ringbahnhof erfolgte ein Zusammenstoß des aus dem südlichen Ringbahngleise ausfahrenden Personenzuges 1977 mit dem Materialzug des Angeklagten in Weichenkreuze auf der Brücke über die Königin Augusta-Straße. Der zweite und dritte Personenzug hinter der Lokomotive entgleiten und der Zugführer des Personenzuges und Materialzuges sowie ein Reisender erlitten leichtere Verletzungen. Die Schuld an dem Unglücksfall wurde dem Angeklagten zugeschoben, weil dieser die Vorschriften der Fahrordnung unbeachtet gelassen und nach kurzem Halten bei der Station „Galt!“ vor der Potsdamer Brücke, ohne Einfahrtssignal zu haben, weiter gefahren sei. Es wird angenommen, daß er irrtümlicherweise den Zug 1977 gehalten habe und nun losgefahren sei, weil er meinte, daß nichts passieren könne. Der Angeklagte bestritt dagegen jede Schuld und behauptet, daß er ein zweiflügeliges grünes Signal erhalten habe, was so viel bedeute, daß er auf der Weiterfahrt eine Abzweigung erhalten würde; nach der Fahrordnung sei er aber berechtigt gewesen, weiter zu fahren. Von der Anklagebehörde war Geh. Regierungs- und Bau- rat Grapow als Sachverständiger geladen worden, Rechtsanwalt Dr. Halle hatte eine Anzahl Entlastungszeugen vorladen lassen. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 60 M., der Gerichtshof hielt in technischer Beziehung die Sache aber nicht für genügend angeklärt und fällt deshalb ein freisprechendes Urteil.

Verfassungen.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, hielt am Sonntag seine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung im Zecupalast ab. Jahresbericht und Kassenbericht wurden den Mitgliedern gedruckt vorgelegt. Zum Jahresbericht bemerkte der Vorsitzende Cohen unter anderem: In den vorhergehenden Jahren hätte die Organisation dafür gekämpft, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, im Jahre 1901 aber hätte man sich darauf beschränken müssen, das Ertrugene gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen. Nur zwei Branchen, die Sandagisten und die Militärreklamanten

Gärtler, seien in eine Lohnbewegung eingetreten und hätten auch verhältnismäßig gute Erfolge erzielt. Ein gutes Zeichen für die innere Stärke der Organisation sei es, daß die Mitgliederzahl nicht, wie man bei der großen Arbeitslosigkeit befürchten müßte, zurückgegangen, sondern noch gewachsen sei, so daß über 100 000 Beiträge mehr gezahlt wurden, als im Vorjahre. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1901: 22 374, 1900: 21 517, Arbeitslosenunterstützung wurde im Berichtsjahre an 2978 Kollegen im Gesamtbetrage von 91 809,58 M. gezahlt. Im Arbeitsnachweise meldeten sich 6593 Arbeitslose, vermittelt wurden 1112 Stellen (1900: 4996 Arbeitslose, 1894 offene Stellen). — Ueber den Jahresbericht wurde kurz diskutiert und dabei besonders der Streit bei der Firma Stelzner hervorgehoben, bei dem es sich um ganz besonders unangünstige Arbeitsverhältnisse handelte. — Der Kassenbericht für das vierte Quartal 1901 weist hinsichtlich der Hauptklasse in Einnahme und Ausgabe die Summe von 71 744,27 M. auf; für Streit- und Mahregelungs-Unterstützung wurden 18 950 M. verausgabt, an Ortsunterstützung 22 871 M. Die Bilanzsumme der Lokalkasse beträgt 195 783,17 M. Der Kassenbestand war am 31. Dezember 1901: 176 911,69 M., gegen 164 339,93 M. am Ende des vorhergehenden Quartals. — Die Kassenwahlen hatten folgendes Ergebnis: als erster Bevollmächtigter wurde Adolf Cohen per Acclamation mit allen gegen einige wenige Stimmen wiedergewählt, als Schriftführer, ebenfalls per Acclamation, Henne; der bisherige Arbeitsvermittler Schöffler wurde mit 880 von 1711 gültigen Stimmen wiedergewählt; als Auswähler der Arbeitslosen-Unterstützung wurde Hennig, als Revisor Bernice gewählt. Von Ebel wurde ein Antrag bezüglich Einführung des Hauskassierers-Systems gestellt und in längerer Ausführung begründet. Da die Ortsverwaltung in nächster Zeit hierzu Stellung nehmen will, wird ihr der Antrag zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am 9. Februar im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erboten die Anwesenden das durch Tod ausgeschiedene Mitglied Starke in der üblichen Weise. Hierauf erstattete Biedner den Jahresbericht. Nach demselben hat die Arbeitslosigkeit die Agitation sehr erschwert; es haben im letzten Vierteljahr stattgefunden: 8 Ortsverwaltungs-Sitzungen, 8 Vertrauensmänner-Konferenzen, 4 Mitglieder-3 Monats-, 2 öffentliche und eine Reihe von Bezirks-Versammlungen. Neu aufgenommen wurden 135 Kollegen. Nach dem Jahresbericht betragen die Einnahmen 12 286,25 M., die Ausgaben 12 519,91 M. In der Lokalkasse war ein Bestand von 1233,80 M. Die Ausgaben für die einzelnen Positionen stellten sich wie folgt: für Streit und Mahregelung 7598,65 M., für Agitation 1486,69 M. und für Rechtschutz 318,32 M. Mahregelungs-Unterstützungen erhielten 15 Kollegen, Rechtschutz 8 Kollegen. Ausgeschlossen wurden 8 Kollegen. Der Verein war der erste, welcher Arbeitslosen-Versammlungen abhielt. Die Beteiligung an der Reisefeier war eine rege. Differenzen entstanden für die Organisation nicht. Am dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder und ihrer Frauen Rechnung zu tragen, haben vier der Monatsversammlungen eingerichtet, die einen großen Zuspruch hatten. Biedner schloß mit der Bitte, recht fleißig zum Wohle des Ganzen auch im neuen Jahre mitzuarbeiten. Nach dem darauf folgenden Kassenbericht, welcher den Mitgliedern gedruckt zugegangen war, betragen die Einnahmen pro viertes Quartal 1901 1098,85 M., die Ausgaben 1089,67 M., Bestand vom dritten Quartal 1055,38, demnach Ueberschuß für 1902 1050,56 M. Nachdem in der Diskussion einige Anträge beantwortet waren, beschloß man die Kassenwahlen. Zum 2. Bevollmächtigten wurde Alfred Köpcke, zu Revisoren Jelder und Schulz und in die Gewerkschaftskommission Jelder gewählt. Desgleichen wurden Bibliothekskommission und Begrüßungsleitungen ergänzt. Der Bibliothek wurden 20 M. überwiesen, sowie über die Verwendung der Zeitung und Abhaltung der Generalversammlung eine Regelung getroffen. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß die Februar-Versammlung ausfällt.

Die hiesige Filiale des Töpfer-Verbandes hielt am Mittwoch, den 5. Februar, bei Fiedig, Große Franzfurterstraße, eine Versammlung ab, welche sich lediglich mit der Sperre bei der Firma Schöffel beschäftigte. Danach hat jetzt der Herr Schöffel nach 20 monatlicher Dauer des Streites endlich die Hand zum Frieden geboten, veranlaßt durch die Einmütigkeit der Kollegenschaft. Sämtliche Redner waren auch deshalb für Aufhebung der Sperre und wurde hierzu folgende Resolution angenommen: Die heute, am 5. Februar bei Fiedig tagende Versammlung der Töpfer Berlins nimmt Kenntnis von dem Verlauf der Verhandlungen mit der Firma Schöffel und beschließt folgendes: In Erwägung, daß durch eine weitere Ansdmähnung der Sperre über die Firma Schöffel den organisierten Töpfern ein großer Teil ihrer Arbeit verloren geht, welches den indifferenten Töpfern zu gute kommt, des weiteren, daß bei dem bisher beobachteten arbeitsfermeindlichen Verhalten des Herrn Schöffel die gemachten Zugeständnisse nicht zu unterschätzen sind, erklärt die Versammlung die Sperre für aufgehoben. Von dem sich zur Aufnahme in die Organisation meldenden bisher bei Schöffel beschäftigt gewesenen Töpfern erwarret die Versammlung, daß dieselben vom Augenblick der Aufnahme an mit ihrem bisherigen, die Allgemeinheit auf äußerste schädigenden Treiben brechen und sich voll und ganz die Befehle der organisierten Töpfer zu eigen machen. Insbesondere verpflichten sich die Aufzunehmenden bei etwaig neu auftretenden Feindseligkeiten zwischen der Kollegenschaft und der Firma Schöffel tren und fest auf Seiten der Organisation zu stehen und nicht, wie geschehen, bei dem ersten Anstoß sich bereitwillig der Firma zur Verfügung zu stellen. Unter diesen Bedingungen werden die Verlesenen in die Organisation aufgenommen mit dem Bemerkten, daß bei weiteren Verlesungen eine abermalige Aufnahme ausgeschlossen ist und die Betreffenden ein für allemal als für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung unbrauchbar zu betrachten sind. Zur Aufnahme haben sich 46 Kollegen gemeldet. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß schon wieder Differenzen vorliegen, welche aber baldigt beseitigt wurden.

Vermishtes.

Graf Leo Tolstoj scheint im Sterben zu liegen. Eine Depesche aus Jalta (Krim) teilt mit, daß die ganze Familie des Grafen Tolstoj am Krankenlager versammelt sei. Die Kräfte des Kranken nehmen fortwährend ab.

Unglückliche Liebe zum Soldatenstande scheint auch in der L. L. Österreichischen Monarchie nichts seltenes zu sein. Aus Tereffopol wird berichtet: Gegen 21 junge Leute aus Jankowatz war das Strafverfahren wegen Selbstverstümmelung eingeleitet worden, weil sie sich das Trommelfell durch Bohren ließen, um der Militärflicht zu entgehen. Der Gerichtshof hat die Angeklagten freigesprochen, weil die mit Strafe bedrohte Handlung bereits verjährt ist.

Die Pest in Bagdad. In der Zeit vom 4.—10. d. M. sind in Bagdad vier Fälle von Erkrankung an Pest vorgekommen; zwei Pestkranke sind in der genannten Zeit gestorben.

Witterungsbericht vom 12. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Witterungs- verhältnisse	Wetter	Temp. in ° C. = ° F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Witterungs- verhältnisse	Wetter	Temp. in ° C. = ° F.
Bismarck	758	SW	3 bedekt	—	3	Japanaba	751	S	4 bedekt	—	21
Danzburg	759	SW	4 bedekt	—	3	Petersburg	—	—	—	—	—
Paris	760	SW	3 wolktig	—	4	Fort	762	SW	4 bedekt	—	3
Frankf./M.	763	SW	1 heiter	—	4	Berben	—	—	—	—	—
Hamburg	762	SW	1 wolktig	—	2	Paris	762	SW	1 wolktig	—	5
Wien	763	SW	1 bedekt	—	1	—	—	—	—	—	—

Wetter-Propose für Donnerstag, den 13. Februar 1902.
Wieshaft heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden; Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend. Berliner Wetterbureau.